

Monatsbericht des BMF Dezember 2011





Monatsbericht des BMF Dezember 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Finanzwirtschaftliche Lage	
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2011	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Klassische und synthetische Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs	
G20-Gipiel am 3. und 4. November 2011 in Cannes	67
Statistiken und Dokumentationen	72
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	109
Verzeichnis der Berichte	137
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Veröffentlichungsdatum	
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Themenbereichen	140

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. November 2011 hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt für das Jahr 2012 beschlossen. Mit diesem Haushalt setzt die Regierungskoalition ihren Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Staatsfinanzen fort. Die geplante Nettokreditaufnahme beträgt 26,1 Mrd. €. Damit wird die nach der Schuldenregel zulässige Neuverschuldung deutlich unterschritten: Sie liegt 1,1 Mrd. € unter dem Ansatz im Regierungsentwurf. Wir liegen weiter voll auf Kurs bei unserem Abbaupfad zur vollständigen Einhaltung der Schuldenregel, die ab dem Jahr 2016 nur noch ein strukturelles Defizit von maximal 0,35 % des BIP erlaubt. Der günstige Konjunkturverlauf und die Wirkungen der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen schlagen sich ebenfalls in einem erfreulichen Haushaltsvollzug 2011 nieder. Die ursprünglich für 2011 geplante Kreditermächtigung von 48,4 Mrd. € wird bei Weitem nicht ausgeschöpft; vielmehr wird sich die Nettokreditaufnahme im Ergebnis voraussichtlich auf rund 20 Mrd. € belaufen. Diese positiven Entwicklungen dürfen aber nicht den Blick dafür trüben, dass eine Fortsetzung der Konsolidierungsanstrengungen unverändert dringlich ist. Die sich abschwächende Konjunktur, mögliche Zinsänderungen und auch die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise einiger europäischer Staaten bergen erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt.

Für die öffentlichen Finanzen ist die rechtzeitige und vollständige Erhebung der den jeweiligen Gebietskörperschaften zustehenden Steuereinnahmen von großer Bedeutung. Das BMF hat auf der Basis der von den Ländern übermittelten Daten den Bericht über den Stand und die Entwicklung der Steuerrückstände 2010 erstellt. Danach stiegen die Steuerrückstände im Jahr 2010 im Vergleich



zum Vorjahr um 2,3 Mrd. € auf 19,6 Mrd. € an; damit erhöhte sich auch die Rückstandsquote von 3,96 % im Jahr 2009 auf 4,6 % im Jahr 2010.

Das ifo-Institut hat im Auftrag des BMF klassische und synthetische Indikatoren hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit für die Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor untersucht. Aufgrund seiner zunehmenden Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft wird eine möglichst gute Prognose dieses Wirtschaftsbereichs immer wichtiger. Rund 70 % der Bruttowertschöpfung in Deutschland entfallen auf den Dienstleistungssektor. Die Analyse und Prognose dieses Sektors, insbesondere durch die Einbeziehung von Frühindikatoren, ist bisher in Forschung und Praxis jedoch noch sehr unterentwickelt. Das ifo-Institut hat im Rahmen des Forschungsprojekts nun einige vielversprechende Frühindikatoren herausgefiltert. Allerdings kann aufgrund der vielfach noch sehr jungen Historie dieser Reihen erst die Zukunft mit Gewissheit zeigen, ob die ermittelten Indikatoren die Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Analyse und Prognose des Dienstleistungssektors erfüllen werden.

Die EU hat im November neue Regelungen zur Stärkung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung verabschiedet. Das neue Regelwerk trat am 13. Dezember 2011 in Kraft. Es enthält insbesondere eine Verschärfung des Stabilitätsund Wachstumspakts und ein neues

□ Editorial

Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.
2012 wird das neue Verfahren erstmalig angewendet. Es wird der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat bessere rechtliche und analytische Grundlagen bieten, um volkswirtschaftliche Entwicklungen auf ihre Tragfähigkeit hin untersuchen und durch ein Zusammenwirken von Fordern und Sanktionieren auf stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitiken aller Mitgliedstaaten hinwirken zu können.

Weitere Maßnahmen mit weitreichenden Weichenstellungen zur Stabilisierung der Eurozone wurden von den Staats- und Regierungschefs beim Euro-Gipfel am 8. und 9. Dezember beschlossen. Bis März 2012 soll ein neues zwischenstaatliches Vertragswerk vorgelegt werden, mit dem die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion verstärkt und eine echte Stabilitätsunion geschaffen wird. Wesentliches Element dabei ist ein neuer finanzpolitischer Pakt mit einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild und automatischen Sanktionen bei Überschreitung der 3 %-Defizitgrenze.

Das Gipfeltreffen der G20-Staats- und Regierungschefs fand unter französischer Präsidentschaft vom 3. bis 4. November 2011 in Cannes statt. Für Deutschland nahmen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble teil. Im Fokus der Gespräche stand

die Lage der Weltwirtschaft, insbesondere die Schuldenproblematik in Teilen des Euroraums, Alle G20-Partner unterstrichen ihre Anerkennung für die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 26. Oktober 2011. In einem Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze verständigte sich die G20 auf Maßnahmen, die zur Erholung der Weltwirtschaft beitragen sollen; das Ziel der Haushaltskonsolidierung wurde dort explizit verankert. Eine Arbeitsgruppe unter deutsch-mexikanischem Vorsitz verabschiedete Elemente für ein stabileres und widerstandsfähigeres Weltwährungssystem. Diese beinhalten zum Beispiel ein gemeinsames Verständnis zum Umgang mit Kapitalströmen sowie einen Aktionsplan zur Entwicklung lokaler Anleihemärkte. Im Bereich der Finanzmarktreformen fasste die G20 eine Reihe von Beschlüssen, wobei zwei Themen – der Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten und die Stärkung von Aufsicht und Regulierung des sogenannten Schattenbankensystems – im Vordergrund standen.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine Publikationen	33

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

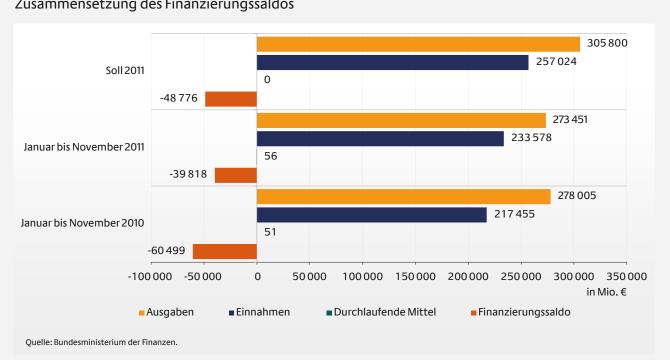
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich November 2011 mit 273,5 Mrd. € um 4,6 Mrd. € (-1,6%) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die niedrigeren kumulierten Gesamtausgaben

Entwicklung des Bundeshaushalts

Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-44,0	-48,4	-34,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,2
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-5,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-44,3	-48,8	-39,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			10,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	226,2	229,2	211,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			7,4
Einnahmen (Mrd. €)	259,3	257,0	233,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,6
Ausgaben (Mrd. €)	303,7	305,8	273,5
	lst 2010	Soll 2011	Januar bis November 2011
			Ist - Entwicklung ¹

¹Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	Sc	oll	Ist - Ent	vicklung	
	20	10	20	11	Januar bis November 2010	Januar bis November 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	70	
Allgemeine Dienste	54 227	17,9	55 490	18,1	48 588	48 167	-0,9
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	1,9	6 149	2,0	5 076	4838	-4,7
Verteidigung	31 707	10,4	32 147	10,5	28 648	28 297	-1,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6240	2,1	6376	2,1	5 589	5 750	+2,9
Finanzverwaltung	3 727	1,2	4 166	1,4	3 3 6 8	3 408	+1,2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	4,9	16 933	5,5	12 631	13 965	+10,0
BAföG	1 382	0,5	1 544	0,5	1 279	1 473	+15,2
Forschung und Entwicklung	8 940	2,9	9 471	3,1	7 173	7 772	+8,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	53,8	160 005	52,3	151 947	146 208	-3,8
Sozialversicherung	78 046	25,7	77 655	25,4	77 075	76 441	-0,8
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	2,6	13 446	4,4	8 110	5 679	-30,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	11,8	34 190	11,2	32 946	30 175	-8,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	7,3	20 400	6,7	20 621	17 873	-13,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	1,1	3 600	1,2	2 967	4 487	+51,
Wohngeld	881	0,3	679	0,2	818	688	-15,9
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	1,5	4389	1,4	4 2 4 9	4390	+3,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	0,6	1 748	0,6	1 825	1 641	-10,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	0,4	1 580	0,5	1 007	1 100	+9,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	0,7	2 098	0,7	1 613	1 669	+3,
Wohnungswesen	1 3 5 6	0,4	1 353	0,4	1 221	1 287	+5,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	1,9	6 497	2,1	4 540	4 662	+2,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	0,3	740	0,2	601	727	+21,
Kohlenbergbau	1319	0,4	1 350	0,4	1319	1 349	+2,
Gewährleistungen	805	0,3	1 770	0,6	591	664	+12,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3,9	11 735	3,8	9 772	9 733	-0,
Straßen (ohne GVFG)	6341	2,1	5 926	1,9	5 0 1 8	4826	-3,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	5,3	15 999	5,2	14 385	14 663	+1,
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	1,7	5 283	1,7	4 627	4 463	-3,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	1,4	3 877	1,3	3 580	3 513	-1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	11,3	35 462	11,6	33 522	33 285	-0,
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	32 477	32 339	-0,
Ausgaben zusammen	303 658	100,0	305 800	100,0	278 005	273 451	-1,0

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

resultieren hauptsächlich aus Minderausgaben beim Arbeitsmarkt (- 5,2 Mrd. €).

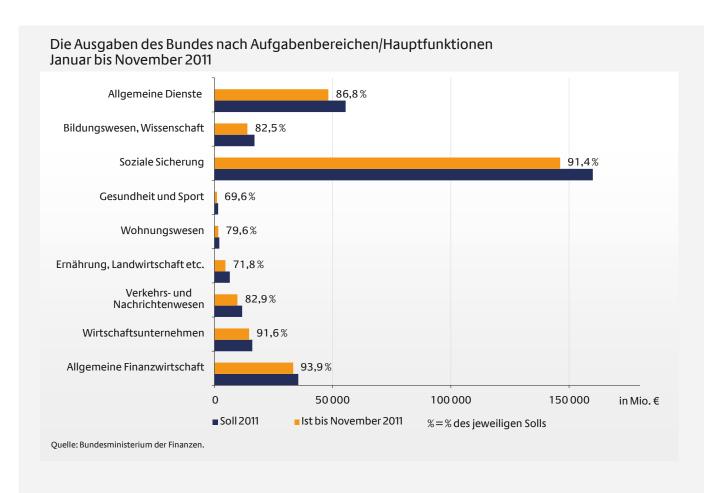
Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich November 2011 lagen die Einnahmen des Bundes mit 233,6 Mrd. € um 16,1 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+7,4%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 211,1 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 19,5 Mrd. € an, was einer im Vergleich zum Vormonat nahezu unveränderten Steigerung von +10,2% entspricht. Durch die gegenüber dem Vorjahr geringere Abführung des Bundesbankgewinns und die im Haushaltsjahr 2010 einmalig erzielten Erlöse durch die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen

konnten die Verwaltungseinnahmen das Niveau des Vorjahresvergleichszeitraums nicht erreichen. Sie lagen mit 22,5 Mrd. € um 13,1% unter dem Vergleichswert November 2010.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende Oktober -39,8 Mrd. €. Es besteht die Erwartung, dass die Neuverschuldung bei rund 20 Mrd. € liegen wird. Der Konsolidierungskurs der Bundesregierung und die spürbare wirtschaftliche Erholung tragen hier sichtbar Früchte. Dennoch wird die Neuverschuldung voraussichtlich in diesem Jahr immer noch fast doppelt so hoch sein wie im letzten Vorkrisenjahr 2008.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

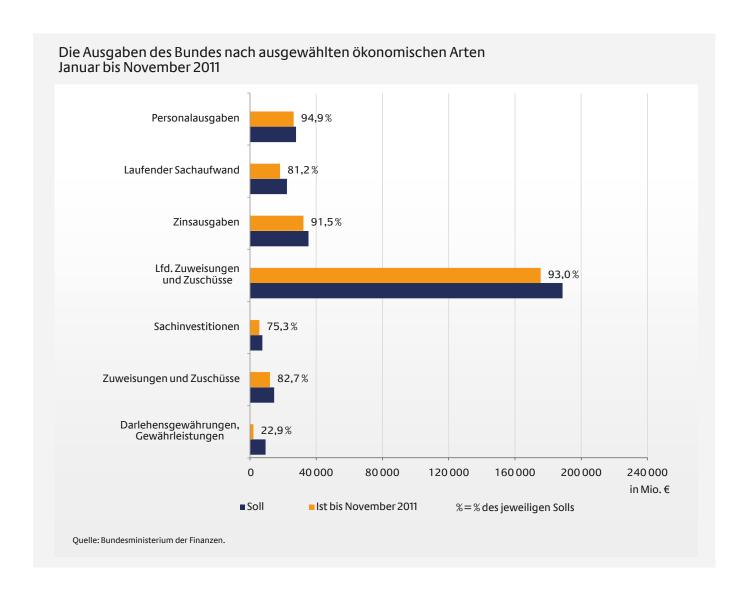
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entw	/icklung	Untoriährigo	
	201	10	20	11	Januar bis November 2010	Januar bis November 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjah in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		11170	
Konsumtive Ausgaben	277 581	91,4	274 627	89,8	256 642	252 850	-1,	
Personalausgaben	28 196	9,3	27 799	9,1	26 729	26 393	-1	
Aktivbezüge	21 117	7,0	20 749	6,8	19 952	19 544	-2	
Versorgung	7 0 7 9	2,3	7 050	2,3	6777	6 8 4 9	+1	
Laufender Sachaufwand	21 494	7,1	22 336	7,3	18 056	18 141	+0	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	0,5	1 350	0,4	1 282	1 278	-0	
Militärische Beschaffungen	10 442	3,4	10 429	3,4	8 655	8 017	-7	
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	3,1	10557	3,5	8 119	8 846	+9	
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	32 477	32 339	-0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	64,0	188 756	61,7	178 988	175 553	-1	
an Verwaltungen	14114	4,6	15 094	4,9	12 702	14519	+14	
an andere Bereiche	180 263	59,4	173 662	56,8	166 524	161 167	-3	
darunter:								
Unternehmen	24212	8,0	25 056	8,2	21 579	21 810	+1	
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	9,8	28 159	9,2	27 592	24781	-10	
Sozialversicherungen	120831	39,8	114657	37,5	112 508	109 751	-2	
Sonstige Vermögensübertragungen	406	0,1	394	0,1	392	424	+8	
Investive Ausgaben	26 077	8,6	32 330	10,6	21 363	20 602	-3	
Finanzierungshilfen	18 417	6,1	24 831	8,1	15 415	14 958	-3	
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	4,9	14581	4,8	12 231	12 055	-1	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	0,9	9 444	3,1	2 393	2 159	- <u>c</u>	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	0,3	806	0,3	791	744	-[
Sachinvestitionen	7 660	2,5	7 499	2,5	5 948	5 644	-5	
Baumaßnahmen	6 2 4 2	2,1	6 0 1 4	2,0	4929	4717	-2	
Erwerb von beweglichen Sachen	916	0,3	910	0,3	651	616	-5	
Grunderwerb	503	0,2	576	0,2	368	311	-15	
Globalansätze	0	0,0	-1 158	-0,4	0	0		
Ausgaben insgesamt	303 658	100,0	305 800	100,0	278 005	273 451	-1	

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich November 2011 sind 18,5 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 9,2 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 3,3 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



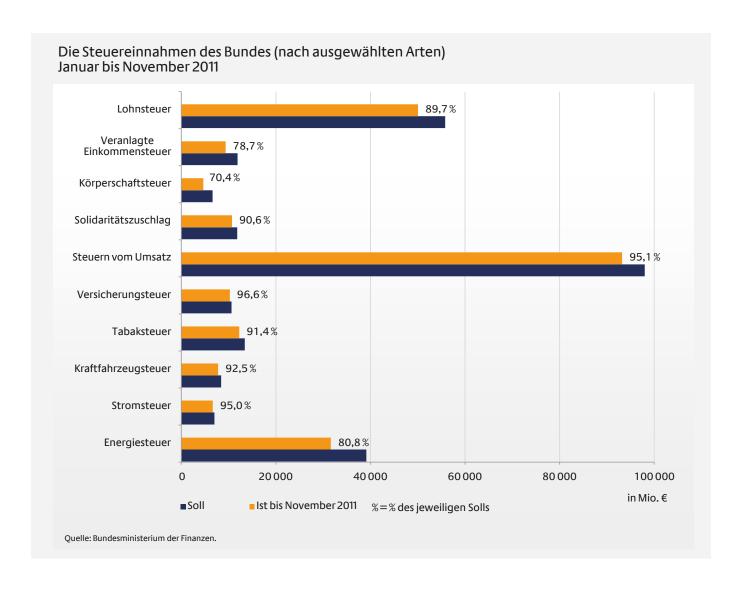
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Sol	I	Ist - Entw	ricklung	
	2010)	201	11	Januar bis November 2010	Januar bis November 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		11170
I. Steuern	226 189	87,2	229 164	89,2	191 561	211 069	+10,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	70,0	184 183	71,7	155 696	170 070	+9,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	32,5	84791	33,0	67 410	75 665	+12,2
davon:							
Lohnsteuer	54759	21,1	55 781	21,7	45 702	50 046	+9,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	5,1	11 921	4,6	9310	9384	+0,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	2,5	6 895	2,7	5 8 6 9	8 263	+40,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	1,5	3 569	1,4	3 521	3 307	-6,
Körperschaftsteuer	6 0 2 1	2,3	6 625	2,6	3 008	4 6 6 5	+55
Steuern vom Umsatz	95 860	37,0	97 985	38,1	87 292	93 211	+6,
Gewerbesteuerumlage	1 287	0,5	1 407	0,5	993	1 193	+20
Energiesteuer	39 838	15,4	39 142	15,2	31 236	31 627	+1,
Tabaksteuer	13 492	5,2	13 440	5,2	11 685	12 279	+5,
Solidaritätszuschlag	11 713	4,5	11 850	4,6	9 760	10734	+10,
Versicherungsteuer	10284	4,0	10 620	4,1	9 8 2 7	10 264	+4,
Stromsteuer	6 171	2,4	7 030	2,7	5 631	6 682	+18,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	3,3	8 445	3,3	7 831	7810	-0,
Kernbrennstoffsteuer	-	-	2 300	0,9	-	705	
Branntweinabgaben	1 993	0,8	1 963	0,8	1 794	1 948	+8,
Kaffeesteuer	1 002	0,4	1 030	0,4	908	926	+2,
Luftverkehrsteuer	-	-	1 000	0,4	-	811	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-5,0	-12 159	-4,7	-9710	-9 240	-4,
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-7,0	-21 870	-8,5	-16 518	-16874	+2,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-0,7	-2 300	-0,9	-1 692	-1718	+1,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-2,7	-6980	-2,7	-6304	-6398	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,5	-8 992	-3,5	-8 992	-8 992	+0,
II. Sonstige Einnahmen	33 105	12,8	27 860	10,8	25 894	22 509	-13,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	1,7	5 565	2,2	4348	4375	+0,
Zinseinnahmen	385	0,1	512	0,2	317	425	+34,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	1,7	4247	1,7	4 157	3 936	-5,
Einnahmen zusammen	259 293	100,0	257 024	100,0	217 455	233 578	+7,

 $^{^{1}\,\}mathrm{Bis}\,2008\,\mathrm{Zinsabschlag}$.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2011 im Vorjahresvergleich um + 7,6 % gestiegen. Der Bund erzielte mit + 11,2% einen stärkeren Zuwachs als die Länder (+ 5,2%). Dies ist im Wesentlichen auf eine Verschiebung der Anteile am Umsatzsteueraufkommen von den Ländern zum Bund und einen Rückgang der hauptsächlich den Ländern zufließenden Gewerbesteuerumlagen zurückzuführen. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern wie bereits im Vormonat - mit Mehreinnahmen von + 8.1% bei. Die reinen Bundessteuern stiegen um + 5,9 %, die Ländersteuern um + 8,3 %.

Das kumulierte Aufkommen von Januar bis November 2011 überschritt das Niveau im Basiszeitraum insgesamt um +8,5% (Bund: +10,4%).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer übertrafen im November das Vorjahresniveau um + 9,8 %. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen gingen aufgrund der Abnahme der Zahl der Kindergeldkinder um - 1,2 % zurück. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um + 5,6 % und dokumentiert die nach wie vor gute Verfassung des Arbeitsmarktes.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto weist mit -11,6 % erneut einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG unterschritten das Vorjahresniveau um -15,6 %. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich leicht um 0,1 Mrd. € auf - 0,7 Mrd. €. Im Zeitraum Januar bis November 2011 verharrte es mit + 0,8 % annähernd auf Vorjahresniveau. Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat November 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat von - 0,3 Mrd. € auf + 0,2 Mrd. € deutlich verbessert. Ursächlich ist insbesondere der Rückgang der Erstattungen für die Veranlagungsjahre vor 2008. Kumuliert für Januar bis November 2011 erhöhte sich das Aufkommen um + 55,1%.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto übertrafen das Vorjahresergebnis um + 12,1%. Da auch die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern um - 27,5 % zurückgingen, verbesserte sich das Kassenaufkommen deutlich und erzielte einen Zuwachs von + 41,3 %. Dies bestätigt die Tendenz im bisherigen Jahresverlauf (Januar bis November 2011: + 40,8 %).

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wuchs im Vorjahresvergleich leicht um + 1,2 %, das kumulierte Ergebnis Januar bis November 2011 liegt jedoch erheblich unter dem Vorjahreswert (- 6,1 %). Dies ist vor allem auf das anhaltend niedrige Zinsniveau zurückzuführen.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat November 2011 das Vorjahresniveau um + 3,6 %. Dieser Anstieg ist geringer als der Durchschnitt der vorhergehenden 10 Monate und senkt die kumulierte Änderungsrate gegenüber dem Vorjahr leicht auf + 6,0 %. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen erneut mit + 11,0 % sehr kräftig an. Das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer lag mit + 1,2 % nur leicht über dem Basiswert. Hier ist zu berücksichtigen, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer sich über den Vorsteuerabzug im Inland dämpfend auf die

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011 ⁴	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 504	+9,8	121 343	+9,9	140 200	+9,6
veranlagte Einkommensteuer	- 664	X	22 079	+0,8	31 400	+0,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	462	+41,3	16 526	+40,8	17 860	+37,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	569	+1,2	7517	-6,1	8 130	-6,6
Körperschaftsteuer	212	Х	9330	+55,1	14820	+23,1
Steuern vom Umsatz	17 187	+3,6	173 843	+6,0	190 300	+5,7
Gewerbesteuerumlage	165	-33,0	2 881	+20,0	3 568	+14,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	61	-61,3	2 500	+16,5	3 141	+11,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 496	+8,1	356 018	+9,0	409 419	+8,1
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 523	-1,4	31 627	+1,3	40 250	+1,0
Tabaksteuer	1 264	+16,0	12 279	+5,1	13 830	+2,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	172	-1,6	1947	+8,7	2 150	+8,0
Versicherungsteuer	716	+6,8	10 264	+4,5	10 700	+4,0
Stromsteuer	562	+19,3	6 682	+18,7	7 150	+15,9
Kraftfahrzeugsteuer	635	-0,1	7810	-0,3	8 450	-0,4
Luftverkehrsteuer	99	Х	811	X	920	Х
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	705	Х	920	Х
Solidaritätszuschlag	664	+12,5	10734	+10,0	12 650	+8,0
übrige Bundessteuern	124	+4,8	1 360	+3,2	1 490	+2,8
Bundessteuern insgesamt	7 759	+5,9	84 221	+6,5	98 510	+5,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	348	-14,9	3 967	-0,7	4220	-4,2
Grunderwerbsteuer	607	+31,4	5 742	+19,9	6300	+19,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	122	-8,9	1314	+1,6	1 438	+1,8
Biersteuer	53	+1,3	648	-1,4	696	-2,3
Sonstige Ländersteuern	15	Х	326	+25,3	355	+8,6
Ländersteuern insgesamt	1 145	+8,3	11 998	+9,1	13 009	+7,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	398	+5,1	4 202	+5,1	4 440	+1,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	216	+32,5	1718	+1,3	1 890	+2,9
BSP-Eigenmittel	1 485	-9,0	16874	+2,2	18 260	+0,6
EU-Eigenmittel insgesamt	2 099	-3,4	22 793	+2,6	24 590	+0,9
Bund ³	17 889	+11,2	211 451	+10,4	246 654	+9,2
Länder ³	15 922	+5,2	196 310	+7,3	223 620	+6,5
EU	2 099	-3,4	22 793	+2,6	24 590	+0,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 887	+10,2	25 885	+7,5	30 514	+7,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	37 798	+7,6	456 439	+8,5	525 378	+7,5

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom November 2011.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM NOVEMBER 2011

Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens auswirkt.

Die reinen Bundessteuern meldeten im November 2011 einen Zuwachs um + 5,9%, getragen insbesondere von der Tabaksteuer (+16,0%), der Stromsteuer (+19,3%), dem Solidaritätszuschlag (+12,5%) und der Versicherungsteuer (+6,8%). Die Energiesteuer unterschritt das Vorjahresergebnis leicht um - 1,4%. Bei der Kernbrennstoffsteuer ist im November 2011 kein Aufkommen zu verzeichnen. Zwar wurde im November Kernbrennstoffsteuer angemeldet, diese wird jedoch kassentechnisch erst im Monat Dezember verbucht. Die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer erreichten mit 99 Mio. € im November den bisher höchsten Monatswert. Das Aufkommen im Zeitraum Januar bis November beträgt kumuliert 811 Mio. €.

Insgesamt konnten die Bundessteuern im bisherigen Jahresverlauf Mehreinnahmen in Höhe von + 6.5 % verbuchen.

Die reinen Ländersteuern erzielten im Berichtsmonat Zuwächse von + 8,3 %. Während die Grunderwerbsteuer (+ 31,4 %) und die Biersteuer (+ 1,3 %) das Vorjahresniveau übertrafen, ging das Aufkommen der Erbschaftsteuer (- 14,9 %) und der Rennwett-und Lotteriesteuer (- 8,9 %) zurück. Bei der Feuerschutzsteuer wurde im November 2010 durch die Umstellung auf die Erfassung durch das Bundeszentralamt für Steuern kein Aufkommen gemeldet. Deshalb ist kein Vorjahresvergleich möglich. Im Zeitraum Januar bis November wurde bei den Ländersteuern das Niveau des Vorjahres insgesamt um + 9,1% ausgedehnt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 4,84% (4,30% im Oktober).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 2,28 % (2,12 % Ende Oktober).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende November auf 1,47% (1,59% Ende Oktober).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. Dezember

2011 beschlossen, mit Wirkung vom 14. Dezember den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,00 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 1,75 % und die Einlagefazilität um 25 Basispunkte auf 0,25 % zu senken.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 089 Punkte am 30. November (6 141 Punkte am 31. Oktober). Der Euro Stoxx 50 sank von 2 385 Punkten am 31. Oktober auf 2 330 Punkte am 30. November.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober 2011 bei 2,6 % nach 3,0 % im September und 2,8 % im August.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von August bis Oktober 2011 erhöhte sich auf 2,8 % nach 2,6 % im Dreimonatszeitraum von Juli bis September 2011 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Oktober 2,1% nach 1,5% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen

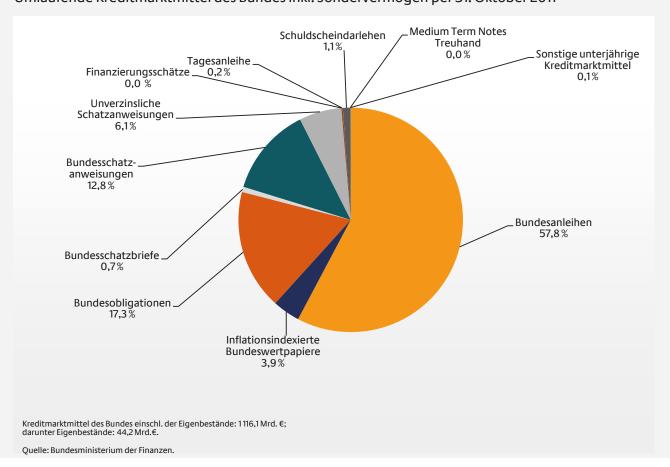
und Privatpersonen 2,11 % im Oktober gegenüber 1,50 % im September.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Oktober 2011 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 247,06 Mrd. €. Davon wurden 238,40 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Oktober 2011



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-	24,0	-	-	-			47,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	17,0	•		36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	16,0	-			46,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	9,0	9,2	9,0	9,9			102,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0			0,8
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1			0,4
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0			0,5
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-	0,1	-	0,0	0,3			0,4
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3	-	0,5	0,0	-			1,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4	33,2	9,9	25,2	27,3			235,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. •	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7	13,4	0,1	0,9	2,7			36,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 0,03 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011" dargestellt.

Bis einschließlich Oktober 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 235,94 Mrd. € und die Zinszahlungen 27,30 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 241,48 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 8,32 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 7,90 Mio. € eingesetzt. Zusätzlich führte der Finanzmarktstabilisierungsfonds seine Tilgungen in Höhe von - 2,74 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die Sondervermögen ab.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN 113735	Aufstockung	5. Oktober 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	12. Oktober 2011	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 23. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd.€	2 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN 113545	Aufstockung	19. Oktober 2011	10 Jahre fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Aufstockung	2. November 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	6 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN113736	Neuemission	16. November 2011	2 Jahre / fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	7 Mrd.€	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Neuemission	23. November 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	6 Mrd.€	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Aufstockung	7. Dezember 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN 113736	Aufstockung	14. Dezember 2011	2 Jahre / fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 5 Mrd. €
			4. Quartal 2011 insgesamt	ca. 41 Mrd. €	ca. 39 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115954 WKN 111595	Neuemission	10. Oktober 2011	6 Monate / fällig 4. April 2012	5 Mrd. €	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115962 WKN 111596	Neuemission	31. Oktober 2011	12 Monate / fällig 31. Oktober 2012	3 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115970 WKN 111597	Neuemission	7. November 2011	6 Monate / fällig 16. Mai 2012	5 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115988 WKN 111598	Neuemission	5. Dezember 2011	6 Monate / fällig 13. Juni 2012	5 Mrd. €	3 Mrd.€
			4. Quartal 2011 insgesamt	18 Mrd. €	13 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes wert papiere	Aufstockung	9. November 2011	7 Jahre / fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 -3 Mrd. €	2 Mrd.€
			4. Quartal 2011 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine spürbare Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Winterhalbjahr hin.
- Insbesondere in der Industrie zeigt sich inzwischen eine ruhigere Gangart.
- Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich weiterhin als robust.
- Der jährliche Preisniveauanstieg auf der Verbraucherstufe fiel zuletzt wieder niedriger aus.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland hat zuletzt deutlich an Schwung verloren. Das aktuelle Indikatorenbild deutet darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland im Winterhalbjahr 2011/2012 spürbar abschwächen dürfte. Hierzu könnte insbesondere eine ruhigere Gangart in der Industrie beitragen. Die Entwicklung der vorlaufenden Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand bekräftigt jedoch die Einschätzung, dass derzeit lediglich von einer vorübergehenden konjunkturellen Abschwächung auszugehen ist, die sich an eine dynamische gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Sommermonaten dieses Jahres anschließen würde.

Im 3. Quartal 2011 fiel das Wachstum der deutschen Wirtschaft mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um preis-, kalenderund saisonbereinigt 0,5 % kräftiger aus als noch im Vorquartal (+0,3%). Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Detailergebnisse zeigen, dass der Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität vor allem von der Binnennachfrage getragen wurde. So ging von der inländischen Nachfrage ein rechnerischer Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten aus. Insbesondere die privaten Konsumausgaben stiegen in realer Rechnung um (saisonbereinigt) 0,8 % gegenüber dem Vorquartal an. Darin dürfte sich vor allem die günstige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte widerspiegeln. So stiegen deren verfügbare Einkommen in den

Sommermonaten im Vorquartalsvergleich das achte Mal in Folge an (+ 0,7% gegenüber dem 2. Quartal 2011). Die Sparquote verharrte in saisonbereinigter Betrachtung bei 11,0 %. Die Investitionen in Ausrüstungen wurden deutlich ausgeweitet (+ 2,9 %), während die Bauinvestitionen rückläufig waren (- 0,7 %). Im Zuge einer anziehenden Binnennachfrage fiel die Zuwachsrate des Importvolumens (+ 2,6 % gegenüber dem Vorquartal) ähnlich hoch aus wie jene der Exporte (+ 2,5 %), sodass sich der rechnerische Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft auf nur 0,1 Prozentpunkte belief.

Die jüngsten Außenhandelszahlen sprechen für einen ungünstigen Einstieg der Exportwirtschaft in das 4. Quartal 2011. Die nominalen Warenexporte sanken im Oktober saisonbereinigt um 3,6 % gegenüber dem Vormonat, nachdem sie in den beiden Monaten zuvor angestiegen waren. Trotz des Rückgangs im Oktober sind die nominalen Warenexporte der Grundtendenz nach weiter aufwärtsgerichtet, wenngleich sich der Aufwärtstrend gegenüber dem 3. Quartal deutlich abgeflacht hat. Hier zeigt sich die im Verlauf nachlassende globale Nachfrage, die sich auf fast alle Regionen erstreckt. In dem Zeitraum von Januar bis Oktober 2011 lag das nominale Ausfuhrergebnis weiterhin deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte + 12,5%). Dabei stiegen die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der EU

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

und in Drittländer mit jeweils rund 14% überdurchschnittlich kräftig an, während die Ausfuhren in den Euroraum um gut 10% zulegten.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die deutsche Exportdynamik weiter an Tempo verlieren dürfte: So revidierte die Europäische Kommission in ihrer Herbstprognose ihre Erwartungen für das weltwirtschaftliche Wachstum in diesem und im nächsten Jahr insbesondere für die deutschen Haupthandelspartner, die Staaten der Europäischen Union, deutlich nach unten. Auch die OECD geht in ihrer jüngsten Prognose von einem geringeren Wachstum der Weltwirtschaft aus als noch im Mai dieses Jahres. Die ungünstigeren Perspektiven für die weltwirtschaftliche Entwicklung spiegeln sich in der aktuellen Entwicklung der Stimmungsindikatoren wider. So trübte sich das ifo-Weltwirtschaftsklima weiter ein. Der Composite Leading Indicator der OECD verschlechterte sich im Vergleich zum Vormonat geringfügig und liegt nun seinem langfristigen Durchschnittswert sehr nahe. Auch der Welthandelsindikator des niederländischen CPB-Instituts ging leicht zurück, während sich die ifo-Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im 4. Quartal deutlich eintrübten.

Die nominalen Warenimporte waren im Oktober zum dritten Mal in Folge rückläufig. Damit gingen die Einfuhren nun auch im Dreimonatsvergleich zum ersten Mal in diesem Jahr zurück. In dem Zeitraum von Januar bis Oktober wurden die Einfuhren deutlich gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet (+ 14,6 %); überdurchschnittlich war dabei der Anstieg der Importe aus dem Nicht-Euroraum der EU (+ 17,1 %). Die in der Verlaufsbetrachtung rückläufigen Einfuhren dürften aufgrund des hohen Importgehalts deutscher Ausfuhren zu einem gewissen Teil die Abschwächung der Exporttätigkeit widerspiegeln.

Zwar hat sich zu Beginn des Schlussquartals die industrielle Aktivität wieder leicht belebt.

So stieg die Industrieproduktion im Oktober im Vormonatsvergleich um saisonbereinigt 0,8% an. Dabei wurde die Produktion von Investitionsgütern merklich gesteigert, während die Produktion von Vorleistungsgütern leicht eingeschränkt wurde. Der Umsatz in der Industrie konnte im Oktober leicht gesteigert werden. Dabei stiegen die Auslandsumsätze in etwa in gleicher Größenordnung wie die Inlandsumsätze an. Angesichts des deutlichen Rückgangs zum Ende des 3. Quartals bleiben der Umsatz und die Produktion in der Industrie jedoch der Tendenz nach insgesamt abwärtsgerichtet. Somit ergibt sich aufgrund des Rückgangs der Industrieproduktion im September bereits rein rechnerisch eine erhebliche Vorbelastung für das 4. Quartal dieses Jahres.

Das industrielle Bestellvolumen nahm im Oktober nach drei monatlichen Rückgängen in Folge wieder spürbar zu. Dabei wurde die Auslandsnachfrage vor allem aufgrund der günstigen Entwicklung im Investitionsgüterbereich stärker ausgeweitet als die Inlandsnachfrage. Dies war auch auf ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen aus dem Ausland zurückzuführen. Insgesamt zeigt der Auftragseingang in der Industrie im Zweimonatsvergleich jedoch weiterhin einen deutlichen Abwärtstrend.

Der Abwärtstrend der Industrieindikatoren steht qualitativ im Einklang mit der Entwicklung der Stimmungsindikatoren, die ebenfalls eine Abschwächung der industriellen Dynamik signalisieren. So lag der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im November das zweite Mal in Folge unterhalb der Expansionsschwelle. Und auch die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe wurde laut ifo-Umfrage im Dezember weniger optimistisch beurteilt als noch im Vormonat. Von dem kräftigen Anstieg der Auftragseingänge hingegen dürften jedoch positive Impulse für die industrielle Produktionstätigkeit ausgehen. Auch wenn der Anstieg des Bestellvolumens auf ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen zurückzuführen ist, so deutet

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r
	bzw.Index	ggü. Vorj. in %	1.Q.11	2.Q.11	3.Q.11	1.Q.11	2.Q.11	3.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,5	+3,7	+1,3	+0,3	+0,5	+5,0	+3,0	+2,5
jeweilige Preise	2 477	+4,3	+1,4	+0,7	+0,8	+5,3	+3,9	+3,5
Einkommen								
Volkseinkommen	1 898	+5,1	+1,6	-0,1	+0,9	+4,8	+3,8	+3,8
Arbeitnehmerentgelte	1 263	+2,5	+1,7	+1,1	+0,1	+4,4	+4,8	+4,0
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	635	+10,5	+1,3	-2,6	+2,6	+5,6	+1,5	+3,4
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 576	+2,9	+0,7	+0,6	+0,7	+3,4	+3,4	+3,1
Bruttolöhne ugehälter	1.027	+2,7	+2,0	+1,3	-0,1	+4,8	+5,2	+4,1
Sparen der privaten Haushalte	181	+4,5	-0,3	+0,9	+0,6	-1,2	+0,4	+1,5
		2010			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Außenhandel / Umsätze / Produktion /			Vorne	eriode saisor			Vorjahı	₋ 1
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Sep 11	Okt 11	Zweimonats- durchschnitt	Sep 11	Okt 11	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen					a ar criscilline			a ar eriseimite
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	-0,4		+0,1	+3,6		+5,8
` Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	+1,0	-3,6	+0,7	+10,6	+3,8	+7,2
Waren-Importe	797	+19,9	-0,5	-1,0	-1,0	+12,0	+8,6	+10,3
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	103,9	+10,2	-2,8	+0,8	-2,6	+5,4	+4,1	+4,7
Industrie ²	104,6	+11,6	-2,8	+0,8	-2,6	+6,6	+5,4	+6,0
Bauhauptgewerbe	108,4	+0,2	-1,4	+0,4	-2,1	+3,4	+1,6	+2,5
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) ²	102,7	+10,6	-2,7	+0,5	-2,6	+6,7	+3,8	+5,2
Inland	99,0	+6,3	-1,7	+0,4	-2,4	+7,4	+4,5	+5,9
Ausland	107,2	+15,7	-3,8	+0,6	-2,9	+5,9	+2,8	+4,4
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie ²	105,8	+21,2	-4,6	+5,2	-2,7	+2,2	+5,4	+3,8
Inland	102,7	+16,0	-3,0	+1,4	-3,9	+3,6	+2,7	+3,2
Ausland	108,4	+25,9	-5,8	+8,3	-1,7	+1,1	+7,7	+4,4
Bauhauptgewerbe	96,7	+1,1	-2,8		-3,7	+1,4		+1,8
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100) Einzelhandel	97,2	+1,3	+0,9	-0,2	+0,5	+1,3	-0,6	+0,4
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	,		- • -					

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2010			Veränderung in	Tsd. gegenü	ber	
Arbeitsmarkt	Personen	:: N: :- 0/	Vorp	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-23	+6	-20	-231	-204	-214
Erwerbstätige, Inland	40,55	+0,5	+20	+26		+485	+477	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+43			+698		
		2010			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2005 = 100		aaii Mari in W		Vorperiod	le		Vorjahr	
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11
Importpreise	108,3	+7,8	+0,6	-0,3		+6,9	+6,8	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,3	+0,2	+0,1	+5,5	+5,3	+5,2
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,1	+0,0	+0,0	+2,6	+2,5	+2,4
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Dez 11
(lima	+20,3	+20,7	+17,7	+9,7	+7,4	+5,3	+5,7	+6,8
Geschäftslage	+30,3	+33,8	+30,1	+24,0	+23,6	+21,3	+21,3	+21,3
Geschäftserwartungen	+10,7	+8,4	+6,0	-3,7	-7,7	-9,4	-8,8	-6,7

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

die Auftragsentwicklung am aktuellen Rand doch auf eine gewisse Stabilisierung hin. Auch der spürbare Anstieg der Nachfrage im Maschinenbau bestätigt diese Einschätzung.

Die Bauproduktion konnte im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht ausgeweitet werden. Zwar ist die Produktion im Bauhauptgewerbe im Zweimonatsvergleich auch weiterhin rückläufig. Der Abwärtstrend des ifo-Geschäftsklimas im Bauhauptgewerbe konnte dagegen gestoppt werden. So kam es in der Bauwirtschaft zum zweiten Mal in Folge zu einer deutlichen Stimmungsverbesserung. Dabei wurden sowohl die Lage als auch die Aussichten weniger pessimistisch eingeschätzt als noch im Vormonat.

Das aktuelle Indikatorenbild deutet tendenziell auf eine weiterhin günstige Entwicklung der privaten Konsumausgaben hin. So sind

die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) trotz des leichten Rückgangs im Oktober weiterhin aufwärtsgerichtet. Auch die Verbraucherstimmung hellte sich laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Dezember erneut. Die Verbesserung der Verbraucherstimmung ist dabei vor allem auf einen Anstieg der Einkommenserwartungen zurückzuführen. Die Anschaffungsneigung befindet sich trotz eines Rückgangs im Dezember auf einem hohen Niveau. Damit scheint sich die durch die Schuldenkrise hervorgerufene Verunsicherung der Verbraucher derzeit nicht in ein vorsichtigeres Ausgabenverhalten zu übersetzen, worauf auch ein erneuter Rückgang der Sparneigung hindeutet. Darüber hinaus bewerteten die Einzelhandelsunternehmen gemäß der ifo-Umfrage vom Dezember ihre aktuelle Lage und die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate günstiger als noch vor

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

einem Monat. Insgesamt sind vor dem Hintergrund eines spürbaren Anstiegs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der positiven Konsumkonjunktur gegeben. Hierzu hat die anhaltend günstige Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt maßgeblich beigetragen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich auch im Verlauf des 4. Quartals robust. So waren im November 2,71 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 214 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,4% und unterschritt das Vorjahresniveau damit um 0,5 Prozentpunkte. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging im November um 20 000 Personen gegenüber dem Vormonat zurück, nachdem sie im Oktober leicht angestiegen war.

Nach Ursprungswerten erreichte die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im Oktober ein Niveau von 41,55 Millionen Personen und überschritt damit den Vorjahresstand um 477 000 Erwerbstätige. Saisonbereinigt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Oktober wieder etwas kräftiger zu als in den drei Monaten zuvor.

Die weiterhin gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch in einem spürbaren Anstieg des Lohnsteueraufkommens. So konnten im November die Einnahmen aus der Lohnsteuer vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes um 5,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgeweitet werden.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im September 2011 – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit – weiter deutlich an (saisonbereinigt + 43 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Im Vergleich zum Vorjahr gab es einen Zuwachs um 698 000 Personen (Ursprungswerte). Dabei ging mehr als die Hälfte des Zuwachses auf die Zunahme der Vollzeitbeschäftigung zurück. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet stieg die sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr am stärksten an, gefolgt von wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen).
Beschäftigungsverluste gab es hingegen insbesondere bei sonstigen Dienstleistungen und privaten Haushalten.

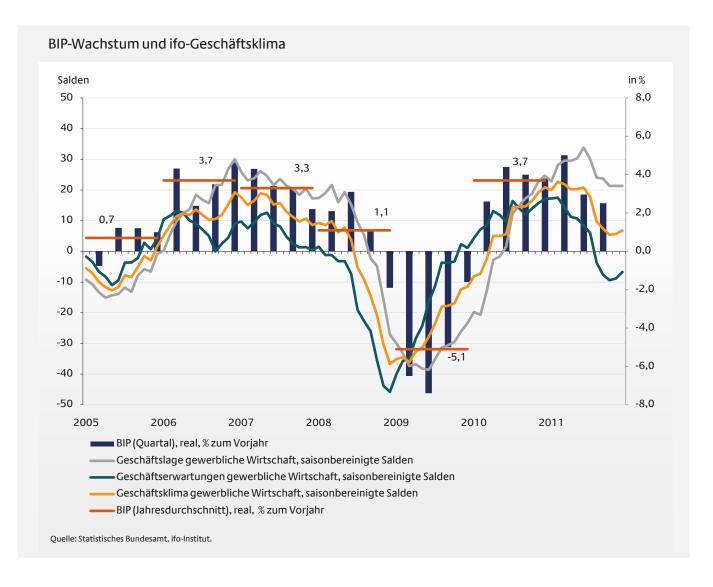
Nach dem krisenbedingten Rückgang im Jahr 2009 hat sich die Zahl der gesamtwirtschaftlich geleisteten Arbeitstunden inzwischen normalisiert. Somit wurde das Niveau des 2. Quartals 2008 wieder nahezu erreicht. Dies zeigt sich auch am konjunkturell bedingten Kurzarbeitergeld, bei dem sich die Zahl der Empfänger auf ein nahezu normales Maß zurückgebildet hat.

Die insgesamt weiterhin günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich fortsetzen. Dies zeigt der umfassende Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, der im November erneut angestiegen ist. Im Zuge einer konjunkturellen Abschwächung könnte jedoch auch der Beschäftigungsaufbau mit zeitlicher Verzögerung an Dynamik verlieren. Einen Hinweis hierauf liefert die Entwicklung des ifo-Beschäftigungsbarometers für die gewerbliche Wirtschaft. Dieses befindet sich zwar weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Es ist jedoch der Tendenz nach seit August 2011 seitwärtsgerichtet. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Beschäftigungsaufbau im Verlauf verlangsamt.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland lag im November 2,4% über dem Vorjahresniveau. Damit fiel der jährliche Preisniveauanstieg etwas niedriger aus als in den Vormonaten (September: +2,6%, Oktober: +2,5% jeweils gegenüber dem Vorjahr). Der Preisniveauanstieg gegenüber dem Vorjahr war im November hauptsächlich auf die deutlichen Preiserhöhungen bei Haushaltsenergie zurückzuführen. Dieser Effekt ist verantwortlich für etwa einen Prozentpunkt des VPI-Anstiegs.

Auch auf den vorgelagerten Produktionsstufen ist der Preisauftrieb im Vorjahresvergleich weiterhin von dem Anstieg der Energiepreise

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



geprägt, obwohl sich beispielsweise der Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt gegenüber dem Vorjahr etwas abgeflacht hat. Der Importpreisindex erhöhte sich im Oktober 2011 gegenüber dem Vorjahr um 6,8%. Dabei waren insbesondere importiertes Rohöl und Mineralölerzeugnisse teurer als noch vor einem Jahr. Ohne diese Produkte lag der Einfuhrpreisindex 3,8 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der jährlich Anstieg des Erzeugerpreisindex (+5,2%) war im im November hauptsächlich auf die Verteuerung von Energieprodukten zurückzuführen. Ohne die Berücksichtigung von Energie lag der Erzeugerpreisindex nur 2,6% über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

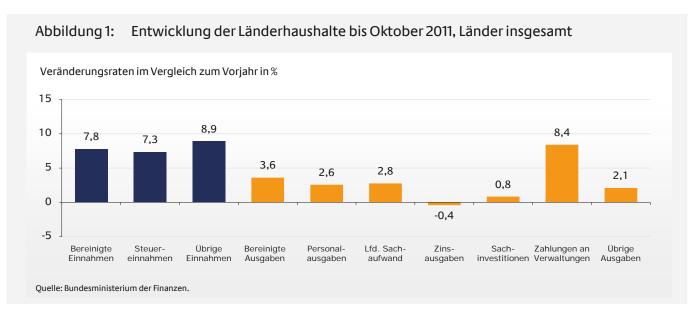
Der Preisniveauanstieg auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette könnte zunehmend auf die Verbraucherstufe durchwirken. Laut GfK-Umfrage erwarten die Konsumenten tendenziell einen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus. Angesichts der Abschwächung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos und einer damit einhergehenden moderateren Entwicklung der globalen Rohstoffpreise dürfte der importierte Preisdruck in den kommenden Monaten jedoch weiter nachlassen. Dagegen könnte der binnenwirtschaftliche Preisdruck etwas zunehmen, wenn sich der Anstieg der Lohnstückkosten fortsetzt. Diese stiegen im 3. Quartal 2011 im Vorjahresvergleich um 1,4% an (Personenkonzept). Insgesamt zeichnet sich jedoch für die kommenden Monate eine leichte Entspannung des Preisklimas ab.

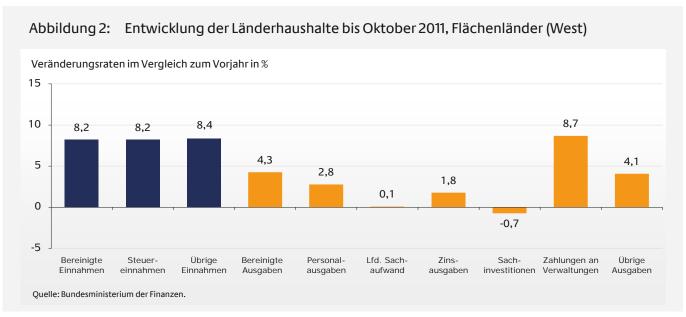
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2011

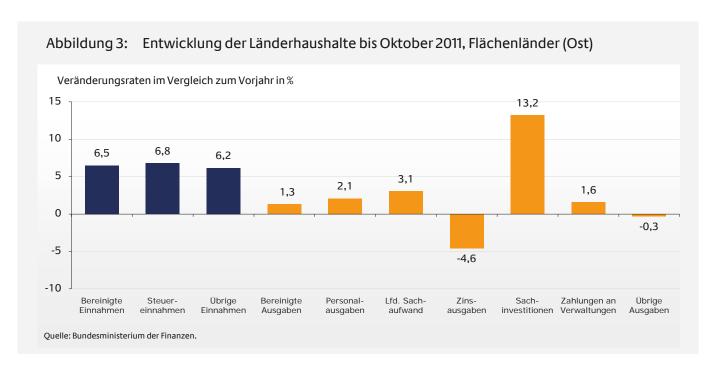
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2011 vor.

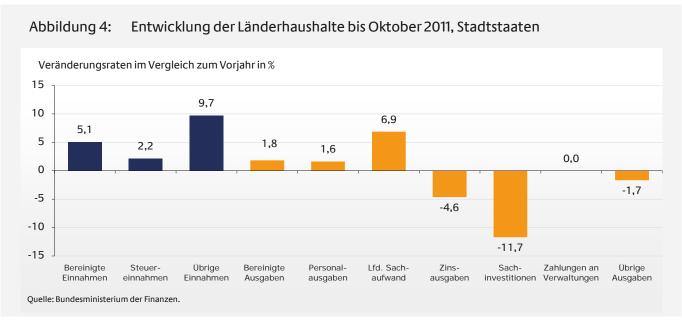
Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Berichtszeitraum um 7,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, während die Ausgaben um 3,6 % anstiegen. Die Steuereinnahmen liegen um 7,3 % höher als im Vorjahreszeitraum. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende Oktober rund - 12,3 Mrd. € und fällt damit rund 8 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Die Haushaltspläne der Länder sehen ein Gesamtdefizit von rund - 23,7 Mrd. € für das Jahr 2011 vor.





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 30. November 2011 in Brüssel

Jahreswachstumsbericht

Die Europäische Kommission hat ihren Jahreswachstumsbericht 2012 vorgestellt. In ihm benennt sie die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der EU und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu ihrer Bewältigung: 1. Verfolgung einer differenzierten wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, 2. Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe in den Volkswirtschaften, 3. Förderung von tragfähigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, 4. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Auswirkungen der Krise und 5. Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Gestützt auf diesen Bericht formuliert der Europäische Rat alljährlich auf seiner Frühjahrstagung im März horizontale Leitlinien, die die Mitgliedstaaten in ihren Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen und Nationalen Reformprogrammen berücksichtigen sollen. Mit der Vorlage des Jahreswachstumsberichts wird der Beginn des "Europäischen Semesters" eingeleitet. Bei dem Europäischen Semester handelt es sich um einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, in dem die Koordinierungsprozesse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Strategie EU2020 aufeinander abgestimmt werden.

Vorschläge der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Die Kommission stellte ihre am 23. November 2011 vorgelegten Vorschläge für eine weitere Vertiefung der wirtschaftspolitischen Steuerung sowie ihr Grünbuch zur "Einführung von Stabilitätsanleihen" vor.

Das Grünbuch enthält drei Optionen zur Vergemeinschaftung der Schuldenaufnahme der Euro-Länder, die sich nach dem Grad der Substitution nationaler Emissionen und dem Wesen der zugrunde liegenden Garantien unterscheiden. In den Verordnungsentwürfen geht es insbesondere um eine stärkere Überwachung von Euroraumländern, die Schwierigkeiten mit ihrer Finanzstabilität haben oder bereits finanzielle Unterstützung erhalten, sowie um die Prüfung der nationalen Haushaltspläne auf Abweichungen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt durch die Kommission. In der sich anschließenden Debatte wurden die Kommissionsvorschläge zur Vertiefung der wirtschaftspolitischen Steuerung grundsätzlich begrüßt. Die mögliche Einführung von Stabilitätsanleihen war dagegen strittig. Die Kommission kündigte zudem an, eine Mitteilung vorlegen zu wollen, wie im Einklang mit Art. 138 AEUV die Außenvertretung des Eurogebiets gestärkt werden könne.

Nachbereitung des G20-Gipfels vom 3./4. November 2011 in Cannes

Frankreich als G20-Präsidentschaft und die Kommission berichteten über die Ergebnisse des G20-Gipfeltreffens. Ein Thema sei eine mögliche Mittelaufstockung des IWF gewesen. Hier seien jedoch noch Fragen bezüglich des Umfangs und der Art und Weise der Aufstockung offen. Die Klärung müsse spätestens beim nächsten G20-Finanzministertreffen im Februar 2012 erfolgen.

Wirtschafts- und Finanzwirkungen von EU-Gesetzgebung

Die ECOFIN-Minister verabschiedeten Schlussfolgerungen zur Stärkung von Folgenabschätzungen im Rat. Hierzu ist

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

vorgesehen, dass sich neben dem zuständigen Fachrat auch der ECOFIN- und/oder der Wettbewerbsfähigkeits-Rat mit einem Dossier befassen sollen, wenn signifikante finanzielle und wirtschaftliche Wirkungen erwartet werden.

Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans zum Haushaltsjahr 2010

Der Präsident des Europäischen Rechnungshofs, Vítor Manuel da Silva Caldeira, stellte die wesentlichen Elemente des Jahresberichts 2010 vor. Die Jahresrechnung stelle die Finanzlage der EU insgesamt verlässlich dar. Einnahmen und Verpflichtungen seien im Wesentlichen rechtmäßig gewesen. Jedoch betrage die geschätzte Fehlerquote bei den Zahlungen etwa 3,7 %. Die Kontrollsysteme seien nur teilweise effektiv gewesen. Im Kohäsionsbereich sei die geschätzte Fehlerquote verglichen mit dem Vorjahr angestiegen. Viele Fehler hätten von den Mitgliedstaaten bereits im Vorfeld entdeckt werden können. Im Agrarbereich habe die geschätzte Fehlerquote 2,3 % betragen, wobei die Direktzahlungen im Wesentlichen fehlerfrei gewesen seien.

Der jährliche Bericht des Europäischen Rechnungshofs ist die Grundlage für die Entlastung, die das Europäische Parlament der Kommission auf Empfehlung des Rates erteilt. Die Vorstellung des Berichts im Rat ist der erste Schritt zur Vorbereitung der Entlastungsempfehlung des Rates an das Europäische Parlament.

EU-Statistiken

Die ECOFIN-Minister haben Schlussfolgerungen verabschiedet, in denen die Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen im Europäischen Statistischen System (ESS), insbesondere die Revision des Verhaltenskodex des ESS sowie der jährliche Bericht des "European Statistical Governance Advisory Boards" (ESGAB) und die Reformen auf dem Gebiet der Qualitätssicherung gewürdigt werden.

Darüber hinaus wurden neue Mitglieder für den ESGAB nominiert. Für den ESGAB-Vorsitz wurde Thomas Wieser, Abteilungsleiter im österreichischen Finanzministerium, nominiert. Für die drei vom Rat zu benennenden ordentlichen Mitglieder wurden nominiert:

- Günter Kopsch, ehemaliger Abteilungsleiter des deutschen Statistischen Bundesamtes.
- Pilar Martin-Guzman, Professorin für Statistik an der Universidad Autonoma de Madrid, und
- Edvard Outrata, ehemaliger Präsident des tschechischen Statistischen Amtes.

Das Nominierungsverfahren soll noch vor Ende 2011 abgeschlossen werden.

Nominierung eines Kandidaten für das EZB-Direktorium

Der Italiener Lorenzo Bini Smaghi wird zum Jahresende das Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) verlassen. Seit dem Amtsantritt von Mario Draghi als neuem EZB-Präsidenten am 1. November 2011 gehören zwei Italiener dem EZB-Direktorium an. Der ECOFIN-Rat beschloss ohne Gegenstimme, dem Europäischen Rat den Franzosen Benoît Coeuré für das EZB-Direktorium zu empfehlen.

Refinanzierung und Kapitalisierung von Banken

Um das Vertrauen in den Bankensektor wieder herzustellen, beschlossen die Staatsund Regierungschefs bei ihrem Treffen am 26. Oktober 2011 eine Stärkung der Quantität und Qualität der Kapitalpuffer bis zum 30. Juni 2012 (Erhöhung der Kernkapitalquote der systemrelevanten Geldhäuser auf 9 %) sowie die Sicherstellung der mittelfristigen Refinanzierung durch Garantien für

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Bankanleihen. Beim ECOFIN ging es darum, durch welche Instrumente diese Garantien auf Bankanleihen bereitgestellt werden sollen. Nach intensiver Diskussion einigten sich die Finanzminister darauf, dass die Finanzinstitute mit koordinierten nationalen Garantien für Bankanleihen gestützt werden sollen, wenn dies notwendig wird.

Europäische Investitionsbank (EIB) – Verfahren zu Nominierung des Präsidenten

Beim ECOFIN-Mittagessen erzielten die ECOFIN-Minister eine politische Einigung auf Staatsminister Dr. Werner Hoyer als Nachfolger von EIB-Präsident Philippe Maystadt, dessen Amtszeit zum 31. Dezember 2011 ausläuft.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

23./24. Januar 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
20./21. Februar 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
25./26. Februar 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexico City
1./2. März 2012	Europäischer Rat in Brüssel
12./13. März 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
30./31. März 2012	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Dänemark
20./22. April 2012	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washingtion
20./22. April 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
1. Dezember 2011	Stabilitätsrat
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2012	Dezember 2011	27. Januar 2012
Februar 2012	Januar 2012	23. Februar 2012
März 2012	Februar 2012	22. März 2012
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹

Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Klassische und synthetische Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs ir	n
Dienstleistungssektor	36
Das neue EU-Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	46
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2010	53
Die Deauville-Partnerschaft	60
G20-Gipfel am 3. und 4. November 2011 in Cannes	67

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Klassische und synthetische Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Ergebnisse des Forschungsprojekts "Konstruktion von Indikatoren zur Analyse der wirtschaftlichen Aktivität in den Dienstleistungsbereichen" des ifo-Instituts im Auftrag des BMF¹

1	Einleitung	36
	Die Datenlage	
	Klassische Indikatoren	
	Synthetische Indikatoren	
	Analyseinstrumente	
	Ergebnisse für klassische Indikatoren	
	Wie schlagen sich die synthetischen Indikatoren?	
	Zusammenfassung	
-		

- Die Analyse und Prognose des Dienstleistungssektors und seiner Teilbereiche ist bisher in der Praxis und Forschung vernachlässigt worden, obwohl mehr als 70 % der Bruttowertschöpfung auf diesen Bereich entfallen.
- Im Rahmen einer Korrelationsanalyse und Evaluierung von Wendepunkt- und Punktprognosen hat sich gezeigt, dass sowohl einige klassische als auch synthetisch konstruierte Indikatoren in der Lage sind, die Konjunktur in verschiedenen Dienstleistungsbereichen gut bis befriedigend zu erklären und zu prognostizieren.
- Obwohl die Ergebnisse teilweise vielversprechend sind, gilt es abzuwarten, ob sich diese bestätigen, da die Historie vieler Indikatoren noch sehr kurz ist.

1 Einleitung

Der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der gesamten Bruttowertschöpfung ist seit Anfang der 1990er-Jahre von gut 60 % auf heute über 70 % gestiegen. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft wird eine möglichst exakte

¹ Der vorliegende Artikel wurde von Dr. Klaus Wohlrabe (ifo-Institut) verfasst. Rückfragen bitte an wohlrabe@ifo.de. Prognose dieses Wirtschaftsbereichs immer wichtiger.

Im Rahmen der Identifikation und Konstruktion von konjunkturellen Frühindikatoren wird dem Dienstleistungssektor bisher allerdings relativ wenig Beachtung geschenkt. Der Schwerpunkt der Konjunktur- und Prognoseforschung liegt bisher auf dem Industriesektor und/oder dem Bruttoinlandsprodukt. Für die Schätzung der aktuellen und die Prognose der zukünftigen Entwicklung der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor insgesamt sowie der einzelnen Subaggregate existieren nur wenige

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Indikatoren, die standardmäßig eingesetzt werden.

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, systematisch potentielle Indikatoren für die einzelnen Dienstleistungsbereiche zu identifizieren und ihre Eigenschaften zur Prognose zu untersuchen. Die Identifizierung von Prädiktoren erfolgt dabei auf einer niedrigeren Wirtschaftsgliederung. Dies soll ermöglichen zu untersuchen, inwieweit einzelne Teilbereiche im Dienstleistungssektor prognostizierbar sind und welche nicht. Auch erlaubt diese Analyse, mögliche Handlungsfelder zu identifizieren, in welchen z. B. der Ausbau von bestehenden Indikatorsystemen notwendig ist.

Konjunkturindikatoren lassen sich nach ihrem zeitlichen Zusammenhang mit dem Zyklus in vorlaufende (leading), gleichlaufende (coincident) und nachlaufende (lagging) Indikatoren unterscheiden. Von besonderer Bedeutung für die Konjunkturanalyse sind die vorlaufenden Indikatoren (sogenannte Frühindikatoren). Von einem geeigneten Frühindikator kann man verlangen, dass er:²

- Möglichst zeitnah vorliegt.
- Wenn er publiziert wurde, im Nachhinein keinen größeren Revisionen unterliegt.
- Einen Vorlauf vor der zu beurteilenden Zielgröße besitzt. D. h. er sollte frühzeitig Signale über den kommenden Konjunkturverlauf geben.
- Eine stabile Vorlaufbeziehung besitzt, sodass relativ sicher abgeschätzt werden kann, wie frühzeitig das Signal des Indikators erfolgt.

² Siehe unter anderem Abberger, K. und Wohlrabe, K. (2006): "Einige Prognoseeigenschaften des ifo-Geschäftsklimas-Ein Überblick über die neuere wissenschaftliche Literatur", ifo Schnelldienst 59 (22), 2006, S. 19-26. Ein möglichst deutliches Konjunktursignal enthält. D. h. nicht interessierende kurzfristige Schwankungen in der Zeitreihe sollten das eigentlich interessierende konjunkturelle Signal möglichst wenig überdecken.

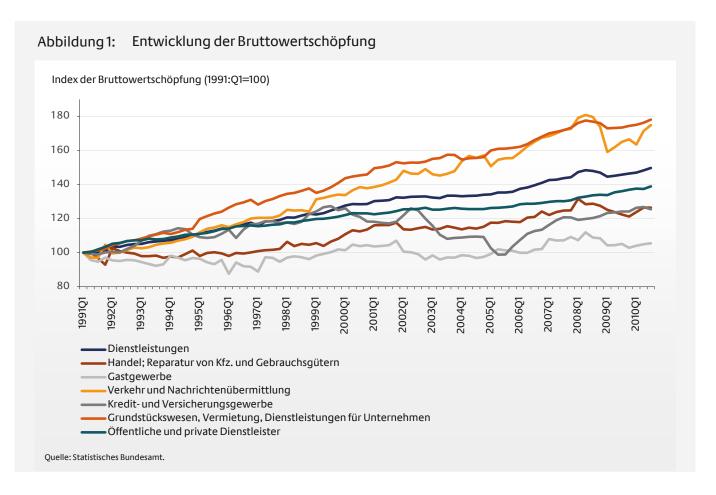
Zur Beurteilung dieser einzelnen Punkte stehen verschiedene Instrumente der Konjunkturforschung zur Verfügung: die Korrelationsanalyse (statisch und dynamisch), Wendepunktprognosen, Granger-Kausalitäten zur generellen Einschätzung von Vorlaufeigenschaften und Regressionsmodelle für Prognosen. Die Korrelationsanalyse eignet sich vor allem für einen ersten Eindruck. inwieweit Indikator und Referenzreihe in gleicher Richtung verlaufen. Durch die Verschiebung des Zeitfensters ist es möglich, auch Vorlaufeigenschaften zu identifizieren. Im Rahmen der Wendepunktanalyse und -prognose werden die Indikatoren auf ihre Fähigkeit hin untersucht, obere und untere Wendepunkte und damit den klassischen Konjunkturzyklus zu prognostizieren. Mithilfe von Regressionsmodellen ist es schließlich möglich, die Fähigkeit der Punktprognose zu evaluieren. Diese Fähigkeiten sind wichtig, um die Stärke eines Auf- oder Abschwungs einzuschätzen.

2 Die Datenlage

Im Rahmen der Untersuchung wurde sich auf sechs Teilaggregate des Dienstleistungsbereichs konzentriert, die im Folgenden auch als Referenzreihen bezeichnet werden.

- I. Handel, Gastgewerbe und Verkehr
 - a. Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern
 - b. Gastgewerbe
 - c. Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Indikatoren zur Analyse und Prognose des Wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor



- II. Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen
 - a. Kredit- und Versicherungsgewerbe
 - b. Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen

III. Öffentliche und Private Dienstleister

Einen ersten Eindruck über die Entwicklung dieser Dienstleistungsbereiche über die Zeit zeigt Abbildung 1.

Demnach sind die Bereiche Verkehr sowie Grundstücke und unternehmensnahe Dienstleister am stärksten gestiegen, während insbesondere der Bereich Gastgewerbe deutlich unterhalb des durchschnittlichen Zuwachses liegt. Ausgeprägte Rückgänge in der vergangenen Rezession verzeichneten die Bereiche Verkehr, Handel und Gastgewerbe, während die Bruttowertschöpfung in den Bereichen Grundstücke und unternehmensnahe Dienstleister, Öffentliche und Private Dienstleister sowie Finanzierung und Versicherung weniger stark von der Krise betroffen war.

2.1 Klassische Indikatoren

Zunächst werden die klassischen Indikatoren vorgestellt, d. h. die Indikatoren, welche einen potentiellen Erklärungsgehalt für die zuvor genannten Zielzeitreihen besitzen. Für die Analyse wird explorativ eine möglichst breite Informationsbasis als Datenquelle für die Auswahl von monatlichen konjunkturellen Frühindikatoren verwendet. Die wichtigste Datenquelle für die Auswahl und Konstruktion monatlicher Frühindikatoren für die Teilbereiche des Dienstleistungssektors in Deutschland sind neben der amtlichen Statistik insbesondere die monatlichen Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests. Der ifo-Konjunkturtest Dienstleistungen, dessen Ergebnisse seit

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Oktober 2005 veröffentlicht werden, ist die umfassendste monatliche Erhebung im Bereich Dienstleistungen in Deutschland. Der Indikator "Geschäftsklima Dienstleistungen" basiert auf über 2 500 monatlichen Meldungen von Unternehmen aus wichtigen, insbesondere unternehmensnahen Zweigen des tertiären Sektors (ohne Handel und ohne Staat). Finanzdienstleistungen und Versicherungen sind in dem Indikator nicht enthalten. Für letzteren Bereich führt das ifo-Institut teilweise getrennte Erhebungen auf Quartalsbasis durch.

Für die einzelnen Bereiche konnte die folgende Anzahl an Indikatoren identifiziert werden: Handel 24, Gastgewerbe 16, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 32, Kredit- und Versicherungsgewerbe 25, Grundstückswesen 51 und Öffentliche und Private Dienstleister 14. Es zeigt sich, dass die zur Verfügung stehende Anzahl von Indikatoren über die Bereiche schwankt und nicht sehr groß ist. Wir verwenden sowohl die Indikatoren in Niveaus als auch in ersten Differenzen. Letzteres kann darauf zurückgeführt werden, dass die erste Differenz als Neuigkeit ("news") in dem jeweiligen Indikator interpretiert wird. Dies erlaubt es, die Datenbasis zu vergrößern.

Viele potentielle Indikatoren haben eine relativ junge Historie. Die Problematik der zu kurzen Zeitreihen ergibt sich auch aus der Tatsache, dass die Referenzreihen auf Quartalsebene erhoben werden. So ergeben sich nur vier Beobachtungen pro Jahr. Das erschwert die Analyse der Vorlaufeigenschaften erheblich. Für eine gründliche Analyse ist oft eine bestimmte Mindestanzahl (mindestens zwei komplette Konjunkturzyklen) an Beobachtungen erforderlich, um zuverlässige Aussagen zu treffen. So ist es möglich, dass gute oder schlechte Prognoseeigenschaften rein zufällig sind und sich bei längeren Zeiträumen dann nicht bestätigen. Wie zuvor angesprochen ergeben sich aufgrund der Vielzahl von Indikatoren aus verschiedenen Quellen und

Historien unterschiedliche Zeitreihenlängen. Auch das erschwert den Vergleich, da man aufpassen muss, nicht "Äpfel mit Birnen" zu vergleichen.

2.2 Synthetische Indikatoren

In der Prognoseliteratur hat sich gezeigt, dass die Kombination von Indikatoren oder deren Prognosen oft eine bessere Prognosegüte liefert als die besten Einzelindikatoren.³ Bei der Konstruktion der synthetischen Indikatoren legen wir das Prinzip zugrunde, dass diese für einen Praktiker einfach zu erstellen sind. Die Prognoseliteratur bestätigt, dass die einfache Kombination oft sehr effektiv ist.

Es werden verschiedene Prinzipien bei der Aggregation berücksichtigt. Zum einen unterscheiden wir eine Gleichgewichtung aller Indikatoren. Zum anderen weisen wir den Indikatoren unterschiedliche Gewichte zu, welche auf Basis unterschiedlicher Berechnungsverfahren ermittelt werden. Die Gewichte werden so konstruiert, dass sie sich zu eins addieren. Darauf aufbauend kann diese Gewichtung auf verschiedene Untergruppen angewendet werden. Die variablen Gewichte können einerseits auf Basis der Korrelationen oder verschiedener ökonometrischer Verfahren ermittelt werden. Die einfachste Methode ist die der OLS-Gewichte. OLS steht für Ordinary Least Squares (Kleinste-Quadrate-Methode), welches das einfachste Regressionsmodell repräsentiert. Darüber hinaus können noch Faktoren extrahiert werden, welche möglichst viele gemeinsame Eigenschaften aller Zeitreihen repräsentieren. Insgesamt werden 51 synthetische Indikatoren für jeden Sektor konstruiert.

³ Für einen Überblick über die Literatur und theoretische Hintergründe siehe u. a. Timmermann, A. (2006): "Forecast Combinations", in: Handbook of Economic Forecasting, ed. by C. Granger, G. Elliot, and A. Timmermann, S. 135-196. Amsterdam, North Holland.

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

3 Analyseinstrumente

Zur Analyse der gleich- und vorlaufenden Eigenschaften der Indikatoren stehen verschiedene Instrumente der Konjunkturanalyse zur Verfügung. Diese sollen zusammen mit ihren Vor- und Nachteilen kurz vorgestellt werden

Korrelationsanalyse

Das einfachste Analyseinstrument ist die statische und dynamische Korrelationsanalyse. Erstere berechnet den einfachen Korrelationskoeffizienten zwischen dem Indikator und der Zielzeitreihe. Durch die zeitliche Verschiebung der Indikatorreihe kann ein potentieller Vor- oder Nachlauf identifiziert werden. Je höher die Korrelation, desto genauer spiegelt der Indikator den Verlauf der Zielzeitreihe wider. Es ist jedoch zu beachten, dass dies ein reines "In-Sample"-Maß ist, d. h. es können keine quantitativen Informationen, z. B. Punktprognosen, daraus abgeleitet werden. Jedoch ist es möglich, einen ersten Eindruck über den aktuellen Verlauf im Dienstleistungssektor zu gewinnen, gerade dann, wenn die offiziellen Zahlen mit einer gewissen Verzögerung veröffentlicht werden.

Nur im Falle einer langen Zeitreihe mit einer hohen Korrelation kann von einem stabilen Zusammenhang gesprochen werden. Aber auch eine niedrige Korrelation bei einer langen Zeitreihe muss nicht unbedingt darauf hindeuten, dass der Indikator keine Prognosekraft für die Referenzreihe hat. Dies ist dann z. B. der Fall, wenn der Zusammenhang am Beginn des Beobachtungszeitraums eher schwach ist, aber im Zeitablauf zunimmt. In diesem Falle ist Korrelation eher durchschnittlich.

Um diesem Problem zu begegnen, können sogenannte rollierende Korrelationen berechnet werden. Dabei wird die Korrelation über ein bestimmtes Zeitfenster berechnet. Dieses Fenster wird dann rollierend in der Zeit nach vorne geschoben. Hat das Fenster z. B. eine Größe von sieben, wird die Korrelation

zum Zeitpunkt t mit den Beobachtungen von t-3 bis t+3 berechnet. Bei der Wahl des Fensters besteht ein potentieller Trade-Off. Wird das Fenster zu klein gewählt, dann besteht die Gefahr, dass der Zusammenhang nur unzureichend erfasst wird. Darüber hinaus sind die rollierenden Korrelationen sehr erratisch und lassen kaum Schlussfolgerungen zu. Bei einem sehr großen Fenster ist der erfasste Zusammenhang sehr zuverlässig, jedoch verkürzt sich das Beobachtungsfenster zum Teil erheblich, da am Anfang und am Ende jeweils Beobachtungen zur Berechnung wegfallen. In der Untersuchung wurde ein Fenster von 15 Quartalen gewählt.

Wendepunktprognose

Indikatoren mit einer hohen Korrelation mit der Referenzreihe können Aufschluss über deren weiteren Verlauf geben. Dies sind jedoch eher qualitative anstatt quantitative Aussagen, d. h. der Zeitpunkt von Wendepunkten oder die Höhe der Veränderung (Punktprognosen) lassen sich damit nicht bestimmen. Die Grundidee besteht darin, dass ein Wendepunkt in der Referenzreihe mindestens ein Quartal früher durch einen entsprechenden Wendepunkt beim Indikator angezeigt wird.

Grundsätzlich lassen sich solche Methoden in die beiden Gruppen parametrischer beziehungsweise nicht-parametrischer Verfahren unterscheiden. Nichtparametrische Methoden zur Datierung von Konjunkturzyklen beruhen auf bestimmten Algorithmen zur Mustererkennung in den zugrundeliegenden Daten. Sie sind leicht anwendbar, transparent und stellen keine hohen Ansprüche an die verwendbaren Zeitreihen. Zudem erweisen sich ihre Ergebnisse als verhältnismäßig stabil in Bezug auf die Auswahl, Verlängerung beziehungsweise Verkürzung der betrachteten Zeitperioden. Kritiker nichtparametrischer Verfahren bemängeln insbesondere deren verhältnismäßig konjunkturunspezifische Herangehensweise, dennoch werden sie nicht zuletzt auf Grund ihrer leichten Übertragbarkeit und

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Vergleichbarkeit unter Berücksichtigung zyklustypischer Eigenschaften häufig zum Zweck der Chronologieerstellung herangezogen. Alternativ kann auch auf parametrische Verfahren wie beispielsweise die Schätzung von Markov-Switching-Modellen zurückgegriffen werden. Diese basieren auf expliziten Annahmen über den datengenerierenden Prozess, der die verwendete Konjunkturzeitreihe erzeugt hat, und versuchen, mithilfe von Methoden der Zeitreihenanalyse passende Parameter zur Beschreibung der Zeitreihe zu schätzen. Die Phaseneinteilung ergibt sich dann als ein Ergebnis dieser Anpassung. Für Details und Referenzen wird auf Schirwitz (2009)4 verwiesen.

Ein grundlegendes Problem bei der Analyse der Wendepunktprognosen im Dienstleistungsbereich ist, dass die Indikatoren oft sehr kurz sind. Ein weiteres Problem der Wendepunktprognose ist es, dass es in Echtzeit nahezu unmöglich ist, genau einen oberen oder unteren Wendepunkt zu definieren. So ist es oft nicht klar, ob die Bewegungen in einer Zeitreihe wirklich ein Wendepunkt sind oder nicht. Darüber hinaus gibt es, wie bereits ausgeführt, unterschiedliche Verfahren, um Wendepunkte zu definieren. D. h. die gefunden Ergebnisse wären mit Sicherheit anders ausgefallen, wenn eine andere Methode zur Wendepunktprognose verwendet worden wäre.

Punktprognosen

Neben der Fähigkeit, Wendepunkte zu prognostizieren, zeichnet einen guten Indikator auch eine hohe Genauigkeit bei der Punktprognose aus, d. h. die Prognose eines konkreten Wertes der Referenzreihe. Diese Eigenschaft wird in der Literatur in Pseudo-Out-Of-Sample-Prognosen ("Horse Races") untersucht. Bei diesen wird der vorliegende Zeitpunkt t nur die Informationen für die Berechnung der Prognosen, die zu diesem Zeitpunkt tatsächlich vorlagen. Es ist das Ziel, möglichst viele Prognosen für verschiedene Prognosehorizonte zu berechnen, um auf Basis des durchschnittlichen quadratischen Prognosefehlers die Qualität eines Indikators zu beurteilen. Diese wird dann meist in Relation zu einem Benchmark-Modell gesetzt, meist ein autoregressives Modell. Zunächst verwenden wir ein klassisches lineares Modell zur Berechnung von Prognosen, welches sowohl verzögerte Werte der Zielzeitreihe als auch des Indikators verwendet.

Datensatz geteilt, und zwar in einen Schätz-

geht virtuell in der Zeit zurück und nutzt zum

und Prognosezeitraum. Der Prognostiker

Die bisher verwendeten Standardmodelle in der Zeitreihenökonometrie gehen davon aus, dass alle verwendeten Zeitreihen dieselbe Frequenz besitzen. Die Mehrheit der hier verwendeten Indikatoren ist jedoch auf monatlicher Basis verfügbar.

Die Standardlösung ist eine zweistufige Prozedur. Zunächst werden alle Daten auf die niedrigste Frequenz aggregiert, und darauf aufbauend wird ein Zeitreihenmodell geschätzt. Dieses Vorgehen hat zwei schwerwiegende Nachteile. Zum einen werden durch die Aggregation hochfrequente Informationen zerstört, welche für die Prognose nützlich sein könnten. Zum anderen sind die auf der niedrigeren Freguenz operierenden Standardzeitreihenmodelle nicht in der Lage, Informationen zu verarbeiten, die innerhalb des zu prognostizierenden Zeitintervalls veröffentlicht werden. Soll z. B. Ende Februar eines Jahres die Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich für das 1. Quartal prognostiziert werden, kann z. B. das ifo-Geschäftsklima im Januar und Februar für die Berechnung nicht verwendet werden.

Ein Lösungsansatz zur Berücksichtigung der monatlichen Informationen sind die sogennanten MIDAS-Modelle (Mixed Data

⁴ Schirwitz, B. (2009): "A comprehensive German business cycle chronology", Empirical Economics 37(02), S. 287-301.

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Sampling). Im Kern geht es darum, bei der Regression der niederfrequenten Zielvariablen auf den hochfrequenten Indikator eine Gewichtungsfunktion der Verzögerungen vorzugeben, mit deren Hilfe die Anzahl der zu schätzenden Parameter gegenüber dem unrestringierten Ansatz erheblich verringert wird. Anstatt also jeder Verzögerung einen freien Parameter zuzuweisen, wird in MIDAS-Modellen nur ein Parameter für die addierten gewichteten Verzögerungen spezifiziert. Die Gewichtungsfunktion selbst hängt nur von wenigen Parametern ab.

4 Ergebnisse für klassische Indikatoren

Betrachtet man die Ergebnisse über die verschiedenen Analysemethoden hinweg, dann sind die Korrelationsansätze und die Punktprognosen vielversprechend und liefern zuverlässige Ergebnisse. Die Wendepunktprognose ist anfällig aufgrund der Datierungsmethode und liefert zu oft falsche Signale. Die Analyse über die verschiedenen Dienstleistungsaggregate zeigt, dass die Ergebnisse für den Handel und den Verkehr mehr als zufriedenstellend sind. Für das Gastgewerbe, Grundstückswesen und den Kredit- und Finanzsektor sind sie zufriedenstellend. In Tabelle 1 ist eine

Auswahl der besten Indikatoren für die einzelnen Bereiche über die verschiedenen Analysemethoden dargestellt. In einigen Feldern haben wir bewusst eine Empfehlung weggelassen, da die Ergebnisse nicht gut genug oder wenig aussagekräftig sind.

Für den *Handel* sind die Indikatoren des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Umsatz im Groß- und Einzelhandel vielversprechend. Erstere für die Punkt- und Wendepunktprognose, letztere haben eine hohe Korrelation mit der Referenzreihe. Die GfK-Zahlungsbereitschaft (Gesellschaft für Konsumforschung) lieferte sehr gute Prognosen mit dem MIDAS-Modell in der kurzen Frist. Im Gastgewerbe sind die ifo-Indikatoren hoffnungsvoll. Diese weisen zwar noch eine niedrige, aber jedoch ansteigende Korrelation mit der Referenzreihe auf. Da ihre Historie noch jung ist, war eine Prüfung der Prognoseeigenschaften nicht möglich. Für letztere haben sich der Preisindex Nahrung und der Umsatz im Gastgewerbe hervorgetan. Im Verkehrsbereich sollten die Umfrageindikatoren von ifo und des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) beobachtet werden; diese weisen eine hohe Korrelation auf, die im Zeitablauf zuzunehmen scheint. Leider ist aufgrund der Kürze der Indikatorenreihen keine Untersuchung

Tabelle 1: Auswahl der besten Indikatoren

	Kreuzkorrelationen	Rollierende Korrelationen	Wendepunkte	Punktprognose
Handel	Umsatz Einzelhandel und Großhandel	Umsatz Einzelhandel und Großhandel	ZEW Konjunkturerwartungen	ZEW Konjunktur- erwartungen, ifo Großhandel, GfK- Zahlungsbereitschaft
Gastgewerbe	ifo Restaurant	ifo Indikatoren		Preisindex Nahrung, Umsatz Gastgewerbe
Verkehr	ifo Reisebüro, ifo Hilfstätigkeiten, IfW Logistikwirtschaft	ifo Indikatoren, IfW Logistikindikatoren	ZEW Indikatoren	ZEW Indikatoren, Gemeldete Stellen
Kredit- und Versicherungsgewerbe	Monster Beschäftigungsindex	ZEW Indikatoren	ZEW Indikatoren, DAX 100	ifo Lebensversicherung, Gemeldete Stellen
Grundstückswesen	ifo Werbung, ifo Architektenumfrage	ifo Indikatoren, DG ECFIN		Grunderwerbsteuer
Private und Öffentliche Dienstleister	ifo Kultur	-	-	Lohnsteuer

Quelle: ifo-Institut.

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

der konkreten Prognosefähigkeit möglich. Hier liefern die ZEW-Indikatoren und die Gemeldeten Stellen der Bundesagentur für Arbeit gute Ergebnisse. Im Kredit- und *Versicherungsgewerbe* sind die Korrelationen der Indikatoren mit der Referenzreihe eher gering. Für die Punktprognose eignen sich die ifo-Umfrage im Versicherungsgewerbe und die Gemeldeten Stellen. Generell gilt jedoch, dass der Finanzbereich aufgrund fehlender Indikatoren schlecht prognostiziert werden kann. Im Sektor Grundstückswesen sind erneut die ifo-Indikatoren vielversprechend. Die Grunderwerbsteuer bietet eine gewisse Verbesserung in der Prognosegüte im Vergleich zum Benchmarkmodell. Die Ergebnisse im Bereich Öffentliche und Private Dienstleister sind in keiner Weise zufriedenstellend. Bei den Korrelationen gibt es nur die ifo-Umfrage im Kulturbereich, die eine gewisse Erklärungskraft hat. Darüber hinaus hat kein Indikator bei keinem Ansatz vielversprechende Ergebnisse geliefert. Bei der Punktprognose ist die Lohnsteuer ein relativ guter Prädiktor.

5 Wie schlagen sich die synthetischen Indikatoren?

Wie schneiden nun die Ergebnisse der synthetischen Indikatoren im Vergleich zu den Einzelindikatoren ab? Zu diesem Zweck haben wir eine Übersichtstabelle erstellt. In dieser vergleichen wir sowohl die Korrelationen als auch die Prognosegüte des besten Einzelindikators mit dem besten synthetischen Indikator. In Tabelle 2 sind die Ergebnisse für jede Referenzreihe dargestellt. Den Vergleich für die Korrelationen führen wir für den Lag 0, -1 und -2 durch, d. h. inwieweit hat ein Indikator einen Vorlauf von einem oder zwei Monaten. Ein "Ja" bedeutet, dass der beste synthetische Indikator besser ist als der beste Einzelindikator. Ein "Nein" steht für den umgekehrten Schluss. In der Spalte daneben wird die Differenz der Korrelationen der beiden besten Indikatoren dargestellt. Ein positiver Wert legt fest, inwieweit der

synthetische Indikator besser ist als der beste Einzelindikator und vice versa. Beim Vergleich der Prognosegüte gilt die Umkehrung. Ein negativer Wert zeigt an, um wie viel Punkte das Prognoseratio des synthetischen Indikators besser ist.⁵

Im Rahmen der Korrelationsanalyse sind die Ergebnisse eher enttäuschend. Beim Handel sind marginale Verbesserungen möglich, ebenso im Gastgewerbe. Im Verkehrswesen ist kein synthetischer Indikator besser, die Korrelationen sind erheblich schlechter. Gleiches allt für das Grundstückswesen. Im Kreditwesen sind die Unterschiede nur marginal. Bei den Öffentlichen und Privaten Dienstleistern ist auch keine Verbesserung mithilfe der synthetischen Indikatoren möglich. Das Bild ändert sich, wenn man auf die Prognosequalität schaut. Hier ergeben sich zum Teil erheblich Verbesserungen über alle Referenzreihen hinweg. Die größten Verbesserungen sind dabei bei dem Evaluierungszeitraum 2000 Q1 bis 2010 Q3 festzustellen, was auf eine sehr gute, stabile Prognosekraft hindeutet.

Welche Aggregationsmethoden sind nun zu empfehlen? Zunächst sollten die Indikatoren sowohl in Niveaus als auch in ersten Differenzen als Grundlage genommen werden. Als Aggregationsmethode empfiehlt sich die Zulassung negativer Korrelationen, und die Gewichte werden auf Basis der absoluten Korrelationen berechnet. Es ist zu vermuten, dass auch Variablen mit einem negativen Zusammenhang einen Erklärungsgehalt für die Referenzreihe haben.

⁴ Eine Prognoseratio ergibt sich als Verhältnis der Prognosegenauigkeit eines zu untersuchenden Modells zu einem (meist einfachen) Benchmark-Modell. Ist diese Kennziffer kleiner als 1, so ist das zu untersuchende Modell oder Indikator besser als das Benchmarkmodell und vice versa.

Indikatoren zur Analyse und Prognose des Wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Tabelle 2: Vergleich der Synthetischen Indikatoren mit den klassischen Indikatoren

Handel Gastgewerbe Verkehr										
		Lag = 0	ja	0,08	nein	-0,06	nein	-0,18		
Korrelat	ionen	Lag = -1	ja	0,05	ja	0,03	nein	-0,32		
		Lag =-2	nein	-0,29	ja	0,01	nein	-0,35		
		h=1	nein	0	ja	-0,11	ja	-0,12		
	2006 Q1-	h=2	nein	0,06	nein	0,04	ja	-0,28		
	2010 Q3	h=3	nein	0,11	ja	-0,03	ja	-0,26		
D		h=4	nein	0,21	ja	-0,03	ja	-0,06		
Prognose		h=1	ja	-0,21	ja	-0,2	-			
	2000 Q1- 2010 Q3	h=2	ja	-0,16	ja	-0,14	-			
		h=3	ja	-0,08	ja	-0,17	-			
		h=4	ja	-0,05	ja	-0,15	-	-		
			Kreditwesen		Grundstückswesen		Öff. und Private Dienstleister			
		Lag = 0	ja	0,12	nein	-0,33	nein	-0,09		
Korrelat	ionen	Lag = -1	nein	-0,09	nein	-0,33	nein	-0,16		
		Lag =-2	nein	-0,02	nein	-0,17	nein	-0,1		
		h=1	nein	0,1	ja	-0,23	ja	-0,02		
	2006 Q1-	h=2	nein	0,21	ja	-0,08	ja	-0,1		
	2010 Q3	h=3	ja	-0,01	ja	-0,05	ja	-0,04		
		h=4	nein	0,08	ja	-0,12	ja	-0,09		
Prognose		h=1	ja	-0,17	ja	-0,07	ja	-0,13		
	2000 Q1-	h=2	ja	-0,24	ja	-0,05	nein	0,02		
	2010 Q3	h=3	ja	-0,15	ja	-0,06	ja	-0,09		
		h=4	ja	-0,02	ja	-0,06	ja	-0,02		

Quelle: ifo-Institut.

6 Zusammenfassung

In dem Projekt wurden Indikatoren für sechs verschiedene Teilbereiche des Dienstleistungssektors auf ihre Prognoseeigenschaften untersucht. Der Bereich Dienstleistungen macht mehr als 70 % der deutschen Bruttowertschöpfung aus, jedoch ist die Prognose in diesem Bereich noch sehr unterentwickelt. Der Literaturüberblick hat gezeigt, dass die Forschung hier noch am Anfang steht und sich bisher dieses Bereichs nicht angenommen hat. Die Suche nach Indikatoren war je nach Teilbereich unterschiedlich erfolgreich. Für den Bereich Handel, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstückswesen und Verkehr konnten mehr als 20 potentielle

Indikatoren identifiziert werden. Dafür waren es für das Gastgewerbe und den Sektor Öffentliche und Private Dienstleistungen weniger als 20. Mit Hilfe verschiedener Instrumente der Konjunkturanalyse wurden die Prognoseeigenschaften aller Indikatoren untersucht. Mit der statischen und dynamischen Korrelationsanalyse kann der Gleichlauf mit der Referenzreihe untersucht werden. Die Fähigkeit, Wendepunkte zu prognostizieren, ist wichtig, stößt in der Praxis jedoch auf erhebliche Probleme, zum einen aufgrund der Datierungsmethode, und zum anderen treten zu viele Fehlsignale auf. Bei der Evaluierung der Prognosegüte der Indikatoren wurde untersucht, inwieweit ein indikatorbasiertes Modell ein autoregressives Benchmarkmodell verbessert.

Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor

Insgesamt sind die Ergebnisse gemischt. Für den Handel und den Verkehrsbereich ließen sich vielversprechende Indikatoren finden. Für das Grundstücks-, Kreditund Versicherungswesen sind die Ergebnisse durchwachsen. Tendenziell schlechte Ergebnisse haben sich für das Gastgewerbe und den Sektor Öffentliche und Private Dienstleistungen ergeben. Von der Indikatorseite zeigen sich vor allem die Umfrageindikatoren als vielversprechend. Hervorzuheben sind vor allem diejenigen des ifo-Instituts (Umfrage im Dienstleistungsbereich und Versicherungsgewerbe), aber auch diejenigen des ZEW und die Logistikindikatoren des Instituts für Weltwirtschaft.

Zusätzlich zu den Einzelindikatoren wurden die Eigenschaften synthetischer Indikatoren untersucht. Diese wurden auf Basis verschiedener Aggregationsmethoden (Korrelationen und ökonometrische Gewichte) der Einzelindikatoren gewonnen. In der Korrelationsanalyse konnten keine signifikanten Verbesserungen erzielt werden, jedoch waren für die Prognose für

alle Referenzreihen teilweise erhebliche Verbesserungen mit den synthetischen Indikatoren zu beobachten im Vergleich zum besten Einzelindikator.

Die heterogenen Ergebnisse sind vor allem durch den Umstand zu erklären, dass die Historie vieler Indikatoren noch sehr jung ist. Oft ist der verfügbare Beginn der Zeitreihen ab dem Jahr 2000 oder später. So sind zuverlässige Schlussfolgerungen schwierig zu ziehen. Darüber hinaus war der Vergleich zwischen den Indikatoren nicht leicht. Wir haben versucht, dieses Problem zu lindern, soweit es möglich war, indem der Analysezeitraum angeglichen wurde. Das führte jedoch dazu, dass viele Indikatoren herausgefallen sind.

Welche Schlüsse folgen daraus? Zum einen gilt es – so unbefriedigend das auch ist – abzuwarten, bis einige Indikatoren über einen längeren Zeitraum verfügbar sind. Dann wird es möglich sein zu prüfen, inwieweit die vielversprechend ansteigenden Korrelationen, z. B. der ifo-Indikatoren, sich auch in einer guten Prognosegüte niederschlagen.

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

Das neue EU-Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EU erhält mehr Biss

1	Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf Gemeinschaftsebene	46
2	Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	47
2.1	Identifizierung schädlicher Ungleichgewichte	47
2.2	Präventiver Arm: Frühwarnsystem	47
2.3	Ungleichgewichte berichtigen	50
2.4	Zur Stellung des Ungleichgewichtsverfahrens im Europäischen Semester	52
3	Ungleichgewichtsverfahren in einem gemeinsamen wirtschaftspolitischen Verständnis	
	verankern	52

- 2012 wird das neue Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte erstmalig angewendet. Die Europäische Kommission wird voraussichtlich im Januar den ersten "Frühwarnbericht" vorlegen, um makroökonomische Ungleichgewichte in den Mitgliedstaaten zu identifizieren.
- Stellt die Kommission fest, dass in einem Mitgliedstaat schädliche Ungleichgewichte bestehen könnten, werden die wirtschaftlichen Hintergründe vertieft analysiert. Problematische Entwicklungen werden weiter verfolgt, und der betreffende Mitgliedstaat wird angehalten, die Ungleichgewichte abzubauen.
- Sanktionen sind für den Fall vorgesehen, dass ein Mitglied des Euroraums die bei ihm festgestellten schädlichen Ungleichgewichte unzureichend adressiert beziehungsweise die an ihn gerichteten Empfehlungen nicht angemessen umgesetzt hat.

Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung auf Gemeinschaftsebene

Die Europäische Union hat im November neue Regelungen zur Stärkung der finanzund wirtschaftspolitischen Überwachung beschlossen. Das neue Regelwerk tritt am 13. Dezember 2011 in Kraft. Es setzt sich im Einzelnen insbesondere aus einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und einem neuen Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte zusammen.

Rückblickend muss man heute feststellen, dass sich das bisherige Regelwerk als nicht ausreichend erwiesen hat, um die aktuelle Krise im Euroraum zu verhindern. Zum einen waren die Vorgaben unter dem alten Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht hinreichend, um in allen Mitgliedstaaten eine stabilitätsorientierte Ausrichtung der Finanzpolitik sicherzustellen. Zum anderen existierte kein vergleichbares Verfahren zur Überwachung der Wirtschaftspolitiken, sodass in einigen Ländern erhebliche makroökonomische

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

Ungleichgewichte entstehen konnten. Überhöhte Staatsverschuldung und übermäßige Ungleichgewichte sind maßgeblich mitverantwortlich für die derzeitige Vertrauenskrise in der Europäischen Union und dem Euroraum.

Für die Finanzpolitik ist eine bessere gesamtwirtschaftliche Koordinierung unmittelbar relevant. Makroökonomische Ungleichgewichte können mit einem deutlichen Gefährdungspotenzial für die Finanz- und Haushaltspolitik einhergehen. Beide Politikbereiche müssen zusammenwirken und ineinandergreifen, um stabilitätsorientiertes, ausgewogenes und dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu sichern.

Das neue Verfahren zur Vermeidung und Korrektur gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte verbessert die wirtschaftspolitische Steuerung in der Union. Es wird volkswirtschaftliche Entwicklungen auf ihre Tragfähigkeit hin untersuchen und soll durch ein Zusammenwirken von Fordern und Sanktionieren auf stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten hinwirken. Ausgangspunkt der Überwachung wird ein Frühwarnsystem auf Basis ausgewählter Indikatoren sein.

2 Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte

2.1 Identifizierung schädlicher Ungleichgewichte

Durch die Finanzkrise sind die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte stärker in das Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Die ausgeprägten Unterschiede im Sparund Investitionsverhalten verschiedener Staaten deuteten bereits in den Jahren zuvor eine nicht tragfähige Entwicklung an. Nach der Krise wurden Ersparnislücken und

außenwirtschaftliche Ungleichgewichte als Fundamentalfaktoren von verschiedener Seite als mitverantwortlich für ihren Ausbruch gemacht. Auch in der Europäischen Union und im Euro-Währungsgebiet werden die bestehenden Ungleichgewichte als eine Ursache für die aktuellen wirtschaftlichen Spannungen und Verwerfungen gesehen.

Ziel des neuen Verfahrens ist es, frühzeitig schädliche makroökonomische Ungleichgewichte zu identifizieren und auf ihre Korrektur hinzuwirken. Ein Frühwarnmechanismus soll helfen. makroökonomische Risiken in den EU-Mitgliedstaaten zu erkennen. Schlägt das Frühwarnsystem bei einem Mitgliedstaat Alarm, wird dieser einer eingehenden Analyse unterzogen. Auf dieser Grundlage werden gegebenenfalls Empfehlungen an den Mitgliedstaat gerichtet. Bei Analyse und Bewertung der Ungleichgewichte sollen ihr Schweregrad und die Gefahr möglicher negativer Übertragungswirkungen auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschaftsund Währungsunion berücksichtigt werden. Schwere Ungleichgewichte mit negativen Auswirkungen sind zwingend durch geeignete Abhilfemaßnahmen zu korrigieren.

Ähnlich wie beim Haushaltsverfahren nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist in letzter Konsequenz eine quasi-automatische Sanktion für Mitgliedstaaten des Euroraums vorgesehen, falls diese die schädlichen Ungleichgewichte unzureichend adressieren beziehungsweise die an sie gerichteten Empfehlungen nicht angemessen umsetzen. Im Einzelnen stellt sich das Verfahren wie folgt dar.

2.2 Präventiver Arm: Frühwarnsystem

Das Frühwarnsystem steht im Mittelpunkt des präventiven Arms des Verfahrens. Ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen sollen frühzeitig erkannt und angegangen werden, bevor sie sich verfestigen. Mithilfe einer Auswahl von Indikatoren, die einen sogenannten Scoreboard bilden, sollen

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

makroökonomische Ungleichgewichte und Gefährdungspotenziale für die wirtschaftliche Entwicklung identifiziert werden. Die Indikatoren sind mit Schwellenwerten versehen.

Insgesamt enthält der Scoreboard zehn Indikatoren mit folgenden Schwellenwerten:

- Leistungsbilanzsaldo (gleitender Dreijahresdurchschnitt in % des BIP): -4%/+6%
- Nettoauslandsvermögen (in % des BIP):-35 %
- Exportanteile (Veränderung gegenüber fünf Jahren zuvor in %): - 6 %
- Lohnstückkosten (Veränderung gegenüber drei Jahren zuvor in %): +9%
- Reale Effektive Wechselkurse (Veränderung gegenüber drei Jahren zuvor in %): +5 %/-5 %
- Verschuldung des Privatsektors (in % des BIP): 160 %
- Kreditvergabe an den privaten (nichtfinanziellen) Sektor (in % des BIP): 15 %
- Immobilienpreise (Anstieg gegenüber Konsumentenpreisentwicklung in %): +6%
- Öffentliche Verschuldung (in % des BIP):60 %
- Arbeitslosenquote (gleitender Dreijahresdurchschnitt in %): 10 %

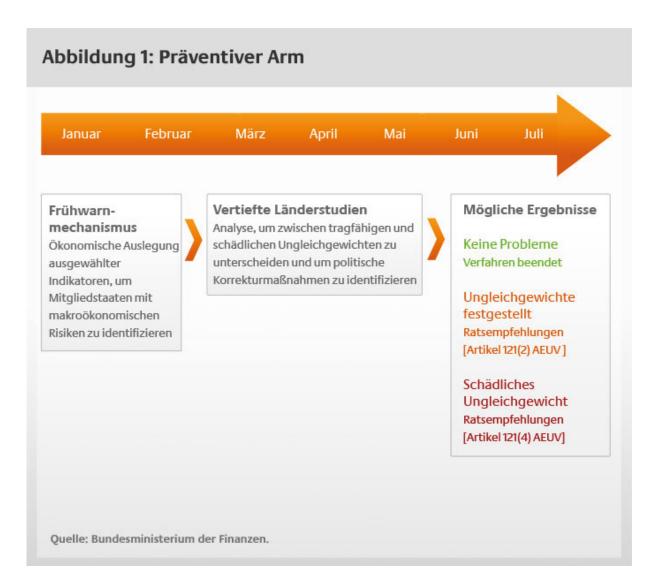
Das Überschreiten eines oder mehrerer Schwellenwerte führt nicht zwangsläufig zu weiteren Verfahrensschritten. Nur wenn die Europäische Kommission in ihrer ökonomischen Auswertung des Scoreboards zum Ergebnis kommt, dass in einem Mitgliedstaat problematische Ungleichgewichte bestehen oder bestehen könnten, wird der Mitgliedstaat weitergehend – im Rahmen einer sogenannten vertieften Länderstudie – untersucht.

Vertiefte Länderstudien haben zum Ziel, zwischen tragfähigen und schädlichen Ungleichgewichten zu unterscheiden und Korrekturmaßnahmen für die jeweilige Situation zu identifizieren. Der Rechtstext bestimmt die Begriffe wie folgt:

- Ungleichgewichte sind alle Trends, die zu makroökonomischen Entwicklungen führen, die sich nachteilig auf das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschaft eines Mitgliedstaats oder der Wirtschafts- und Währungsunion oder der Union insgesamt auswirken oder potenziell auswirken könnten.
- Übermäßige Ungleichgewichte ("excessive imbalances") bezeichnen schwere wirtschaftliche Verwerfungen einschließlich solcher Ungleichgewichte oder Risiken, die das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion gefährden.

Die Unterscheidung zwischen tragfähigen und schädlichen Ungleichgewichten wird nicht immer trennscharf möglich sein. Drei Kriterien beziehungsweise Fragen helfen aber, problematische Entwicklungen zu erkennen. Erstens, inwieweit kann die Situation als dauerhaft tragfähig angesehen werden? Zweitens, inwieweit ist der Mitgliedstaat in der Lage, die problematischen Entwicklungen zu korrigieren, ohne dass es zu wirtschaftlichen Verspannungen kommt (Anpassungskapazität)? Drittens, inwieweit strahlen die Ungleichgewichte negativ auf andere Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets beziehungsweise der EU aus (Übertragungswirkungen)?

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE



Das Verfahren ist asymmetrisch auf Mitgliedstaaten mit Schwächen in der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet, da diese durch bestehende oder drohende makroökonomische Ungleichgewichte die Stabilität der eigenen Wirtschaft, des Euroraums und der EU als Ganzes gefährden können. Die Asymmetrie spiegelt sich in drei Punkten wider:

- Im Scoreboard: Die Indikatoren
 Lohnstückkosten und Exportanteile weisen
 nur einseitige Schwellen aus, während der
 Schwellenwert für Leistungsbilanzdefizite
 mit 4% des BIP deutlich geringer ist als
 der Wert für Leistungsbilanzüberschüsse
 mit 6% des BIP.
- Die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats vom 8. November 2011 unterstreichen, dass Mitgliedstaaten wegen ihrer Leistungsbilanzüberschüsse nicht Gegenstand eines Verfahrens bei übermäßigem Ungleichgewicht (korrektiver Arm) werden und es gegen sie keine Sanktionen geben wird.
- Am 4. November 2011 richtete EU-Kommissar Olli Rehn ein Schreiben an die Finanzminister, in dem festgehalten wird, dass Leistungsbilanzüberschüsse gerechtfertigt sind, wenn sie – wie in Deutschland – das Ergebnis hoher Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen in funktionierenden Märkten sind. Das Schreiben betont

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

nachdrücklich, dass der Fokus des Verfahrens auf Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten und Wettbewerbsschwächen liegt.

Der Scoreboard wird einmal im Jahr durch die Europäische Kommission geprüft und seine Angemessenheit bewertet. Falls erforderlich, wird die Kommission die Indikatoren wie auch die Schwellenwerte aktualisieren. Bei der Aufstellung sowie bei den laufenden Anpassungen des Scoreboards arbeitet die Kommission eng mit dem Rat und dem Europäischen Parlament zusammen. Der Rat hat die Kommission in seiner diesjährigen Stellungnahme u. a. gebeten, zukünftig einen Indikator für die Entwicklung

der Finanzmärkte in den Scoreboard aufzunehmen.

2.3 Ungleichgewichte berichtigen

Im Sommer wird der Rat auf Vorschlag der Kommission entscheiden, inwieweit die Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten als problematisch anzusehen sind. Stellt der Rat einfache Ungleichgewichte fest, erhält der Mitgliedstaat auf Vorschlag der Kommission eine Empfehlung nach Artikel 121 Absatz 2 AEUV, wie das Ungleichgewicht adressiert werden soll. Über die Empfehlung werden das Europäische Parlament und die Öffentlichkeit informiert. Im Folgejahr überprüft der Rat im Rahmen des Europäischen Semesters die



DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

Umsetzung der Empfehlung und passt sie gegebenenfalls an.

Stellt der Rat ein schädliches oder ein potenziell schädliches Ungleichgewicht fest, wird gegen den Mitgliedstaat ein Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht eröffnet. Damit befindet sich der betreffende Staat im korrektiven Arm des Verfahrens. Hier richtet der Rat auf Vorschlag der Kommission eine Empfehlung nach Artikel 121 Absatz 4 AEUV an den betreffenden Mitgliedstaat, in der die Art und die Auswirkungen der Ungleichgewichte erläutert und eine Reihe von zu befolgenden Empfehlungen gegeben werden. Der Mitgliedstaat ist gefordert, binnen einer festgelegten Frist einen Korrekturmaßnahmenplan vorzulegen, um das übermäßige Ungleichgewicht zu korrigieren. Der Rat kann seine Empfehlung veröffentlichen.

Den Korrekturmaßnahmenplan bewertet der Rat binnen einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung durch den Mitgliedstaat. Befindet der Rat den Plan für ausreichend, billigt er ihn auf dem Wege einer Empfehlung, die die erforderlichen Maßnahmen mit Umsetzungsfristen und einen Überwachungszeitplan festlegt. Bewertet er ihn als unzureichend, empfiehlt er dem Mitgliedstaat, binnen zwei Monaten einen neuen Korrekturmaßnahmenplan vorzulegen.

Kommission und Rat überwachen in regelmäßigen Abständen die Umsetzung des Korrekturmaßnahmenplans. Der Überwachungsrhythmus wird in der Ratsempfehlung, die den Plan annimmt, festgelegt. Im Rahmen der Überwachung legt die Kommission dem Rat in regelmäßigen Abständen Fortschrittsberichte vor.

Der Rat entscheidet auf der Grundlage der Kommissionsberichte, ob der Mitgliedstaat die empfohlenen Korrekturmaßnahmen umgesetzt hat. Kommt der Rat zu dem Ergebnis, dass der Mitgliedstaat die Maßnahmen fristgerecht umgesetzt hat, ruht das Verfahren, bis die Ungleichgewichte abgebaut sind. Gelangt der Rat aber zu der Auffassung, dass der Mitgliedstaat die Maßnahmen nicht sachgemäß ergriffen hat, spricht er eine weitere Empfehlung aus, mit der neue Fristen für die Durchführung von Maßnahmen bestimmt werden. Wird wiederholt Fehlverhalten festgestellt, drohen Eurostaaten Sanktionen. Die Sanktionen sind in der Verordnung über die Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet geregelt.

In der ersten Sanktionsstufe werden Eurostaaten verpflichtet, eine verzinsliche Einlage zu leisten, wenn der Rat dies auf Vorschlag der Kommission beschließt. Der Beschluss gilt, wenn der Rat ihn nicht auf Kommissionsvorschlag binnen einer Frist von zehn Tagen widerruft. Stellt der Rat zweimal aufeinanderfolgend fest, dass der Mitgliedstaat Korrekturmaßnahmen unzureichend umgesetzt hat, wird die verzinsliche Einlage in eine Geldbuße umgewandelt. Die verzinsliche Einlage oder die jährliche Geldbuße bemisst sich auf 0,1% des BIP des betreffenden Mitgliedstaats. Die Einnahmen aus der Geldbuße werden der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität beziehungsweise zukünftig dem permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus zugewiesen.

Die im Rahmen des korrektiven Arms erstellten Dokumente werden veröffentlicht. Dies gilt für die Korrekturmaßnahmenpläne, die Ratsempfehlungen und die Kommissionsberichte. Die Kommission gewinnt ihr Wissen durch regelmäßige Berichte der Mitgliedstaaten und durch Konsultationen mit ihnen. Sie kann auch Vor-Ort-Überprüfungen ("Missionen") zur verstärkten Überwachung durchführen. Die EZB ist in die Überwachung der Eurostaaten und der Mitgliedstaaten, die am Wechselkursmechanismus II teilnehmen, einbezogen.

DAS NEUE EU-VERFAHREN ZUR VERMEIDUNG UND KORREKTUR MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE

2.4 Zur Stellung des Ungleichgewichtsverfahrens im Europäischen Semester

Das Ungleichgewichtsverfahren ist in das Europäische Semester eingebunden. Das Semester stellt einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus dar, in dem insbesondere die Koordinierungsprozesse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, des Ungleichgewichtsverfahrens und der Strategie EU2020 aufeinander abgestimmt werden. Das Semester soll europäische Ziele und Erfordernisse in den national verantworteten Politiken verankern.

Der Frühwarnbericht steht zu Beginn des Europäischen Semesters, die vertieften Länderstudien stehen in seiner Mitte und die Empfehlungen nach Artikel 121 Absatz 2 AEUV, um Ungleichgewichte abzubauen, sind Bestandteil der länderspezifischen Empfehlungen am Ende des Semesters. Im Semester sollen Empfehlungen mit weicher Bindung – es besteht keine rechtliche Verpflichtung – auf eine stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik und wachstumsfördernde Strukturreformen in den Mitgliedstaaten hinwirken.

Das Prinzip des Forderns und Sanktionierens zeigt sich im korrektiven Arm des Ungleichgewichtsverfahrens. Die Aufforderung, Korrekturen verpflichtend umzusetzen, und die Sanktionsandrohung, wenn der Rat Korrekturmaßnahmen als unzureichend bewertet, stellen einen starken Eingriff in die national verantwortete Wirtschaftspolitik dar und begründen eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung.

3 Ungleichgewichtsverfahren in einem gemeinsamen wirtschaftspolitischen Verständnis verankern

Das Ungleichgewichtsverfahren bildet den institutionellen Rahmen, um neben tragfähigen öffentlichen Finanzen eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik im Euro-Währungsgebiet und in der EU zu fordern und durchzusetzen. Im Weiteren wird es darauf ankommen, die im Verfahren festgelegten Regeln konsequent zu befolgen, um eine europäische Stabilitätskultur zu erreichen. Zusätzlich zu den Verfahrensregeln sind gemeinsame Standpunkte und analytische Werkzeuge zu entwickeln, um unschädliche von problematischen wirtschaftlichen Entwicklungen zweifelsfrei zu unterscheiden.

Neben gemeinsamen Analyserastern benötigen wir auch ein gemeinsames Verständnis, welche Politikempfehlungen geeignet sind, die problematischen Entwicklungen in den betreffenden Staaten zu korrigieren. Einen derart breiten Konsens zu erzielen, wird Zeit in Anspruch nehmen und eine breite Diskussion unter den Mitgliedstaaten erfordern. Ziel muss es sein, die realwirtschaftliche Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Mitgliedstaaten substanziell zu verbessern, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2010

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	53
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	54
	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	
	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	55
	Entwicklung der Rückstandsfälle	
2.5	Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der	
	Steuereinnahmen	57
3	Einzelsteuern	57

- Zum 31. Dezember 2010 betrugen die Steuerrückstände 19,6 Mrd. €.
- Die Steuerrückstände stiegen damit um 2,3 Mrd. € (+13,3 %).
- Die Rückstandsquote stieg auf 4,60 % (Ende 2009: 3,96 %).

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum "Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2010 (Rückständestatistik)" dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit mehr als 75 % der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und spezielle Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern. Die Verwaltungshoheit für die Versicherungssteuer ist am 1. Juli 2010 von den Ländern auf den Bund übergegangen. Da die Daten für die Vorjahre 2006 bis 2009 die Versicherungsteuer beinhalten, wurde auf die Einbeziehung der Versicherungsteuer

verzichtet, da die Aussagekraft der mehrjährigen Vergleichszahlen nur eingeschränkt gültig ist.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31. Dezember 2010 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als "echte Rückstände" bezeichnet.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Die diesen Steueransprüchen zugrunde liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraums festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2010 lag das Kassensoll der Besitzund Verkehrsteuern mit 425 946 Mio. € um 2,4% unter dem Wert des Vorjahresstichtages. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Versicherungsteuer nicht mehr in die Betrachtung einbezogen wurde. Bei entsprechender Bereinigung des Kassensolls 2009 ergäbe sich keine Veränderung zum Vorjahr.

Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2010 auf 400 766 Mio. € und verringerte sich damit um 3,0% gegenüber dem Vorjahresaufkommen (bereinigt ohne Versicherungsteuer: -0,4%).

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg im Berichtszeitraum auf 846 Mio. € (um + 35,9%). Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung sanken gegenüber dem Jahr 2009 um 15,5% auf 4756 Mio. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,32% am Kassensoll (Vorjahr: 1,43%).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2010 in Höhe von 19 578 Mio. €. Das bedeutet einen Anstieg um 2 296 Mio. € beziehungsweise 13,3 % gegenüber dem Vorjahr (bereinigt ohne Versicherungsteuer: +13,9 %).

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

	D		in den v	ergangenen zwölf i	Monaten		Rückstände am
Stand am 31.12.	Rückstände am 31.12. des Vorjahrs	Sollstellungen	Kassensoll (Sp. 2 + 3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Niederschla- gungen	Erhebungs- stichtag (Sp. 4- (5+6+7))
				Mio.€			
1	2	3	4	5	6	7	8
2006	16937	376 190	393 127	371 883	67	5 3 9 0	15 787
2007	15 787	419 695	435 482	414218	114	4 157	16 993
2008	16 993	437 155	454 148	432 616	318	4333	16880
2009	16 880	419 623	436 503	412 972	623	5 626	17 282
2010	17 282	408 664	425 946	400 766	846	4756	19 578

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/ Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/ Kassensoll) in Prozent	Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)	
1	2	3	4	
2006	4,02	0,02	1,37	
2007	3,90	0,03	0,95	
2008	3,72	0,07	0,95	
2009	3,96	0,14	1,29	
2010	4,60	0,20	1,12	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern ergeben sich die Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten wie in Tabelle 2 dargestellt.

Die Rückstandsquote stieg auf 4,60 % (Ende 2009: 3,96 %). Dies ist ein Ergebnis der Erhöhung der Rückstände um 13,3 % in Verbindung mit dem Rückgang das Kassensolls um 2,4 %. Die Niederschlagungsquote sank gegenüber dem Vorjahr, während die Erlassquote nochmals anstieg.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen

sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen stiegen um 2 602 Mio. € (+156,7%) auf 4 262 Mio. €. Die Aussetzungen verringerten sich um 667 Mio. € (-7,3%) auf 8 452 Mio. €. Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, stiegen um 361 Mio. € (+5,6%) auf 6 863 Mio. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen "gestundet", "ausgesetzt" und "echte Rückstände" zeigt einen Rückgang des Anteils der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2010 auf 43,2 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Der Anteil der echten Rückstände verzeichnete einen Rückgang auf 35,1 %.

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

	Rückstände	davon							
Stand am 31.12.	Ruckstande	gestu	ındet	ausge	esetzt	echte Rückstände			
	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %		
1	2	3	4 (= 3/2)	5	6 (= 5/2)	7	8 (= 7/2)		
2006	15 787	804	5,1	8 473	53,7	6 509	41,2		
2007	16 993	656	3,9	8 756	51,5	7 581	44,6		
2008	16 880	1 029	6,1	8 8 1 2	52,2	7 039	41,7		
2009	17 282	1 660	9,6	9119	52,8	6 502	37,6		
2010	19 578	4 2 6 2	21,8	8 452	43,2	6 8 6 3	35,1		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch "nicht gemahnt", "gemahnt" oder in eine "Rückstandsanzeige aufgenommen" sind. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 25,4% der echten Rückstände "weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen", 24,4% "gemahnt" sowie 50,2% in einer "Rückstandsanzeige erfasst". Davon wiederum waren bereits 12,6% vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle sind um 4,5 % zurückgegangen, und das Rückständevolumen

ist um 13,3 % gestiegen. Aus dem Rückgang der Anzahl der Fälle und dem Anstieg des Rückständevolumens resultiert ein deutlicher Anstieg des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um 18,6 % auf 6 594 €.

Bemerkenswert sind hier die großen Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Höhen der Forderungsbeträge der Rückstandsfälle. Diese reichen von 192 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer über 231 380 € pro Fall bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserlöse bis zu 896 875 € bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 36,1% der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Umsatzsteuer mit 21,6 %, vom Solidaritätszuschlag mit 18,9 % und der Kraftfahrzeugsteuer mit 17,5 %.

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12.	Rückstände	Veränderung Rückstand zum Vorjahr	Zahl der Rückstandsfälle	Veränderung Fälle zum Vorjahr	Durchschnitts- betrag je Rückstandsfall	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr
	in Mio. €	Prozent	Tausend	Prozent	€	Prozent
1	2	3	4	5	6	7
2006	15 787	-6,8	3 410	-5,6	4 629	-1,2
2007	16 993	7,6	3 508	2,9	4844	4,6
2008	16 880	-0,7	3 532	0,7	4779	-1,3
2009	17 282	2,4	3 109	-12,0	5 558	16,3
2010	19 578	13,3	2 969	-4,5	6 594	18,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungsstichtag 31.12.	bungsstichtag 31.12. Rückstände- veränderung Erlass		Niederschla- gungen	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens		
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in Prozent des Kassensolls	
1	2	3	4	5 (=2+3+4)	6	
2006	-1 150	67	5 390	4306	1,1	
2007	1 206	114	4 157	5 477	1,3	
2008	-112	318	4333	4539	1,0	
2009	401	623	5 626	6 651	1,5	
2010	2 296	846	4756	7 898	1,9	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2.5 Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 7 898 Mio. € beziehungsweise 1,9 % des Kassensolls im Jahr 2010 ist höher als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine Erhöhung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um 2 296 Mio. € zurückzuführen.

3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 72,8 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten.

Das Kassensoll der Lohnsteuer ist im Berichtszeitraum trotz der zunehmenden Beschäftigung wiederum um 3,0 % zurückgegangen. Dies war aufgrund der ab 2010 geltenden Veränderungen beim Steuertarif, der ausgeweiteten steuerlichen Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie der Erhöhung des Kindergeldes, welches vom Lohnsteueraufkommen abgesetzt wird, zu erwarten. Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein

niedriges Niveau auf. Dies ist auf das von den Arbeitgebern durchgeführte Abzugsverfahren zurückzuführen.

Die im Jahr 2010 wieder zunehmenden Importe und der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuereinnahmen führten zu einer Reduzierung des Kassensolls der Umsatzsteuer um 4 731 Mio. € (- 3,2 %). Da die nicht in der Rückständestatistik erfasste Einfuhrumsatzsteuer bei der Umsatzsteuer als Vorsteuer abgezogen wird, wirkt sich die erhöhte Importtätigkeit einnahmemindernd auf das Umsatzsteueraufkommen aus. Bei der Umsatzsteuer weisen die Rückstände zwar mit 4,3 Mrd. € das zweithöchste Volumen auf, wegen des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 3.01%.

Dagegen hat sich der Rückgang des Kassensolls der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und der Niedrigzinsphase noch beschleunigt (2010: -20,9%; 2009: -8,8%). Auch aufgrund der Verringerung des Kassensolls erhöhten sich die Gesamtrückstände um 16,6%.

Bei den Rückständen dominieren neben der Umsatzsteuer die veranlagte Einkommensteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Verkehrsteuern am 31. Dezember 2010 bei 74,6 % lag.

Die Rückstandsquote von 18,20 % bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da hier das Kassensoll bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 13 %. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit circa 8 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Das Kassensoll der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stieg um 24,9% an. Die auffällige Erhöhung der Gesamtrückstände um 772,8% dürfte stichtagsbedingt auf der Abwicklung eines bedeutenden Einzelfalls beruhen, der insoweit auch die Rückstandsquote von 15,39% relativiert.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet einen Rückgang der Rückstände um 32,8 %, während das Kassensoll um 31,7 % anstieg. Die Verminderung der Gesamtrückstände um 983 Mio. € führte – auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erholung – zur Verringerung der Rückstandsquote von 27,19 % per Ende 2009 auf nunmehr 13,88 %. Dabei verringerte sich das Volumen der von der Vollziehung ausgesetzten Forderungen um circa 1 Mrd. € (-40,4 %). Dies könnte auf einen für die Finanzbehörden erfolgreichen Abschluss von Gerichtsverfahren hindeuten.

Das im Vorjahr deutlich rückläufige Kassensoll (-14,9%) der Grunderwerbsteuer stieg im Jahr 2010 wieder um 6,6% an. Neben den verbesserten wirtschaftlichen Aussichten und niedrigen Kreditzinsen dürfte auch die Ankündigung mehrerer Länder, den Satz für die Grunderwerbsteuer erhöhen zu wollen, durch Vorzieheffekte zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die nachstehende tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2006 bis 2010.

Tabelle 6: Übersicht der Rückstände nach Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern 31.12.2010	Kassensoll in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. (%)	Anteil in %	Rückstände in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. (%)	Anteil in %	Rückstands- quote (%)	Veränd. ggü Vorjahr (%)
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Lohnsteuer	165 821	-3,0	38,9	480	5,0	2,5	0,29	8,2
Umsatzsteuer	144390	-3,2	33,9	4 3 4 1	16,7	22,2	3,01	20,5
veranlagte Einkommensteuer	41 477	12,2	9,7	7 548	1,3	38,6	18,20	-9,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	17 645	24,9	4,1	2 715	772,8	13,9	15,39	598,9
Körperschaftsteuer	14519	31,7	3,4	2 016	-32,8	10,3	13,88	-48,9
Solidaritätszuschlag	10866	-0,8	2,6	698	13,8	3,6	6,43	14,8
AbgSt a. Zins- und Veräußerungserträge	9 498	-20,9	2,2	11	16,6	0,1	0,11	47,4
Kraftfahrzeugsteuer	8 590	10,3	2,0	99	-12,2	0,5	1,16	-20,4
Erbschaftsteuer	5 757	2,1	1,4	1321	23,3	6,7	22,95	20,8
Grunderwerbsteuer	5 5 6 8	6,6	1,3	268	-23,5	1,4	4,82	-28,3
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	1815	-14,8	0,4	82	-16,3	0,4	4,50	-1,8
Rückstände gesamt	425 946	0,0	100,0	19 578	13,9	100,0	4,60	13,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2010

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

	Rück-		in den vergangenen 12 Monaten Rückstände von den Rückstär					n Rückstände	iden sind:	
Stand am 31.12.	stände im Vorjahr	Soll- stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassenein- nahmen	Erlass	Nieder- schlag- ungen	31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7	gestundet	ausgesetzt	echte Rück- stände
in Mio. €										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Lohnsteuer										
2006	840	153 845	154 685	153 791	1	244	649	81	276	292
2007	649	163 581	164230	163 587	3	166	474	3	201	27
2008	474	172 985	173 459	172 809	11	146	492	8	205	28
2009	492	170 385	170 877	170 160	22	238	457	6	218	233
2010	457	165 364	165 821	165 157	27	157	480	5	252	223
2. Veranlagte Einkommensteuer										
2006	6941	21 688	28 630	20213	31	1 497	6 8 8 9	293	3 879	2 71
2007	6 8 8 9	28 884	35 773	27 289	51	1 256	7 1 7 8	302	3 820	3 05
2008	7 1 7 8	35 650	42 827	34 548	131	1 214	6 9 3 5	468	3 696	2 770
2009	6 9 3 5	30 030	36 964	27 899	241	1 375	7 448	1168	3 605	2 67
2010	7 448	34 028	41 477	32 305	352	1 273	7 548	1 259	3 699	2 59
3. Körperschaftsteuer										
2006	2 626	23 208	25 834	23 011	3	302	2518	142	1 967	408
2007	2 5 1 8	23 363	25 881	22 995	7	303	2 5 7 6	54	1 858	664
2008	2 5 7 6	16 990	19 566	16 299	8	240	3 019	127	2 385	50
2009	3 019	8 010	11 028	7 366	6	657	2 999	108	2 560	33
2010	2 999	11 521	14519	12 258	8	238	2016	125	1 525	360
4. Umsatzsteuer										
2006	4138	113 962	118 099	111 328	29	3 132	3 611	125	1 124	2 362
2007	3 611	130 631	134 241	127 566	41	2 257	4377	142	1 5 6 2	2 673
2008	4377	133 353	137 730	130 882	157	2 583	4108	236	1 235	2 63
2009	4108	145 014	149 121	141 937	325	3 140	3 720	130	1 062	2 529
2010	3 720	140 670	144390	136 743	401	2 906	4341	155	1 2 3 6	2 950
5. Erbschaftsteuer										
2006	733	3 718	4 451	3 763	0	30	658	73	468	11
2007	658	4387	5 044	4 198	0	22	824	62	587	170
2008	824	4714	5 5 3 8	4764	1	16	758	65	561	13
2009	758	4882	5 640	4 5 4 8	1	19	1 072	109	852	11
2010	1 072	4 685	5 757	4 401	3	31	1 321	73	1 1 1 1 5	133
6. Kraftfahrzeugsteuer										
2006	236	8 931	9 1 6 7	8 938	0	42	187	1	3	183
2007	187	8 919	9 106	8 879	0	32	194	2	4	189
2008	194	8 800	8 995	8 832	1	26	136	1	1	13
2009	136	7 654	7 790	7 651	1	24	113	1	1	113
2010	113	8 477	8 590	8 468	1	22	99	1	0	9

 $\label{eq:Quelle:Bundesministerium} Quelle: Bundesministerium der Finanzen.$

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

Die Deauville-Partnerschaft

Eine Initiative der G8-Staaten zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des nordafrikanisch-arabischen Raums

1	Einleitung	60
	Deauville-Partnerschaft	
3	Die Reformpartnerländer in der Deauville-Partnerschaft	62
	Tunesien	
3.2	Ägypten	63
	Marokko	
	Jordanien	
	Ausblick	

- Ende Mai 2011 haben die G8-Staaten die Deauville-Partnerschaft ins Leben gerufen. Ziel ist es, den Wandel, insbesondere den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Entwicklung, in den Ländern im nordafrikanisch-arabischen Raum zu unterstützen.
- In den vergangenen Wochen beziehungsweise Monaten fanden in Tunesien, Marokko und zuletzt in Ägypten erstmals freie und geheime Parlamentswahlen statt.
- Diese Länder stehen vor großen makroökonomischen Herausforderungen. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung steht insbesondere die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Vordergrund.

1 Einleitung

Vor nunmehr einem Jahr erregte der arbeitslose Hochschulabsolvent Mohamed Bouazizi, der seinen Lebensunterhalt als Gemüsehändler bestritt, weltweites Aufsehen, als er sich aus Protest gegen die korrupten Behörden am 17. Dezember 2010 auf dem Marktplatz der tunesischen Stadt Sidi Bouzid selbst anzündete. Der Tag gilt als Beginn der Unruhen und Umwälzungen im nordafrikanisch-arabischen Raum (kurz MENA-Region = Middle Eastern & Northern Africa). Auf die Selbstanzündung des Tunesiers folgten landesweite Proteste und Demonstrationen. die kurze Zeit später auf weitere Länder, darunter Ägypten, Marokko, Jordanien und Libyen, übergriffen. Westliche Beobachter prägten den Titel "Arabischer Frühling". Ende

Mai 2011 verständigten sich die G8-Staaten unter französischer Präsidentschaft darauf, den Wandel in der Region, insbesondere den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Entwicklung, aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

2 Deauville-Partnerschaft

Die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten haben auf dem G8-Gipfel Ende Mai in Deauville beschlossen, die sogenannte "Deauville-Partnerschaft" (DP) ins Leben zu rufen. Als Ziel wurde formuliert, die Länder des Arabischen Frühlings beim Aufbau demokratischer Strukturen sowie beim Umbau und der Entwicklung der Wirtschaft zu unterstützen. Dafür kündigten mehrere multilaterale Entwicklungsbanken an, 20 Mrd. US-Dollar

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

zusätzliches Kreditvolumen bereitzustellen. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sagte darüber hinaus in Deauville im Rahmen der bilateralen Hilfe Schuldenumwandlungen für Ägypten und Tunesien in Höhe von bis zu 240 Mio. € über vier Jahre zu.

Die weitere Begleitung der DP erfolgt seitdem durch die Außen- und Finanzminister der G8-Staaten. Die Partnerschaft besteht auf zwei Ebenen: einerseits auf der politischen und andererseits auf der wirtschaftlichen Ebene. Sie wurde mit den als Reformpartnerländer bezeichneten Staaten Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien geschlossen, soll aber weiteren Staaten der Region offenstehen. So wurde Libyen auf dem G8-Außenministertreffen am 20. September 2011 in New York als neues Mitglied bestätigt. Neben den G8-Staaten konnten zudem mehrere Staaten aus der Region für die DP gewonnen werden. Es handelt sich dabei um Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei.

Beim G8-Finanzministertreffen in Marseille am 10. September haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und weitere internationale Finanzinstitutionen eine Erklärung unterzeichnet, in der sie ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen im Rahmen der DP vereinbaren. Dabei handelt es sich um sechs multilaterale Entwicklungsbanken, und zwar die Weltbank, IFC (International Finance Corporation, eine Gesellschaft der Weltbank), die Europäische Investitionsbank (EIB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die Islamische Entwicklungsbank und die Afrikanische Entwicklungsbank sowie drei regionale arabische Fonds, AFESD (Arab Fund for Economic and Social Development), AMF (Arab Monetary Fund) und OFID (OPEC Fund for International Development). Darüber hinaus sind auf politischer Ebene folgende internationale Organisationen eingebunden: die Vereinten Nationen, die Arabische Liga, die Mittelmeerunion und die OECD.

Um sich aktiv in die DP einzubringen, hat die EBWE im Sommer 2011 eine Erweiterung ihres Mandats auf den südlichen und östlichen Mittelmeerraum inklusive Jordanien beschlossen. Die EBWE war Anfang der 1990er Jahre gegründet worden, um den Wandel in den ehemaligen Ostblockstaaten voranzubringen. Ziel ist nun, diese Erfahrungen für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess in den mit der Mandatserweiterung einbezogenen Ländern zu nutzen.

Auf dem Finanzministertreffen im September in Marseille haben die vier Reformpartnerländer Konzeptpapiere vorgestellt, in denen sie die aus eigener Sicht dringlichsten Aufgaben und Ziele skizzierten. Im Ergebnis des Treffens wurde ein Kommuniqué verabschiedet, in dem eine Aufstockung der finanziellen Mittel der Finanzinstitutionen von 20 Mrd. US-Dollar auf nun 38 Mrd. US-Dollar verankert ist. Um diese Mittel effizient und gezielt einzusetzen, haben sich die Finanzinstitutionen im Rahmen eines gemeinsamen Aktionsplans auf eine koordinierte Vorgehensweise geeinigt. Die Bereiche, in denen Förderung und Zusammenarbeit im Rahmen des Transformationsprozesses stattfinden sollen, umfassen die Themen Regierungsführung, soziale und ökonomische Integration, Arbeitsmarktentwicklung, Entwicklung des Privatsektors und globale Integration. Konkret umgesetzt werden soll dies u. a. durch Beratung (unter Einbindung von Nichtregierungsorganisationen sowie Beratungsdienstleistern) und Reformen im Finanzsektor, in der öffentlichen Verwaltung sowie im Justiz- und Bildungssektor, durch Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und durch Handelserleichterungen. Die Entscheidung über einzelne Maßnahmen und Projekte liegt dabei maßgeblich bei den Reformpartnerländern.

Die politische Situation in den Reformpartnerländern ist im Fluss, in drei

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

Ländern fanden vor kurzem erstmals freie und geheime Parlamentswahlen statt. Im Folgenden werden ein Rückblick auf die Ereignisse 2011 sowie eine kurze Darstellung der wirtschaftlichen Lage in Tunesien, Ägypten, Marokko und Jordanien gegeben.

3 Die Reformpartnerländer in der Deauville-Partnerschaft

3.1 Tunesien

In Tunesien, dem Ursprungsland des Arabischen Frühlings, wurde Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 gestürzt. In der Übergangsphase übernahmen Interimspräsident Fouad M´Bazaâ und Premierminister Beji Caid Essebsi die Regierung. Am 23. Oktober 2011 fanden erste freie Parlamentswahlen statt, bei welchen die gemäßigt-islamistische Partei Ennahda mit großem Vorsprung einen Sieg erzielen konnte. Die Partei unter Rachid Ghannouchi, die erstmals zur Wahl zugelassen war, bekam 90 Sitze von 217 Sitzen. Unter Ben Ali galt sie als extremistisch und war verboten. Im Wahlkampf haben sich die Islamisten als moderne Partei nach dem Vorbild der türkischen AKP präsentiert. Zweitstärkste Kraft wurde die sozialliberale Partei "Kongress für die Republik" unter Führung des Medizinprofessors Moncef Marzouki mit

30 Sitzen. Die sozialdemokratische Partei Ettakatolie erzielte die drittmeisten Stimmen. Zu den Wahlen waren auch ausländische Beobachter eingeladen.

Knapp vier Wochen später haben die Koalitionsparteien die Besetzung der drei wichtigsten Regierungsposten bekanntgegeben. Hamadi Jbeli, Generalsekretär der islamistischen Ennahda, wird Ministerpräsident. Der Chef der Partei "Kongress für die Republik", Moncef Marzouki, füllt das Amt des Präsidenten aus, und der Vorsitzende des dritten Koalitionspartners Ettakatolie, Mustafa Ben Jaafar, wird Parlamentssprecher. Das für ein Jahr gewählte Parlament hat die Aufgabe, die Verfassung neu zu schreiben; innerhalb eines Jahres sind Neuwahlen geplant.

Eine zügige politische Stabilisierung ist erforderlich, um die wirtschaftlichen Herausforderungen, insbesondere die Bekämpfung der knapp 15 % hohen Arbeitslosigkeit anzugehen. Für 2011 prognostiziert der IWF ein wirtschaftliches Nullwachstum nach Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,1% 2009 und 2010.

Die tunesische Interimsregierung hatte in einem Übergangsplan ("Jasmine Plan") drei Hauptaspekte als wichtigste Ziele

Tabelle 1: Tunesien

Tunesien (10,6 Mio. Einwohner)	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Reales BIP-Wachstum (% ggü. Vorjahr)	4,5	3,1	3,1	0,0	3,9
Nominales BIP (in Mrd. US-Dollar)	44,9	43,5	44,3	48,9	52,2
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	4.346	4.171	4.199	4.593	4.852
Arbeitslosigkeit (in %)	12,6	13,3	13,0	14,7	14,4
Inflationsrate (in % ggü. Vorjahr)	4,9	3,5	4,4	3,5	4,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-3,8	-2,8	-4,8	-5,7	-5,5
Haushaltssaldo (in % des BIP)	-0,6	-1,5	-1,3	-3,7	-4,1
Staatsverschuldung (in % des BIP)	43,3	42,9	40,4	41,8	48,0

¹Prognose.

Quelle: IWF.

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

formuliert: (i) postrevolutionäres
Krisenmanagement und politische Reformen,
(ii) Übergang zur Demokratie und (iii)
Schaffung von Grundlagen für sozialen und
ökonomischen Wandel mit mittelfristigem
Horizont. Kurzfristig konnten bereits
Beschäftigungsinitiativen und Programme zur
Unterstützung der regionalen Entwicklung
umgesetzt werden, insbesondere Programme
zur Förderung von KMU. Tunesien hat sich
zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren
wirtschaftliche Wachstumsraten von 5 % zu
erreichen.

3.2 Ägypten

Ende Januar begannen in Ägypten die Massenproteste gegen das Regime von Präsident Husni Mubarak. Mit dem Rücktritt Mubaraks am 11. Februar 2011 endete seine 30-jährige autoritäre Führung des Landes. Derzeit wird das Land vom Obersten Militärrat unter Staatsoberhaupt Mohammed Hussein Tantawi geführt. Im März war eine zivile Übergangsregierung unter Premierminister Essam Sharaf vom Obersten Militärrat vereidigt worden, nachdem dieser das Parlament im Februar 2011 aufgelöst hatte. Mit dem Erlass eines neuen Wahlgesetzes durch den Militärrat wurde der Weg zu den ersten freien Parlamentswahlen freigemacht. Diese haben, begleitet von anhaltenden Protesten auf dem Tahrirplatz, am 29. November begonnen und sollen sich über drei Wahlrunden erstrecken (14. Dezember 2011; 3. Januar 2012). Die erste Wahlrunde verlief weitestgehend erfolgreich und ohne Störungen. Stärkste Kraft wurde die Muslimbruderschaft.

Wichtigste Aufgabe des neuen Parlaments ist die Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung. Der Militärrat hat angekündigt, an der Macht zu bleiben, bis ein ziviler Präsident gewählt ist. Dies soll im Juni 2012 geschehen. Als aussichtsreiche Kandidaten gelten der ehemalige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, sowie der ehemalige Chef der Internationalen Atomenergieagentur IAEA, Mohamed El-Baradei.

In den Tagen vor der Wahl war es zu erneuten Demonstrationen gekommen, die Protestführer forderten den Rücktritt des Vorsitzenden des Obersten Militärrates Tantawi sowie eine schnellere Übergabe der Verantwortung an eine zivile Regierung. Bei Ausschreitungen mit der Polizei kamen nach offiziellen Angaben in diesen Tagen über 40 Menschen zu Tode. Die Übergangsregierung unter Ministerpräsident Essam Scharaf reichte daraufhin am 21. November ihren Rücktritt ein. Drei Tage später wurde Kamal al-Gansuri, der bereits von 1996 bis 1999 Regierungschef unter Mubarak war, zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.

Grund für die erneuten Proteste war neben der Unzufriedenheit über die Vorgehensweise des Militärrats auch der wirtschaftliche und politische Stillstand im Land. Viele Ägypter wünschen sich einen demokratischen Aufbau des Landes, der einhergehen soll mit wirtschaftlicher Entwicklung und einer Verbesserung der Lebensbedingungen für breite Bevölkerungsschichten. Insbesondere für die ländliche Bevölkerung hat sich die Situation seit dem Sturz von Mubarak erheblich verschlechtert, die Preise für Lebensmittel sind gestiegen, ihre Einkommen aber zum Teil weggebrochen. Der Ausgang der Wahlen wird maßgeblich auf dem Land entschieden werden, da hier die meisten der rund 80 Millionen Ägypter leben.

Ägypten benötigt Wirtschaftswachstum zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und für mehr soziale Gerechtigkeit. Der Tourismus als eine der wichtigsten Einnahmequellen für das Land ist eingebrochen. Derzeit liegt die Staatsverschuldung bei rund 76 % des BIP, die Inflationsrate beträgt über 11% und die Arbeitslosenquote über 10 %. Insbesondere der ägyptische Finanzmarkt hat stark unter den neuen Unruhen Ende November gelitten: Standard & Poor's stufte das Rating auf "B+" herab, was den Abwertungsdruck auf das ägyptische Pfund verstärkte. Die Rendite der auf US-Dollar lautenden Staatsanleihen mit einer Laufzeit bis 2020 zog auf fast 7% an, das höchste Niveau seit Jahresbeginn.

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

Tabelle 2: Ägypten

Ägypten (79,4 Mio. Einwohner)	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Reales BIP-Wachstum (% ggü. Vorjahr)	7,2	4,7	5,1	1,2	1,8
Nominales BIP (in Mrd. US-Dollar)	162,4	188,6	218,5	231,9	252,7
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	2.160	2.456	2.808	2.922	3.123
Arbeitslosigkeit (in %)	8,8	9,5	9,0	10,4	11,5
Inflationsrate (in % ggü. Vorjahr)	11,7	16,2	11,7	11,2	11,3
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	0,5	-2,3	-2,0	-1,9	-2,2
Haushaltssaldo (in % des BIP)	-7,8	-7,0	-8,3	-10,3	-9,1
Staatsverschuldung (in % des BIP)	74,7	75,6	73,8	76,2	76,6

¹Prognose.

Quelle: IWF.

Der Leitindex der Kairoer Börse hat sich seit Jahresbeginn fast halbiert.

Das Haushaltsdefizit ist im Vergleich zum vergangenen Jahr gestiegen und wird vom IWF für 2011 auf über 10 % des BIP prognostiziert. Die Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung im Rahmen der Deauville-Partnerschaft hat daher für Ägypten große Bedeutung.

3.3 Marokko

Die Proteste gegen König Mohammed VI begannen Ende Februar 2011 mit weitgehend friedlichen Demonstrationen in allen größeren Städten des Landes. König Mohammed VI reagierte darauf mit Reformen: Am 1. Juli 2011 wurde ein Referendum über eine Verfassungsänderung, welche die Macht von König Mohammed VI beschneidet und Teile der Befugnisse an die Regierung des Landes überträgt, mit großer Mehrheit (98%) angenommen. Die Verfassungsänderung beinhaltet Regelungen, die den Weg von einer konstitutionellen zu einer parlamentarischen Monarchie öffnen. König Mohammed bleibt weiterhin oberster Befehlshaber der Armee und behält sich vor, das Parlament aufzulösen sowie das letzte Wort in Fragen von Religion und Justiz zu haben.

Am 25. November 2011 fanden Parlamentswahlen statt. Regulär waren sie

für September 2012 vorgesehen, angesichts der Proteste im gesamten arabischen Raum aber um ein Jahr vorgezogen worden. Die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) konnte sich als stärkste Kraft durchsetzen und 107 Sitze beanspruchen. Ihr Generalsekretär, der gelernte Ingenieur Abdelillah Benkirane, übernimmt nun das Amt des Premierministers. Er hat angekündigt, vor allem soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen. Als Vorbild sieht er die türkische AKP. Mit deutlichem Abstand wurde die konservativ-nationalistische und als monarchienah geltende Partei Istiqlal von Ministerpräsident Abbas al-Fassi mit 60 Sitzen zweitstärkste Kraft. Insgesamt waren bei der Wahl 395 Mandate zu vergeben. Als Partei mit den meisten Sitzen hat die PJD gemäß der neuen Verfassung den Auftrag, die Regierung zu bilden. Die Wahlbeteiligung lag bei 45 %. Ausländische Wahlbeobachter zeigten sich weitestgehend zufrieden mit dem Ablauf der Wahl. Es war die neunte Wahl seit der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich im Jahr 1956, jedoch die erste, die als tatsächlich frei und geheim gilt.

Marokko gilt als das ärmste Land Nordafrikas, jeder fünfte Marokkaner hat laut der Weltbank weniger als einen US-Dollar am Tag zur Verfügung. Auch die Analphabetenrate ist mit 45 % sehr hoch. Somit steht das Land vor großen Herausforderungen: Es muss sein Haushaltsdefizit von derzeit knapp 7 % des BIP

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

Tabelle 3: Marokko

Marokko (32 Mio. Einwohner)	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Reales BIP-Wachstum (% ggü. Vorjahr)	5,6	4,9	3,7	4,6	4,6
Nominales BIP (in Mrd. US-Dollar)	88,9	91	91,1	101,8	109,2
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	2.851	2.885	2.861	3.162	3.359
Arbeitslosigkeit (in %)	9,6	9,1	9,1	9,0	8,9
Inflationsrate (in % ggü. Vorjahr)	3,9	1,0	1,0	1,5	2,7
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-5,2	-5,4	-4,3	-5,2	-4,0
Haushaltssaldo (in % des BIP)	1,4	-2,2	-3,5	-6,8	-5,0
Staatsverschuldung (in % des BIP)	48,2	47,9	51,1	54,2	55,5

¹Prognose.

Quelle: IWF.

senken und jungen Menschen eine Perspektive geben. Die Jugendarbeitslosenquote liegt bei 30 %, besonders betroffen sind junge Akademiker. Die Staatsverschuldung liegt bei knapp 55 % und das Leistungsbilanzdefizit bei über 5 % des BIP.

Die Wirtschaft Marokkos konnte sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich weiterentwickeln und zum Teil spürbar wandeln. Die Produktdiversifizierung erzeugte, unterbrochen durch steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die weltweite Rezession 2008/2009, in der vergangenen Dekade anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse. Für die kommenden Jahre hat sich Marokko zum Ziel gesetzt, den Ausbau und eine weitere Diversifizierung der Industriezweige voranzubringen und damit wirtschaftliche Wachstumsraten von 6 % zu erreichen.

3.4 Jordanien

König Abdullah II. bin al-Hussein ist seit Februar 1999 Staatsoberhaupt Jordaniens. Am 1. Februar 2011 entließ er die Regierung von Premierminister Samir Rifai und beauftragte den früheren Premierminister Dr. Maruf Al Bakhit mit der Bildung einer neuen Regierung. Vorausgegangen waren friedliche Demonstrationen, deren Forderungen eher auf Reformen als auf den Sturz des Regimes ausgerichtet waren. Im März wurde ein Komitee mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. Es legte Mitte August Vorschläge für eine Verfassungsreform, u. a. für die Schaffung eines Verfassungsgerichts, unabhängige Wahlbeobachter und die Einschränkung der Macht des Sicherheitsapparats, vor. Entsprechende Gesetzesvorschläge konnten im Herbst in den regulären Parlamentssitzungen eingebracht werden. Die nächsten Parlamentswahlen sind regulär für den Herbst 2014 geplant.

Die wirtschaftliche Lage in Jordanien ist insgesamt stabil. König Abdullah II. hat die Ausweitung ausländischer Direktinvestitionen (2005 bis 2010: durchschnittlich 2,52 Mrd. US-Dollar, 2010 nur 1,7 Mrd. US-Dollar) sowie die Steigerung der Standortattraktivität Jordaniens als Kernziele der Wirtschaftspolitik definiert. Jordanien ist damit aber auch anfällig für externe Schocks und stark abhängig von ausländischen Finanzhilfen. Das schon 2010 relativ hohe Haushaltsdefizit von - 5,4 % des BIP wird 2011 mit - 6,2 % wohl noch höher ausfallen. Das Leistungsbilanzdefizit für 2010 lag bei - 4,9 % des BIP, für 2011 erwartet der IWF ein Defizit von - 6,7 %. Dabei geht der IWF für 2011 von einem Wachstum von 2,5 % (Vorjahr 2,3%) aus. Das Wirtschaftssystem des Landes ist auf Dienstleistungen zugeschnitten, die Privatisierung staatlicher Betriebe und Infrastruktureinrichtungen ist weitestgehend abgeschlossen.

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT

Tabelle 4: Jordanien

Jordanien (6,3 Mio. Einwohner)	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Reales BIP-Wachstum (% ggü. Vorjahr)	7,2	5,5	2,3	2,5	2,9
Nominales BIP (in Mrd. US-Dollar)	21,9	23,8	26,4	28,4	30,9
BIP pro Kopf (in US-Dollar)	3.757	3.986	4.326	4.542	4.825
Arbeitslosigkeit (in %)	12,7	12,9	12,5	12,5	12,5
Inflationsrate (in % ggü. Vorjahr)	13,9	-0,7	5,0	5,4	5,6
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-9,3	-3,3	-4,9	-6,7	-8,4
Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,3	-8,5	-5,4	-6,2	-6,0
Staatsverschuldung (in % des BIP)	60,2	64,5	66,8	68,5	67,8

¹Prognose.

Quelle: IWF.

Jordanien hat sich in dem beim
Finanzministertreffen in Marseille
vorgelegten Konzeptpapier ehrgeizige
Ziele für die Umsetzung verschiedenster
Projekte gesetzt. Neben den politischen
Reformen sind umfangreiche ökonomische
Reformen geplant. Bekämpfung von
Armut und Arbeitslosigkeit, Verringerung
der Abhängigkeit von Importen (96 % des
Energiebedarfs, 98 % bei Weizen) und damit
der Gefahr der importierten Inflation sowie
Reduzierung des Haushaltsdefizits sind die
dringlichsten Herausforderungen, denen sich
das Land stellen will.

4 Ausblick

Tunesien, Ägypten, Marokko und Jordanien stehen vor großen makroökonomischen Herausforderungen. Mit den kürzlich durchgeführten Parlamentswahlen ist ein erster wichtiger Schritt getan, um die erforderlichen Maßnahmen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene voranzubringen. Im Jahr 2012 übernehmen die USA die G8-Präsidentschaft und werden die Deauville-Partnerschaft fortführen. Die weiteren Entwicklungen bleiben abzuwarten.

G20-GIPFEL AM 3. UND 4. NOVEMBER 2011 IN CANNES

G20-Gipfel am 3. und 4. November 2011 in Cannes

1	Einleitung	67
	Weltwirtschaftliche Lage und "Cannes Action Plan for Growth and Jobs"	
	Reform des internationalen Währungssystems	
	Finanzmarktregulierung	
	Weitere Themen	
	Schlussfolgerung	

- Mit dem "Cannes Action Plan for Growth and Jobs" wurden konkrete Selbstverpflichtungen der G20 hin zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum eingegangen.
- Die Strategie des Euroraums zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise wurde unterstützt.
- Unter maßgeblicher deutscher Führung wurden Anstöße zur Reform des internationalen Währungssystems gegeben.
- Die Reform der Finanzmarktregulierung wurde weiter vorangetrieben.

1 Einleitung

Der sechste Weltfinanzgipfel der G20-Staatsund Regierungschefs fand unter französischer Präsidentschaft vom 3. bis 4. November 2011 in Cannes statt. Für Deutschland nahmen die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, sowie der Bundesfinanzminister, Dr. Wolfgang Schäuble, teil.

Frankreich hatte den Gipfel unter das Motto "New World – New Ideas" gestellt. Im Fokus der Gespräche stand die Lage der Weltwirtschaft, insbesondere die Schuldenproblematik in Teilen des Euroraums. Alle G20-Partner unterstrichen ihre Anerkennung für die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 26. Oktober 2011. Im Cannes-Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze verständigte sich die G20 auf konkrete Maßnahmen, die zur Erholung der Weltwirtschaft beitragen sollen; unter anderem konnte dort das aus deutscher Sicht wichtige Ziel der Haushaltskonsolidierung verankert werden.

Eine Arbeitsgruppe unter deutschmexikanischem Vorsitz entwickelte

Maßnahmen für ein stabileres und widerstandsfähigeres Weltwährungssystem. Diese beinhalten zum Beispiel ein gemeinsames Verständnis zum Umgang mit Kapitalströmen sowie einen Aktionsplan zur Entwicklung lokaler Anleihemärkte.

Im Bereich Finanzmarktreformen fasste die G20 eine Reihe von Beschlüssen, wobei zwei Themen – der Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten und die Stärkung von Aufsicht und Regulierung des sogenannten Schattenbankensystems – im Vordergrund standen.

Daneben wurden unter anderem Themen der Entwicklungspolitik, die Preisvolatilität bei Rohstoffen, der Energie- und Klimapolitik sowie Handelsfragen diskutiert.

2 Weltwirtschaftliche Lage und "Cannes Action Plan for Growth and Jobs"

Dominierendes Thema der Diskussion der G20-Staats- und Regierungschefs zur Lage der Weltwirtschaft war die Schuldenproblematik

G20-GIPFEL AM 3. UND 4. NOVEMBER 2011 IN CANNES

im Euroraum. Die G20-Partner waren sich einig, dass eine gemeinsame Verantwortung der G20 besteht, die Weltwirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen. Die G20-Staats- und Regierungschefs drückten ihr starkes Interesse an einem stabilen Euroraum aus und würdigten in diesem Kontext ausdrücklich die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 26. Oktober 2011, in denen die Schuldentragfähigkeit Griechenlands, die Stärkung der europäischen Banken sowie die Implementierung von Schutzmaßnahmen gegen Ansteckungsgefahren adressiert wurden.

Aufgrund der Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise fanden am Rande des Gipfels zusätzliche Gespräche statt, unter anderem mit dem damaligen griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou. Hervorgehoben wurde auch die Bereitschaft Italiens, ab 2012 einen raschen Schuldenabbau einzuleiten und die wirtschafts- und finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen im vierteljährlichen Rhythmus durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) überprüfen zu lassen.

Um die Weltwirtschaft auf den Pfad eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums ("Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth") zurückzuführen, verständigte sich die G20 auf einen Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze ("Cannes Action Plan for Growth and Jobs"). Dieser benennt Maßnahmen zur Bekämpfung aktueller, kurzfristiger Herausforderungen sowie mittelfristig notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumsgrundlagen. Länder mit vergleichsweise soliden Staatsfinanzen sollen die automatischen Stabilisatoren wirken lassen und im Fall einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Umstände angemessene Maßnahmen zur Stützung der heimischen Nachfrage ergreifen, ohne ihre mittelfristigen Fiskalziele zu gefährden. Die Toronto-Ziele der Industrieländer (Halbierung der Staatsdefizite bis 2013 und Stabilisierung beziehungsweise Senkung der Staatsverschuldung in Relation

zum BIP bis 2016) wurden bestätigt. Dies war aus Sicht der Bundesregierung ein wichtiges Element des Aktionsplans. In allen Ländern der G20 sollen Strukturreformen das Wachstum stützen; auch Deutschland verpflichtete sich als Land mit großem Leistungsbilanzüberschuss zur Stärkung der Binnennachfrage.

Angesichts der Bedeutung des Internationalen Währungsfonds für die Sicherstellung globaler Wirtschafts- und Finanzstabilität drückte die G20 ihr gemeinsames Verständnis darüber aus, dass der IWF über ausreichende Ressourcen zur Erfüllung seiner systemischen Rolle verfügen muss. Die Finanzminister wurden für den Fall, dass zusätzliche Mittel benötigt werden, um die Ausarbeitung verschiedener Optionen gebeten. In diesem Zusammenhang bekräftigte die G20 ihren Willen zur vollständigen Umsetzung der im Jahr 2010 beschlossenen IWF-Quoten- und Governance-Reform.

3 Reform des internationalen Währungssystems

Wie in Seoul 2010 verabredet, stieß die G20 eine Reform des internationalen Währungssystems an, um dieses stabiler, widerstandsfähiger und repräsentativer zu gestalten und damit an aktuelle Entwicklungen besser anzupassen. Die G20-Arbeitsgruppe unter gemeinsamem deutsch-mexikanischen Vorsitz verständigte sich auf konkrete Schritte zum Umgang mit den globalen Kapitalflüssen sowie mit der globalen Liquidität und auf Reformen der Überwachungstätigkeit des IWF ("Surveillance"). So konnten gemeinsame Schlussfolgerungen zum Umgang mit volatilen Kapitalströmen gezogen sowie ein Aktionsplan zur Entwicklung und Vertiefung lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern beschlossen werden, um deren Widerstandsfähigkeit gegen Schocks zu verbessern. Dabei erkannten alle G20-Länder den Nutzen eines freien Kapitalverkehrs an und verpflichteten sich, Kapitalverkehrskontrollen nur in

G20-GIPFEL AM 3. UND 4. NOVEMBER 2011 IN CANNES

Ausnahmesituationen mit hohen oder volatilen Kapitalbewegungen und zeitlich begrenzt anzuwenden.

Die G20 verabschiedete darüber hinaus gemeinsame Prinzipien zur Zusammenarbeit von IWF und regionalen Finanzierungseinrichtungen (wie EFSF und "Chiang-Mai-Initiative"). Die G20 verständigte sich zudem auf den Ausbau der finanziellen Sicherheitsnetze des IWF: Um dem IWF die Möglichkeit zu geben, kurzfristig Liquidität für solche Länder bereitzustellen, die eine gute Wirtschaftspolitik vorweisen können und unverschuldet in eine Liquiditätskrise geraten sind, unterstützte die G20 den IWF, eine entsprechende neue Kreditfazilität einzurichten. Die G20 war sich darüber einig, dass der Währungskorb der Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF weiterhin die Rolle von Währungen im globalen Handelsund Finanzsystem widerspiegeln muss, und beauftragte den IWF, die Zusammensetzung des SZR-Korbs bis spätestens 2015 zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus wurde vereinbart, die multilaterale Überwachungstätigkeit des IWF zu stärken und besser mit der bilateralen "Surveillance" zu verzahnen, um das Währungssystem insgesamt stabiler und widerstandsfähiger zu gestalten. Insbesondere sollen "Spillover-Effekte", also der Einfluss von nationalen Politikmaßnahmen auf die Stabilität anderer Länder und das globale Wirtschafts- und Währungssystem, vertieft analysiert sowie eine bessere Aufsicht von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen erzielt werden.

In ihrer Abschlusserklärung setzte sich die G20 dafür ein, die Flexibilität von Wechselkursen zu erhöhen, damit diese wirtschaftliche Fundamentaldaten besser widerspiegeln können. Währungsabwertungen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen werden von der G20 abgelehnt. Die G20 wird ihre Arbeiten zu diesen Themen im Jahr 2012 fortsetzen.

4 Finanzmarktregulierung

Beim Gipfel in Cannes erneuerte die G20 ihr Bekenntnis, dass alle Finanzmärkte, alle Finanzprodukte und alle Akteure einer Regulierung und Aufsicht unterliegen müssen. Zwei Themen standen besonders im Vordergrund: der Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten und die Stärkung von Aufsicht und Regulierung des sogenannten Schattenbankensystems.

Die G20 beschloss ein umfassendes Maßnahmenpaket für eine verbesserte Aufsicht und Regulierung der weltweit tätigen systemrelevanten Finanzinstitute (globale SIFIs, "G-SIFIs"). Danach wird es eine stärkere Überwachung und einheitliche Rahmenbedingungen zur (grenzüberschreitenden) Abwicklung solcher Institute geben. Zum Gipfel wurde eine Liste der als "G-SIFIs" identifizierten Banken veröffentlicht, die anfänglich 29 Institute umfasst. Diese müssen zur Stärkung der Verlusttragfähigkeit ab 2016 (zeitlich parallel zur Einführung der Eigenkapitalstandards Basel III) zusätzliche Kapitalanforderungen in Höhe von 1% bis 2,5 % an hartem Eigenkapital erfüllen. Regelungen für Versicherungen und andere Akteure sollen 2012 folgen. Bis April nächsten Jahres sollen außerdem Vorschläge vorliegen, das Maßnahmenpaket für globale SIFIs auf nationale SIFIs zu übertragen.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 waren sich auch darin einig, durch eine bessere Beaufsichtigung und Regulierung des Schattenbankensystems zu verhindern, dass Geschäfte vom stärker regulierten Bankensektor in weniger oder unregulierte Bereiche abwandern. Beim Gipfel wurden die Vorschläge des "Financial Stability Board" (FSB) zu einer verbesserten Erfassung und Überwachung des Schattenbankensektors indossiert und seine Arbeitspläne und Schwerpunktsetzung für die Entwicklung konkreter Regulierungsempfehlungen unterstützt.

G20-GIPFEL AM 3. UND 4. NOVEMBER 2011 IN CANNES

Zudem sprachen die Staats- und Regierungschefs eine klare Selbstverpflichtung aus, die in Pittsburgh angestoßene Reform beim Handel mit "Over-the-counter"(OTC)-Derivaten umzusetzen. Damit sollen alle standardisierten OTC-Derivateverträge ab Ende 2012 nicht mehr außerbörslich, sondern grundsätzlich über Börsen oder elektronische Handelsplattformen gehandelt und über zentrale Clearingstellen abgewickelt werden. Zudem sollen OTC-Derivateverträge an Transaktionsregister gemeldet werden sowie nicht zentral abgewickelte Verträge höheren Kapitalanforderungen unterliegen.

Die G20 bekräftigte ihr Ziel, weltweit einheitliche, qualitativ hochwertige Rechnungslegungsstandards zu schaffen, und forderte die zuständigen Gremien auf, ihre Arbeit hierzu fortzusetzen. Des Weiteren würdigte die G20 die Fortschritte bei der Bekämpfung von Steueroasen und beim Umgang mit nicht-kooperativen Jurisdiktionen in den Bereichen Finanzmarktregulierung/-aufsicht und Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung.

Wegen der wichtigen Rolle des FSB bei der Umsetzung der internationalen Finanzmarktregulierungsagenda beschlossen die Staats- und Regierungschefs der G20 eine Reform des FSB. Der FSB soll unter anderem eine eigene Rechtspersönlichkeit und mehr finanzielle Autonomie bekommen, außerdem sollen der Lenkungsausschuss umgestaltet und die Koordinierungsfunktion des FSB gegenüber anderen Standardisierungsgremien gestärkt werden. Die Diskussion im Einzelnen soll im FSB fortgeführt werden.

5 Weitere Themen

Die Arbeitsgruppe Entwicklung legte zum Gipfel in Cannes einen Fortschrittsbericht über die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans zum "Seoul Development Consensus for Shared Growth" vor. Unter anderem hatte eine hochrangige Expertengruppe in Zusammenarbeit mit regionalen Entwicklungsbanken
Empfehlungen dafür erarbeitet, wie der
Privatsektor und andere Akteure noch stärker
in die Finanzierung von Infrastrukturprojekten
einbezogen werden können und ein für
Infrastrukturinvestitionen förderliches Umfeld
geschaffen werden kann.

Die Herausforderungen der
Entwicklungsfinanzierung waren auch
Gegenstand eines Berichts, den Bill Gates
beim Gipfel vorstellte. Danach umfasst
Entwicklungsfinanzierung mehr als offizielle
Transfers; für eine nachhaltige Entwicklung
müssen auch einheimische Ressourcen und
private Investitionen mobilisiert werden.
In diesem Zusammenhang schlug Gates
innovative Finanzierungsinstrumente
vor und erwähnte als ein Beispiel die
Finanztransaktionsteuer.

Die G20 verständigte sich zudem darauf, die Funktionsfähigkeit der Rohstoff-Derivatemärkte durch mehr Regulierung und Transparenz zu verbessern. Die Regulierungsbehörden sollen neben anderen Instrumenten insbesondere Positionslimits festsetzen, soweit das angemessen ist, um Marktstörungen oder Marktmissbrauch vorzubeugen.

Die G20 betonte die Notwendigkeit funktionsfähiger und transparenter Energiemärkte und der ständigen Verbesserung der Energieeffizienz für ein nachhaltiges Wachstum und unterstrich ihre Anstrengungen für "Green Growth". Die Absicht, ineffiziente Subventionen für fossile Energien abzubauen, wurde bekräftigt. Der Dialog zwischen Ölproduzenten und Ölkonsumenten über mittel- und langfristige Prognosen über Öl, Gas und Kohle soll weiter verbessert werden. Die G20 kündigte an, Technologien für saubere Energie und Energieeffizienz weiter auszubauen und sich für eine Entwicklung hin zu einer Wirtschaft einzusetzen, die weniger Kohlendioxidemissionen verursacht.

Die G20 setzte sich für Fortschritte im VN-Klimaprozess ein und bekräftigte ihre Unterstützung für einen erfolgreichen

Analysen und Berichte

G20-GIPFEL AM 3. UND 4. NOVEMBER 2011 IN CANNES

Abschluss der Klimakonferenz in Durban vom 28. November bis 9. Dezember 2011 (VN-Vertragsstaatenkonferenz in Durban). Die Vereinbarungen von Cancún sollen umgesetzt und weitere Fortschritte erzielt werden, darunter die Operationalisierung des "Green Climate Fund". Die Finanzminister wurden gebeten, über die Fortschritte im Bereich der Klimaschutzfinanzierung zu berichten. Da privaten Investitionen bei der Klimaschutzfinanzierung eine besondere Rolle zukommt, wurden die multinationalen Entwicklungsbanken aufgefordert, neue und innovative Finanzierungsinstrumente zur Erzielung eines größtmöglichen Hebeleffekts dieser privaten Mittel zu entwickeln.

Die G20 wiederholte in Cannes ihre Selbstverpflichtung, bis Ende 2013 von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen und bereits ergriffene Maßnahmen (einschließlich Exportbeschränkungen und nicht WTO-konforme Maßnahmen zur Exportförderung) wieder zurückzunehmen. Die G20 bekräftigte, dass sie auch weiterhin zum Verhandlungsmandat der Doha-Runde der World Trade Organization (WTO) stehe. Um die Aussichten für einen Abschluss der Runde zu verbessern, ist es nach Einschätzung der G20 notwendig, im Jahr 2012 neue Verhandlungsansätze zu verfolgen und die Verhandlungen zunächst auf einzelne Themen zu fokussieren (einschließlich der Anliegen der am wenigsten entwickelten Staaten und anderer Elemente der Doha-Agenda, soweit diese abschlussreif erscheinen). Die Staats- und Regierungschefs beauftragten die zuständigen Minister, dies bei der 8. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2011 aufzugreifen und beim kommenden G20-Gipfel über die Ergebnisse zu berichten. Die Staatsund Regierungschefs sprachen sich für eine stärkere Rolle der WTO bei der transparenten Ausgestaltung der Handelsbeziehungen und bei der Streitschlichtung aus. Der bis Ende 2011 erwartete WTO-Beitritt Russlands wurde von der G20 begrüßt.

Am 1. Dezember 2011 übernimmt Mexiko die G20-Präsidentschaft. Der kommende G20-Gipfel soll im Juni 2012 in Los Cabos, Baja California, stattfinden. Vorbereitet wird dieser Gipfel unter anderem durch ein Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 17. und 18. Februar 2012 in Mexiko-Stadt.

Beschlossen wurde in Cannes, dass 2013 Russland die Präsidentschaft übernehmen wird, 2014 Australien und 2015 die Türkei; anschließend wird ein Land aus der asiatischen Ländergruppe (China, Indonesien, Japan, Korea) die Präsidentschaft übernehmen.

6 Schlussfolgerung

Insgesamt kann der G20-Gipfel in Cannes als Erfolg gewertet werden: Die Reform der Finanzmarktregulierung wurde weiter vorangetrieben; mit dem "Cannes Action Plan for Growth and Jobs" wurden konkrete Selbstverpflichtungen der G20 hin zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum eingegangen; unter maßgeblicher deutscher Beteiligung wurden Anstöße zur Reform des internationalen Währungssystems gegeben. Insbesondere wurde die Strategie des Euroraums zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise durch die anderen G20-Staaten unterstützt.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1	Kreditmarktmittel	74
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015.	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2010 bis 2015	76
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	78
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	101
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis August 2011	103
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2011	
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	109
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	109
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	116
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 125
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 126
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 127
Abb.1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	. 128
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 129
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 133

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2011	Zunahme		Stand: 31. Oktober 2011					
		in Mio. €							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	44 000	0	0	44 000					
Anleihen ¹	637 736	7 000	0	644 736					
Bundesobligationen	210 000	0	17 000	193 000					
Bundesschatzbriefe ²	8 3 4 9	17	11	8 355					
Bundesschatzanweisungen	138 000	5 000	0	143 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	73 641	3 994	9 9 3 0	67 705					
Finanzierungsschätze ³	538	36	69	505					
Tagesanleihe	1 969	167	36	2 100					
Schuldscheindarlehen	12 323	0	255	12 068					
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	604	0	0	604					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 127 211			1 116 125					

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:			
	30. September 2011		31. Oktober 2011			
		in Mio. €				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	239 900		232 949			
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	341 817		346 948			
langfristig (mehr als 4 Jahre)	545 495		536 229			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 127 211		1 116 125			

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

²10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $^{^3}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2011	Belegung am 30. September 2010		
		in Mrd. €			
Ausfuhren	135,0	117,6	107,0		
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	38,4	33,5		
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,8	2,0		
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5		
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	109,5	105,3		
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6		
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0		
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	6,0		
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4		
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	22,4	-		

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,2	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,7	- 0,5	+1,6
2. Einnahmen ¹	259,3	257,0	279,7	286,3	290,9	300,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,8	+2,3	+1,6	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	229,2	249,2	256,4	265,8	275,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+1,3	+8,7	+2,9	+3,7	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-26,5	-25,3	-19,1	-15,1
in % der Ausgaben	14,6	16,0	8,6	8,1	6,1	4,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	317,9	261,1	284,6	273,2	279,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	9,3	-0,0	-1,2	-1,2
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,2	259,7	255,7	265,6
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-26,1	-24,9	-18,7	-14,7
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,9	29,7	29,5	29,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-3,8	+24,0	- 16,9	+10,4	-0,6	- 0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Dezember 2011

 $^{^1\,\}mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$ ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 799	27 897	27 086	26 894	26 729
Aktivitätsbezüge	21 117	20 749	20749	19861	19614	19 387
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10868	10 339	10357	10 349
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038
Versorgung	7 079	7 050	7 147	7 2 2 6	7 280	7 342
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 6 6 5	4720	4740	4758
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 825	23 506	23 424	23 030
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 283	1 305	1 296	1 308
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 673	10574	10 435	10 085
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 869	11 627	11 693	11 637
Zinsausgaben	33 108	35 343	36 769	42 303	45 991	49 042
an andere Bereiche	33 108	35 343	36 769	42 303	45 991	49 042
Sonstige	33 108	35 343	36 769	42 303	45 991	49 042
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	36 727	42 261	45 949	49 000
an Ausland	8	0	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 625	188 789	188 751	191 577
an Verwaltungen	14114	15 094	17 700	19 178	20 081	20 237
Länder	8 579	9 3 5 4	11 956	13 342	14271	14 442
Gemeinden	17	18	11	10	10	9
Sondervermögen	5 5 1 8	5 721	5 732	5 825	5 800	5 786
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 926	169 611	168 670	171 340
Unternehmen	24212	25 056	25 106	25 362	25 513	25 853
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	27 161	25 271	23 748	23 569
an Sozialversicherung	120 831	114 657	113 678	112 275	112 903	115 379
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 673	1 656	1 664	1 663
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 3 0 5	5 045	4840	4875
an Sonstige	3	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	274 234	279 116	281 684	285 060	290 377

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 997	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	6014	6519	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	899	943	900	873
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 173	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14581	14706	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 092	5 006	4865	4716	4 620
Länder	5 142	5 031	4930	4772	4624	4 5 4 1
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 700	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6340	6 3 6 9	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 3 1 0	3 360	3 369	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136
Ausland	269	237	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 154	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4153	3 426	3 449	3 353
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	9 443	4 153	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2 368	2 271	2 081	1 960	1744
Ausland	1 587	1 675	1 881	1 344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4 3 4 5	4345	4345
Inland	13	1	1	1	1	1
Ausland	797	805	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	27 324	30 154	29 976	29 755
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26857	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 240	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 200	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 217	49 101	23 258	19 096	-	6 747
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 281	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2398	560	-	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 966	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4 032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6 8 2 0
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	743	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	155 207	154 268	229	397	-	153 642
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 379	33 263	49	113	-	33 101
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 693	1 195	128	251	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	2 533	6 115	6 083
I	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2 512	1 881	4 507	4506
3	Verteidigung	205	67	-	273	241
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	377
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 119	-	3 252	3 252
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	188	-	188	188
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen		583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	12
44	Städtebauförderung		649	-	649	649
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
5 52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-		-	-
533	Gasölverbilligung			_		_
		-		-	_	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	2	-	-	-	-

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 329	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7 012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 811	40 012	2 513	469	36 769	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	36 782	36 782	-	13	36 769	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 729	2 969	2 513	456	-	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	306 200	279 116	27 897	23 825	36 769	190 625

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4 0 7 2	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 997	15 173	4 154	27 324	26 857

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	wiid.e	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	wiid.e	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%							
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Steueraufkommen ³								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
degenstand der Nachweisung			Is	t-Ergebnisse				Soll	Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	279,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9	8,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 26,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 26,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	0.
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,4	13,
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	36,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	47,3	47,
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	- 3,8	24,0	- 16
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,6	31,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	249
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	1,3	8
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	81,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	89
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,1	42
Steueraufkommen ³ Nettokreditaufnahme	Mrd €	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 26
Anteil an den Bundesausgaben	Mrd.€	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a.d. investiven Ausgaben des									
Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	97
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	59,5	68,8	Х	111,2	37,1	54,5	175,9	82
öffentl. Gesamthaushalts ³									
nachrichtlich: Schuldenstand ³	N44 C	1 490 0	15454	1 552 4	1 577 0	16044	20115	2025	201
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2035	206
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1303	133

 $^{^{\}rm 1}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2011; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,1
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder ³							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,8	+2,0	+1,8	+1,7	+4,6	+7,3	+1,0
Einnahmen	-0,5	+4,6	+4,1	+8,5	+3,2	-5,1	+2,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9
Einnahmen	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-4,7	+0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	+1,1	+0,0	+2,1	+4,4	+3,2	+0,2
Einnahmen	+1,9	+1,6	+5,4	+9,2	+1,1	-6,2	+2,7
Gemeinden							
Ausgaben	+0,1	+2,0	+2,8	+2,6	+4,0	+6,1	+2,2
Einnahmen	+3,3	+3,3	+6,0	+6,0	+3,9	-3,2	+2,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^{\}rm 3}$ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inegeemt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen						
	! -		davon						
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €	in Mrd. € in %						
		Bundesrepubli	k Deutschland						
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3				
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6				
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8				
2011 ²	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7				
2012 ²	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1				
2013 ²	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8				
2014 ²	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0				
2015 ²	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3				

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vol Gesamtrec		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1981	22,8	39,1	22,9	38,3
1982	22,5	39,1	22,5	38,1
1983	22,5	38,7	22,6	37,9
1984	22,6	38,9	22,5	37,8
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1986	22,3	38,6	22,3	37,7
1987	22,5	39,0	22,5	38,0
1988	22,2	38,6	22,2	37,6
1989	22,7	38,8	22,8	37,9
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,3	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,1	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,7
1995	21,9	40,5	22,5	40,2
1996	21,8	41,0	21,8	40,0
1997	21,5	41,0	21,3	39,5
1998	22,1	41,3	21,7	39,6
1999	23,3	42,3	22,6	40,4
2000	23,5	42,1	22,8	40,3
2001	21,9	40,2	21,3	38,5
2002	21,5	39,9	20,7	38,0
2003	21,6	40,1	20,6	38,0
2004	21,1	39,2	20,2	37,2
2005	21,4	39,2	20,3	37,1
2006	22,2	39,5	21,1	38,1
2007	23,0	39,5	22,2	37,6
2008	23,1	39,7	22,7	38,1
2009	23,0	40,3	22,1	38,3
2010	22,2	39,1	21,4	37,3

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 $^{^2}$ Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

²⁰⁰⁷ bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995	48,2	27,7	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000	47,6	26,4	21,2
2000 ⁴	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,0	25,0	19,1
2009	48,1	27,0	21,1
2010 ⁴	47,9	27,4	20,4

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 6 2 6	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 709	1 582 466	1 649 046	1 767 74
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	-	_	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	;
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	;
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,5	74
			Schu	lden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	2070
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^{\}rm 2}\,\rm Kredit markt schulden$ im weiteren Sinne zzgl. Kassenkredite.

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	o. €	in % der S insge:		in%d	es BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 537				81,2
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,0
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,3
Kassenkredite		16 256		0,8		0,7
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,8
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,3
Kassenkredite		13 454		0,7		0,5
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,2
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,
Kassenkredite		2 802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,0
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,2
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,6
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17302		0,9		0,7
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500		0,7	0,7	0,6
Kassenkredite		2 802		0,1		0,
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,8
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,2
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,0
Kassenkredite		4930		0,2		0,2
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,2
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,0
Kassenkredite		4835		0,2		0,2
Extrahaushalte		75 788		3,8		3,
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3,
Kassenkredite		95		0,0		0,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der S		in%d	les BIP
Gemeinden			insge	Samu		
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,0
Wertpapierschulden und Kredite		84 363		4,2		3,4
Kassenkredite		39 206		1,9		1,6
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,7
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,1
Kassenkredite		38 927		1,9		1,6
Zweckverbände ³		1602		0,1		0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52		0,0		0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486		0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227		0,0		0,0
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Kernhaushalte		506		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24 606				
Maastricht-Schuldenstand	1 767 744	2 061 795			74,4	83,2
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $^{^{1}} Auf \, Grund \, method is cher \, \ddot{A}nderungen \, und \, Erweiterung \, des \, Berichtskreises \, nur \, eingeschränkt \, mit \, den \, Vorjahren \, vergleichbar.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

² Einschl. aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozialver}\mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha		Abgrenzung der Finanzstatistik			
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt ^s
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP in	1%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7
2000 ⁴	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0		-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9
2010 ⁴	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

 $^{2007\,}bis\,2010\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis;\,Stand:\,August\,2011.$

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

						in % de	s BIP					
Land	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,0	-1,4	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-1,3	-5,8	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	0,8	-1,8	-0,8
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,8	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8
Spanien	-	-	-	-7,2	-1,0	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,7	-7,3	-14,2	-31,3	-10,3	-8,6	-7,8
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,5	-2,0	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,9	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,7	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,6	-10,1	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,3	-2,5	-2,5	-1,0	-0,7	-0,7
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,2	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,7	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,5	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,3	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,2	0,9	0,7	0,9
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	3,6	-2,8	-3,7
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-5,0	-11,5	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8
EU	-	-	-	5,2	-0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,2	-8,7	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission, "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang,\ November\ 2011.$

 $F\ddot{u}r~die~Jahre~ab~2008:~EU-Kommission,~Herbstprognose,~November~2011.$

Stand: November 2011.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
Land	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	66,7	74,4	83,2	81,7	81,2	79,9
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,9	96,2	97,2	99,2	100,3
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,3	144,9	162,8	198,3	198,5
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,3	43,0	40,1	53,8	61,0	69,6	73,8	78,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,0	82,3	85,4	89,2	91,7
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,5	27,2	44,3	65,2	94,9	108,1	117,5	121,1
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	108,5	105,4	105,8	115,5	118,4	120,5	120,5	118,7
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	64,9	68,4	70,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	19,5	20,2	20,3
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,2	67,8	69,0	69,6	70,8	71,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	64,2	64,9	66,0
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	71,6	83,0	93,3	101,6	111,0	112,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,8	35,5	41,0	44,5	47,5	51,1
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	45,5	50,1	54,6
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,3	48,3	49,1	51,8	53,5
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,8	85,6	88,0	90,4	90,9
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	17,5	18,3	18,5
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	34,5	41,8	43,7	44,1	44,6	44,8
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	44,8	45,1	47,1
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	37,7	38,5	39,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,9	56,7	57,1	57,5
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	31,0	34,0	35,8	35,9
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,7	39,7	36,3	34,6	32,4
Tschechien	-	-	-	14,0	17,9	28,4	28,7	34,4	37,6	39,9	41,9	44,0
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	72,9	79,7	81,3	75,9	76,5	76,7
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,9	84,0	88,8	85,9
EU	-	-	-	69,7	61,9	62,8	62,5	74,7	80,3	82,5	84,9	84,9
Japan	48,4	69,4	63,9	86,2	135,4	175,3	174,1	194,1	197,6	206,2	210,0	215,7
USA	42,2	55,9	63,6	71,2	54,8	61,8	71,8	85,8	95,2	101,0	105,6	107,1

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Nov. 2011; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007 - EU-Kommission, Herbstprognose, Nov. 2011.

Stand: November 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lorent			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

				Gesamtausgaben des Staates in % des BIP								
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,4	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,5	45,0
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,9	48,3	49,9	53,7	52,8	52,3	53,1	53,0
Estland	-		41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,4	40,4	38,9
Finnland	46,5	48,1	61,4	48,3	49,9	47,1	48,9	55,2	54,9	54,3	54,4	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,7	56,6	56,6	57,1	56,9
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,1	50,3	49,5	49,4
Irland	53,2	42,8	41,4	31,2	33,8	36,6	42,8	48,9	66,8	45,7	43,9	42,9
Italien	49,8	52,9	52,5	45,8	47,9	47,7	48,6	51,7	50,4	49,7	49,2	48,6
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,5	43,2	44,6	44,9
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,7	44,0	43,3	42,9	42,4	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,3	49,9	50,0
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,5	51,5	51,4	51,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,3	44,7	49,9	51,3	49,1	47,2	45,4
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,1	51,0	50,5	50,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,0	42,3	41,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	46,8	45,1	44,8
Euroraum	-	-	50,6	46,1	47,3	46,0	47,1	51,2	50,9	49,4	49,2	48,8
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	38,1	37,0	36,1	35,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,9	58,3	58,3	58,0	58,5	56,7
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	35,9	39,1	44,2	44,4	41,4	40,4	38,5
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	38,2	37,1	37,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	45,2	44,8	44,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,9	38,8	38,4	37,9
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,8	52,6	51,2	51,4	51,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	38,9	38,5	37,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,6	43,7	43,7
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,5	48,8	48,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,9	47,9	51,5	50,6	49,8	48,6	47,2
EU-27	-	-	50,2	44,7	46,8	45,6	47,1	51,0	50,6	49,3	49,0	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	42,1	41,2	39,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	35,9	37,2	42,0	41,1	42,8	43,4	44,2

 $^{^{1}1985\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Stand: November 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Haus	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

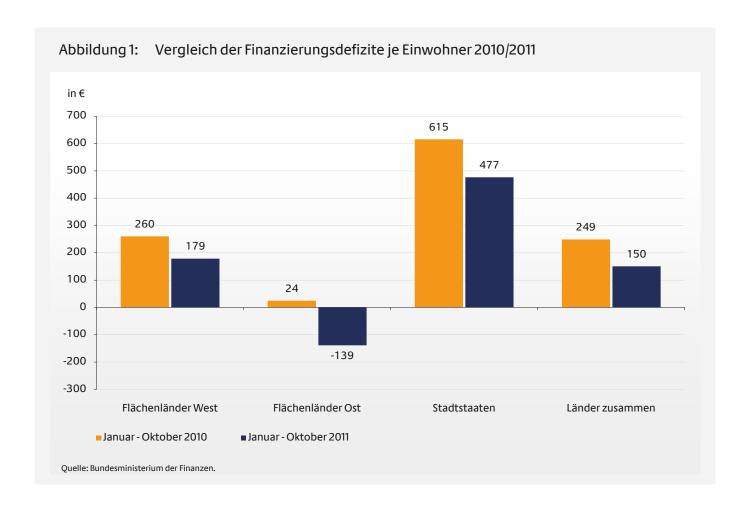
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtstaaten		Länder zu	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in N	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	188 825	160 030	49 619	43 048	31 812	28 087	264 476	226 528
darunter:								
Steuereinnahmen	144 848	122 193	25 619	23 001	19 557	16 791	190 024	161 98
Übrige Einnahmen	43 977	37 837	24 000	20 048	12 255	11 296	74 452	64 543
Bereinigte Ausgaben	205 125	171 289	51 641	41 267	37 218	30 907	288 203	238 820
darunter:								
Personalausgaben	81 570	68 260	12 385	10 229	10726	9 599	104 681	88 089
Lfd. Sachaufwand	13 503	10 555	3 771	2 954	7 833	7 092	25 106	20 60
Zinsausgaben	13 506	11 527	3 134	2 321	4069	3 275	20 709	17 12:
Sachinvestitionen	4078	2 910	1 708	1 189	820	600	6 606	4 698
Zahlungen an Verwaltungen	55 146	47 272	15 717	15 267	917	924	66 000	58 820
Übrige Ausgaben	37 322	30 766	14926	9 3 0 8	12854	9 418	65 101	49 49
Finanzierungssaldo	-16 300	-11 260	-2 021	1 781	-5 396	-2 820	-23 718	-12 29

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2011

						in Mio. €					
		(Oktober 2010		Sej	otember 201	1	Oktober 2011			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen' für das laufende Haushaltsjahr	200 042	210 185	396 746	192 906	208 836	387 857	214 035	226 528	424 668	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	195 282	198 433	393 716	189 153	197 219	386373	209 394	213 006	422 39	
111	Steuereinnahmen	175 754	150 914	326 668	174 895	149 105	324000	193 453	161 985	355 43	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 192	38 427	40 619	2 092	38 653	40 745	2 447	40 730	43 17	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 994	1 994	-	2 082	2 082	-	2 082	2 08	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4 759	11 751	16511	3 753	11 617	15 370	4 641	13 523	18 16	
121	Veräußerungserlöse	2 552	288	2 840	1 070	388	1 458	1 740	414	2 15	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 106	67	2 173	809	89	899	1 450	98	1 54	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	427	8 8 1 0	9 2 3 7	709	8 087	8 796	713	9 550	1026	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	254 887	230 524	471 930	227 425	216 694	430 233	250 645	238 826	473 57	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	235 809	207 310	443 118	211 296	195 529	406 825	231 983	215 349	447 33	
211	Personalausgaben	24 049	85 885	109 935	21 587	79 572	101 159	23 814	88 089	111 90	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6737	24 599	31 335	6 163	23 037	29 200	6 777	25 447	32 22	
212	Laufender Sachaufwand	15 042	20 047	35 089	13 536	18 559	32 095	15 334	20 601	35 93	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 042	13 246	20 289	6704	12 191	18 895	7 664	13 466	21 13	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	32 325	17 191	49 516	29 828	15 855	45 683	31 893	17 123	49 01	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11 611	45 421	57 032	11 927	45 800	57 728	13 184	49 613	62 79	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-320	- 320	-	477	477	-	535	53	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	14	42 769	42 783	8	42 183	42 191	10	45 688	45 69	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	19 078	23 215	42 293	16 128	21 165	37 293	18 662	23 478	42 14	
221	Sachinvestitionen	5 110	4 659	9 769	4238	4096	8 3 3 4	4864	4 698	9 5 6	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 816	8 847	12 664	3 099	8 463	11 563	3 951	9212	13 16	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	18 696	22 767	41 463	15 808	20 461	36 269	18 248	22 763	41 01	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2011

						in Mio. €					
		C	ktober 2010		Sep	tember 201	1	Oktober 2011			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 54 793 ²	-20 340	-75 133	-34 465 ²	-7 858	-42 323	-36 555 ²	-12 298	-48 85	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	253 690	70 198	323 887	223 578	65 582	289 159	246 405	69 335	315 74	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	214 269	64 294	278 563	197334	70 077	267 411	223 693	75 717	299 41	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	39 421	5 903	45 325	26 244	-4 496	21 749	22 712	-6382	1633	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	88 721	5 791	94511	-18 278	3 364 ³	-14913 ³	-3 784	3 490	- 29	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 682	15 682	-	17874	17874	-	15 708	15 70	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-86 134	-7 299	-93 433	18 278	-105 ³	18 173 ³	3 790	-1 044	274	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

 $^{^3} Aufgrund \, von \, Korrekturmeldungen \, veränderte \, Werte \, gg\"{u}. \, BMF-Ver\"{o}ffentlichung \, September \, 2011.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2011

						in Mio.	€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	29 071	34 894 ª	8 023	16 004	5 782	19 212	42 113	9 843	2 76
1	Einnahmen der laufenden Rechung	27 893	33 321	7 418	15 327	5 0 5 7	18 291	39 826	9 430	271
11	Steuereinnahmen	21 467	27 006	4 574	12 684	2881	13 892	32 748	7 2 1 8	194
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4780	3 289	2 379	1 714	1 894	2314	4 858	1 616	67
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	139	-	126	73	116	107	:
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	305	-	317	229	311	203	8
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 178	1 574 ª	605	677	725	921	2 288	412	į
21	Veräußerungserlöse	1	3	19	14	6	77	9	1	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	74	-	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	908	1 256	297	651	291	759	1 729	290	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	30 961	34 945 ^b	7 868	17 577	5 523	20 936	45 448	11 687	2 9
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	28 002	31 242 ^b	6 922	15 953	4732	19618	40 886	10 478	27
211	Personalausgaben	12 949	14821	1 922	6 447	1 357	7 966	² 17198 ²	4722	1.1
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4161	4336	144	2 103	85	2 5 2 6	5 874	1 448	4
12	Laufender Sachaufwand	1 449	2 454 ^c	463	1 341	340	1 357	2 602	808	1
121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1317	1 964 ^c	391	1 061	301	1123	1 937	678	1
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 717	957 ^d	557	1 281	287	1 772	3 710	893	4
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 588	9378	2 600	4 295	1810	5274	9 955	2 457	3
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 390	3 2 1 0	-	1 440	-	-	-	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	6 145	6 0 8 1	2 170	2 824	1 502	5 274	9 866	2 421	3
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 959	3 702	946	1 624	791	1 318	4 562	1 209	2
21	Sachinvestitionen	623	1 132	67	496	246	174	254	91	
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 336	1 403	395	732	293	373	2 303	456	
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 877	3 604	946	1 580	791	1317	4393	1 174	1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 890	- 50 ^e	155	-1 573	259	-1 724	-3 335	-1 844	- 212
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 138	2 694 ^f	2 472	5 078	920	6 496	17 955	7 3 3 4	583
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 940	2 886 ^f	3 811	4741	1 022	5884	18 422	7 242	799
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 802	- 192	-1 340	337	-102	612	- 467	92	-217
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	200	-	-	-	794	141	216
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 091	2 922	377	1 222	877	2 765	1 061	2	513
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 33	-	- 818	- 15	294	1 591	- 986	- 141	82

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

² Ohne November-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 283,1 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 283,1 Mio. €, e -264,9 Mio. €, f100,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 166	7 759	6 999	7 319	16 756	3 116	8 260	226 528	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	11 796	7 177	6 651	6 756	15 921	3 041	7 939	213 006	
111	Steuereinnahmen	7 250	4 181	5 2 3 9	4114	8 617	1 787	6388	161 985	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 995	2 651	956	2 288	5 651	966	709	40 730	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	288	166	1	155	752	124	-	2 082	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	661	415	40	387	2 198	399	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2370	582	348	564	835	75	321	13 523	
121	Veräußerungserlöse	2	4	4	12	154	2	102	414	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	14	1	0	98	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 828	293	239	312	410	67	187	9 550	
	Bereinigte Ausgaben ¹									
2	für das laufende Haushaltsjahr	12 268	7 972	7 630	7 636	18 093	3 619	9 239	238 820	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	10556	7 187	7 005	6 795	17 088	3319	8 346	215 349	
211	Personalausgaben	3 056	1 974	2 960	1 921	5 657	1 158	2 784	88 089	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	162	139	1 031	120	1 476	382	997	25 44	
212	Laufender Sachaufwand	753	809	392	589	4112	600	2 3 7 9	20 60	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	546	300	334	317	1 905	278	877	13 46	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	277	642	775	559	2 078	435	762	17 12:	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4225	2 309	1 884	2 549	248	105	130	49 613	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	44	53!	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 171	1 880	1 806	2 191	6	5	10	45 68	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1712	785	625	841	1 006	299	894	23 47	
221	Sachinvestitionen	543	137	129	197	236	52	312	4 69	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	514	308	308	263	105	105	275	921	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 713	785	624	841	952	298	674	22 76	

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2011

					in Mio.	.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 898	- 213	- 631	- 317	-1 338	- 503	- 980	-12 298
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-2 464	3 702	3 019	2 002	8 934	7 091	-1 617	69 335
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 106	3 005	3 018	1 823	7 657	7 3 6 3	-	75 717
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 569	697	1	179	1 277	- 272	-1 617	-6 382
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 209	-	268	12	252	398	3 490
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 923	53	-	-	407	385	2 112	15 708
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 299	- 455	288	-3	- 186	637	-1 044

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne November-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 283,1 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 283,1 Mio. €, e -264,9 Mio. €, f 100,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	1,9	3,3	2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	0,3	1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	2,5	2,5	2,7	22,5
1995	37,8	0,4	50,2	3,2	7,9	1,7	1,3	2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	0,8	0,9	2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	1,7	1,9	2,3	21,0
1998	38,1	1,1	50,9	3,7	8,9	1,9	0,7	1,1	21,1
1999	38,7	1,5	51,2	3,4	8,1	1,9	0,4	0,9	21,3
2000	39,4	1,7	51,6	3,1	7,4	3,1	1,3	2,7	21,5
2001	39,5	0,3	51,7	3,2	7,5	1,5	1,2	2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	0,0	0,6	1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	0,5	0,9	17,8
2004	39,0	0,3	52,2	4,2	9,7	1,2	0,9	0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	0,7	0,8	1,2	17,3
2006	39,2	0,6	52,6	4,2	9,8	3,7	3,1	3,6	18,1
2007	39,9	1,7	52,7	3,6	8,3	3,3	1,5	1,7	18,4
2008	40,3	1,2	52,9	3,1	7,2	1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	0,5	53,1	2,9	6,8	3,7	3,2	1,4	17,5
2005/00	39,2	-0,2	51,9	3,8	8,8	0,6	0,8	1,4	18,7
2010/05	39,9	0,8	52,9	3,6	8,3	1,3	0,5	0,8	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²		
Jahr			\	Veränderung in % p.a.					
1991									
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8		
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1		
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5		
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4		
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4		
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0		
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4		
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6		
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5		
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3		
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5		
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9		
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4		
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9		
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4		
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0		
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3		
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0		
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5		
2005/00	+1,7	+1,1	+0,3	+1,0	+1,5	+1,5	+0,1		
2010/05	+2,2	+0,9	-0,2	+1,0	+1,2	+1,6	+0,6		

 $^{^{1} \}hbox{Einschl.\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.}$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	0,4	0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	9,1	8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	7,8	6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	6,0	4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	12,7	11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	6,9	6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	16,2	18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	7,0	1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	0,9	2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	10,3	7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	8,6	9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	14,6	14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	8,8	5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	3,8	6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	16,5	16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2005/00	6,1	3,5	75,8	44,0	36,6	33,1	3,5	2,0
2010/05	4,8	5,0	137,4	146,4	45,1	39,4	5,8	6,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	Ve	eränderung in % p.a		in	%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991			•	70,8	70,8		•	
1992	6,7	2,6	8,4	71,9	72,1	10,2	4,0	
1993	1,4	-0,8	2,3	72,5	72,9	4,3	0,9	
1994	4,1	8,2	2,5	71,4	72,0	1,9	-2,3	
1995	3,9	4,9	3,5	71,1	71,8	2,9	-0,9	
1996	1,5	3,1	0,8	70,7	71,5	1,2	0,4	
1997	1,5	4,2	0,3	69,9	70,8	0,0	-2,5	
1998	1,8	1,3	2,0	70,0	71,0	0,8	0,4	
1999	1,0	-2,4	2,5	71,1	72,0	1,3	1,3	
2000	2,2	-1,5	3,7	72,1	72,9	1,3	1,7	
2001	2,3	3,6	1,9	71,8	72,6	2,0	1,3	
2002	0,9	1,7	0,6	71,6	72,5	1,4	0,1	
2003	1,1	3,2	0,2	71,0	72,1	1,1	-1,3	
2004	4,9	16,0	0,3	67,9	69,2	0,5	0,9	
2005	1,6	6,4	-0,7	66,4	68,0	0,3	-1,4	
2006	5,5	13,3	1,6	63,9	65,5	0,8	-1,2	
2007	3,8	5,8	2,7	63,2	64,7	1,5	-0,4	
2008	0,9	-3,7	3,6	64,9	66,3	2,2	-0,4	
2009	-4,6	-13,5	0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5	
2010	5,1	10,5	2,5	66,5	68,0	2,2	1,6	
2005/00	2,1	6,0	0,5	70,1	71,2	1,1	-0,1	
2010/05	2,1	2,0	2,1	65,5	67,0	1,3	-0,2	

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 20. Oktober 2011

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_17844/DE/BMF__Startseite/Publikationen/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)		.	in Mrd. € (nominal)
2010	2 528,2	2 476,8	-51,4	0,248	-12,8
2011	2 590,4	2 571,9	-18,5	0,160	-3,0
2012	2 667,2	2 634,0	-33,3	0,160	-5,3
2013	2 737,3	2 709,8	-27,5	0,160	-4,4
2014	2 807,0	2 787,9	-19,1	0,160	-3,1
2015	2 877,7	2 868,2	-9,5	0,160	-1,5
2016	2 950,8	2 950,8	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 beziehungsweise dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbo	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1982	1 443,7	+2,2	949,6	+6,9	-26,1	-1,8	-17,2	-1,8	
1983	1 474,7	+2,1	997,2	+5,0	-34,8	-2,4	-23,5	-2,4	
1984	1 505,9	+2,1	1 038,5	+4,2	-25,4	-1,7	-17,5	-1,7	
1985	1 535,1	+1,9	1 081,2	+4,1	-20,1	-1,3	-14,2	-1,3	
1986	1 566,8	+2,1	1 136,5	+5,1	-17,1	-1,1	-12,4	-1,1	
1987	1 600,0	+2,1	1 175,5	+3,4	-28,6	-1,8	-21,0	-1,8	
1988	1 638,9	+2,4	1 224,4	+4,2	-9,2	-0,6	-6,9	-0,6	
1989	1 684,5	+2,8	1 294,8	+5,7	8,6	0,5	6,6	0,5	
1990	1 742,7	+3,5	1 385,0	+7,0	39,4	2,3	31,3	2,3	
1991	1 796,6	+3,1	1 471,9	+6,3	76,6	4,3	62,7	4,3	
1992	1 846,1	+2,8	1 594,1	+8,3	62,8	3,4	54,3	3,4	
1993	1 890,3	+2,4	1 697,3	+6,5	-0,4	0,0	-0,4	0,0	
1994	1 927,4	+2,0	1 773,7	+4,5	9,2	0,5	8,5	0,5	
1995	1 962,7	+1,8	1 842,6	+3,9	6,3	0,3	5,9	0,3	
1996	1 996,7	+1,7	1 886,4	+2,4	-12,1	-0,6	-11,4	-0,6	
1997	2 029,0	+1,6	1 922,0	+1,9	-9,9	-0,5	-9,4	-0,5	
1998	2 061,0	+1,6	1 963,8	+2,2	-4,3	-0,2	-4,1	-0,2	
1999	2 093,5	+1,6	1 998,7	+1,8	1,6	0,1	1,5	0,1	
2000	2 126,2	+1,6	2 016,2	+0,9	33,1	1,6	31,3	1,6	
2001	2 158,8	+1,5	2 070,2	+2,7	33,1	1,5	31,7	1,5	
2002	2 190,3	+1,5	2 130,4	+2,9	1,9	0,1	1,8	0,1	
2003	2 219,4	+1,3	2 182,4	+2,4	-35,5	-1,6	-34,9	-1,6	
2004	2 247,1	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7	
2005	2 273,3	+1,2	2 273,3	+1,8	-48,9	-2,2	-48,9	-2,2	
2006	2 301,3	+1,2	2 308,5	+1,5	5,4	0,2	5,4	0,2	
2007	2 331,9	+1,3	2 377,3	+3,0	50,2	2,2	51,2	2,2	
2008	2 362,2	+1,3	2 426,8	+2,1	45,8	1,9	47,0	1,9	
2009	2 386,7	+1,0	2 480,8	+2,2	-102,3	-4,3	-106,3	-4,3	
2010	2 418,0	+1,3	2 528,2	+1,9	-49,2	-2,0	-51,4	-2,0	
2011	2 455,1	+1,5	2 590,4	+2,5	-17,6	-0,7	-18,5	-0,7	
2012	2 492,7	+1,5	2 667,2	+3,0	-31,1	-1,2	-33,3	-1,2	
2013	2 527,6	+1,4	2 737,3	+2,6	-25,4	-1,0	-27,5	-1,0	
2014	2 560,9	+1,3	2 807,0	+2,5	-17,5	-0,7	-19,1	-0,7	
2015	2 594,0	+1,3	2 877,7	+2,5	-8,6	-0,3	-9,5	-0,3	
2016	2 628,0	+1,3	2 950,8	+2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,2	1,1	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,0	0,9
1984	+2,1	1,3	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,7	0,8	0,9
1991	+3,1	1,7	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,3	0,6	0,1	0,5
2009	+1,0	0,5	0,0	0,4
2010	+1,3	0,6	0,3	0,4
2011	+1,5	0,6	0,5	0,4
2012	+1,5	0,7	0,5	0,4
2013	+1,4	0,7	0,2	0,5
2014	+1,3	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2016	+1,3	0,9	-0,1	0,5

 $^{^1} Abweichungen des ausgewiesenen Potenzial wachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt. \\$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 368,8	+3,7	2 476,8	+4,3
2011	2 437,6	+2,9	2 571,9	+3,8
2012	2 461,6	+1,0	2 634,0	+2,4
2013	2 502,2	+1,6	2 709,8	+2,9
2014	2 543,4	+1,6	2 787,9	+2,9
2015	2 585,4	+1,6	2 868,2	+2,9
2016	2 628,0	+1,6	2 950,8	+2,9

 $^{^{1}} Verkettete\ Volumenangaben,\ berechnet\ auf\ Basis\ der\ vom\ Statistischen\ Bundesamt\ ver\"{o}ffentlichten\ Indexwerte\ (2005=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah	
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8	
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9	
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9	
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4	
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34 845	+1,9	
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4	
1988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4	
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36507	+1,9	
1990	54518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2	
1991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8	
1992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4	
1993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3	
1994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,1	
1995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4	
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,1	
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,1	
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,1	
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5	
2000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,7	
2001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3	
2002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6	
2003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9	
2004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3	
2005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,1	
2006	54 746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6	
2007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,7	
2008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2	
2009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0	
2010	53 861	-0,3	80,8	80,8	40 553	+0,5	
2011	53 832	-0,1	81,0	81,1	41 078	+1,3	
2012	53 750	-0,2	81,3	81,3	41 278	+0,5	
2013	53 603	-0,3	81,5	81,4	41 278	-0,0	
2014	53 391	-0,4	81,8	81,7	41 278	-0,0	
2015	53 128	-0,5	82,1	82,0	41 278	-0,0	
2016	52 838	-0,5	82,5	82,4	41 278	-0,0	
2017	52 521	-0,6	82,9	82,9			
2018	52 185	-0,6	83,3	83,4			
2019	51 834	-0,7	83,7	83,8			

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden			Erwerbslose	, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	v. prognostiziert	Arbeitnehr	mer, Inland	in % der Erwerbsperson	NAIRU ³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	en ²	TWINO
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,6
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,2
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,1
1992	1 556	-0,7	1 5 6 4	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,1
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,2
1994	1 537	-0,6	1 5 4 5	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,4
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 412	-0,4	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,8
2009	1 408	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,4
2010	1 406	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,9
2011	1 405	-0,1	1 408	+0,0	36 524	+1,3	5,9	6,3
2012	1 405	-0,0	1 407	-0,1	36 673	+0,4	5,5	5,8
2013	1 404	-0,0	1 406	-0,1	36 673	-0,0	5,4	5,5
2014	1 404	-0,0	1 405	-0,1	36 673	-0,0	5,4	5,4
2015	1 403	-0,0	1 404	-0,1	36 673	-0,0	5,3	5,3
2016	1 403	-0,1	1 403	-0,1	36 673	-0,0	5,2	5,3
2017	1 402	-0,1	1 402	-0,1				
2018	1 401	-0,1	1 401	-0,1				
2019	1 400	-0,1	1 400	-0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinier te \ Bev\"{o}lkerungsvor aus berechnung des \ Statistischen \ Bundesamts; \ Variante \ 1-W1.$

² Erwerbslosenquote nach Definition der International Labour Organization (ILO).

³ NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5 , 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 241,2	+1,1	445,0	+7,5	2,6
2012	12 383,5	+1,2	456,8	+2,7	2,6
2013	12 547,8	+1,3	467,7	+2,4	2,4
2014	12 719,7	+1,4	478,9	+2,4	2,4
2015	12 898,7	+1,4	490,3	+2,4	2,4
2016	13 084,8	+1,4	502,0	+2,4	2,4

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,4314	-7,4190
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3816
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3371
1989	-7,3180	-7,3203
1990	-7,2866	-7,3031
1991	-7,2573	-7,2860
1992	-7,2459	-7,2701
1993	-7,2510	-7,2559
1994	-7,2351	-7,2431
1995	-7,2238	-7,2318
1996	-7,2171	-7,2214
1997	-7,2052	-7,2117
1998	-7,2001	-7,2023
1999	-7,1966	-7,1929
2000	-7,1770	-7,1830
2001	-7,1639	-7,1732
2002	-7,1615	-7,1640
2003	-7,1628	-7,1556
2004	-7,1585	-7,1477
2005	-7,1532	-7,1401
2006	-7,1223	-7,1325
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1082	-7,1191
2009	-7,1474	-7,1136
2010	-7,1296	-7,1076
2011	-7,1133	-7,1013
2012	-7,1103	-7,0946
2013	-7,0979	-7,0872
2014	-7,0857	-7,0793
2015	-7,0737	-7,0708
2016	-7,0619	-7,0620

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5
2011	105,5	+0,9	108,6	+2,2	1318,2	+4,5
2012	107,0	+1,4	110,6	+1,8	1 353,1	+2,6
2013	108,3	+1,2	112,4	+1,6	1 386,2	+2,5
2014	109,6	+1,2	114,2	+1,6	1 420,4	+2,5
2015	110,9	+1,2	116,1	+1,6	1 455,3	+2,5
2016	112,3	+1,2	118,0	+1,6	1 491,2	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land		jährliche Veränderungen in %												
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5			
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5			
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0			
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,2	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7			
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4			
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4			
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3			
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,9	-1,2	-5,1	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7			
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8			
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3			
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,4	-2,7	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0			
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3			
Österreich	+2,5	+4,2	+2,8	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9			
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,5	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1			
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,9	-4,9	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9			
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5			
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+1,0	-8,2	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7			
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,2	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3			
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0			
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-1,1	-5,2	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7			
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0			
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8			
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8			
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4			
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,2	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1			
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7			
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4			
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5			
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,2	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5			
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	-1,2	-6,3	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0			
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3			

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,5	+1,3	+1,6
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung												
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	7,5	7,8	7,1	6,1	5,9	5,8		
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,6	7,7	7,9		
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,2	10,1		
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	16,6	18,4	18,4		
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	20,9	20,9	20,3		
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,8	10,0	10,1		
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6		
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,7	7,8	8,4	8,1	8,2	8,2		
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,2	7,5	7,1		
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,5	4,8	4,7		
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,7	6,8	6,6		
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,5	4,7	4,8		
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2		
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,6	13,6	13,7		
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,2	13,2	12,3		
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,4	8,2		
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	7,4		
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,2	7,6	9,6	10,1	10,0	10,1	10,0		
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	12,2	12,1	11,3		
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,3	6,0	7,4	7,4	7,3	7,1		
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	15,0	13,5		
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,1	13,3	11,6		
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,3	9,2	8,6		
Rumänien	-	-	6,0	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	8,2	7,8	7,4		
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,4	7,4	7,3		
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,8	7,0	6,7		
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	11,2	11,0	11,3		
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	7,9	8,6	8,5		
EU	9,4	7,2	10,3	8,7	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	9,8	9,6		
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7		
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	9,0	8,8		

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

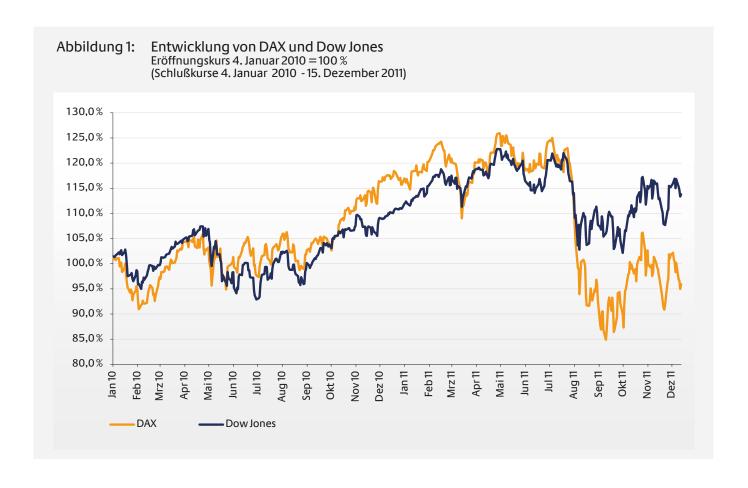
	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 1	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+4,6	+4,4	+11,2	+7,2	+10,3	+8,7	2,5	3,8	4,6	2,9
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,3	+4,1	+11,7	+6,9	+8,9	+7,3	4,1	4,8	5,5	3,5
Ukraine	-14,5	+4,2	+4,7	+4,8	+15,9	+9,4	+9,3	+9,1	-1,5	-2,1	-3,9	-5,3
Asien	+7,2	+9,5	+8,2	+8,0	+3,1	+5,7	+7,0	+5,1	3,7	3,3	3,3	3,4
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,5	+9,0	-0,7	+3,3	+5,5	+3,3	5,2	5,2	5,2	5,6
Indien	+6,8	+10,1	+7,8	+7,5	+10,9	+12,0	+10,6	+8,6	-2,8	-2,6	-2,2	-2,2
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,4	+6,3	+4,8	+5,1	+5,7	+6,5	2,5	0,8	0,2	-0,4
Korea	+0,3	+6,2	+3,9	+4,4	+2,8	+3,0	+4,5	+3,5	3,9	2,8	1,5	1,4
Thailand	-2,4	+7,8	+3,5	+4,8	-0,8	+3,3	+4,0	+4,1	8,3	4,6	4,8	2,5
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,5	+4,0	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,7
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+8,0	+4,6	+6,3	+10,5	+11,5	+11,8	2,1	0,8	-0,3	-0,9
Brasilien	-0,6	+7,5	+3,8	+3,6	+4,9	+5,0	+6,6	+5,2	-1,5	-2,3	-2,3	-2,5
Chile	-1,7	+5,2	+6,5	+4,7	+1,7	+1,5	+3,1	+3,1	1,6	1,9	0,1	-1,5
Mexiko	-6,2	+5,4	+3,8	+3,6	+5,3	+4,2	+3,4	+3,1	-0,7	-0,5	-1,0	-0,9
Sonstige												
Türkei	-4,8	+8,9	+6,6	+2,2	+6,3	+8,6	+6,0	+6,9	-2,3	-6,6	-10,3	-7,
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,4	+3,6	+7,1	+4,3	+5,9	+5,0	-4,1	-2,8	-2,8	-3,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook September 2011.

	and the second s
Tabelle 17·	Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.12.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	11 823	11 578	+2,1	9 686	12 811
Eurostoxx 50	2 206	2 793	-21,0	1 995	3 068
Dax	5 675	6914	-17,9	5 072	7 528
CAC 40	2 976	3 805	-21,8	2 782	4 157
Nikkei	8 519	10 229	-16,7	8 160	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.12.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	1,91	3,32	-	1,73	4,03
Deutschland	2,02	2,95	+0,1	1,68	3,49
Japan	1,00	1,13	-0,9	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	2,16	3,45	+0,3	2,10	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.12.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,30	1,34	-2,8	1,19	1,49
Yen/Dollar	78,10	81,52	-4,2	73,47	94,65
Yen/Euro	101,44	108,65	-6,6	101,08	134,23
Pfund/Euro	0,84	0,86	-2,5	0,81	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8	7,1	6,1	5,9	5,8
OECD	+3,6	+3,0	+0,6	+1,9	+1,2	+2,4	+1,6	+1,5	6,8	5,9	5,7	5,5
IWF	+3,6	+2,7	+1,3	-	+1,2	+2,2	+1,3	-	7,1	6,0	6,2	-
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2	9,6	9,0	9,0	8,8
OECD	+3,0	+1,7	+2,0	+2,5	+1,6	+3,2	+2,4	+1,4	9,6	9,0	8,9	8,6
IWF	+3,0	+1,5	+1,8	-	+1,6	+3,0	+1,2	-	9,6	9,1	9,0	-
Japan												
EU-KOM	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,1	-0,3	+2,0	+1,6	-0,7	-0,3	-0,6	-0,3	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,0	-0,5	+2,3	-	-0,7	-0,4	-0,5	-	5,1	4,9	4,8	-
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4	9,8	9,8	10,0	10,1
OECD	+1,4	+1,6	+0,3	+1,4	+1,7	+2,1	+1,4	+1,1	9,4	9,2	9,7	9,8
IWF	+1,4	+1,7	+1,4	-	+1,7	+2,1	+1,4	-	9,8	9,5	9,2	-
Italien												
EU-KOM	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9	8,4	8,1	8,2	8,2
OECD	+1,5	+0,7	-0,5	+0,5	+1,6	+2,7	+1,7	+1,1	8,4	8,1	8,3	8,6
IWF	+1,3	+0,6	+0,3	-	+1,6	+2,6	+1,6	-	8,4	8,2	8,5	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0	7,8	7,9	8,6	8,5
OECD	+1,8	+0,9	+0,5	+1,8	+3,3	+4,5	+2,7	+1,3	7,9	8,1	8,8	9,1
IWF	+1,4	+1,1	+1,6	-	+3,3	+4,5	+2,4	-	7,9	7,8	7,8	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,2	+1,9	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+1,4	8,0	7,4	7,3	7,2
IWF	+3,2	+2,1	+1,9	-	+1,8	+2,9	+2,1	-	8,0	7,6	7,7	-
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6	10,1	10,0	10,1	10,0
OECD	+1,8	+1,6	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,6	+1,2	9,9	9,9	10,3	10,3
IWF	+1,8	+1,6	+1,1	-	+1,6	+2,5	+1,5	-	10,1	9,9	9,9	-
EZB	+1,8	+1,6	+0,3	+1,3	+1,6	+2,7	+2,0	+1,5	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8	9,7	9,7	9,8	9,6
IWF	+1,8	+1,7	+1,4		+2,0	+3,0	+1,8		_	-	_	_

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Dezember 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9	8,3	7,6	7,7	7,9
OECD	+2,3	+2,0	+0,5	+1,6	+2,3	+3,4	+2,3	+1,7	8,3	7,0	7,3	7,6
IWF	+2,1	+2,4	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,0	-	8,4	7,9	8,1	-
Estland												
EU-KOM	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8	16,9	12,5	11,2	10,1
OECD	+2,3	+8,0	+3,2	+4,4	+2,7	+5,1	+3,2	+3,2	16,8	12,3	10,8	10,0
IWF	+3,1	+6,5	+4,0	-	+2,9	+5,1	+3,5	-	16,9	13,5	11,5	-
Finnland												
EU-KOM	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,8	7,7	7,4
OECD	+3,6	+3,0	+1,4	+2,0	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,9	8,0	7,7
IWF	+3,6	+3,5	+2,2	-	+1,7	+3,1	+2,0	-	8,4	7,8	7,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8	12,6	16,6	18,4	18,4
OECD	-3,5	-6,1	-3,0	+0,5	+4,7	+3,0	+1,1	+0,2	12,5	16,6	18,5	18,7
IWF	-4,4	-5,0	-2,0	-	+4,7	+2,9	+1,0	-	12,5	16,5	18,5	-
Irland												
EU-KOM	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+1,2	+1,0	+2,4	-1,6	+1,1	+0,8	+0,9	13,5	14,1	14,1	13,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	-	-1,6	+1,1	+0,6	-	13,6	14,3	13,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5	4,6	4,5	4,8	4,7
OECD	+2,7	+2,0	+0,4	+2,2	+2,8	+3,5	+1,6	+2,3	6,0	6,0	6,3	6,0
IWF	+3,5	+3,6	+2,7	-	+2,3	+3,6	+1,4	-	6,2	5,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3	6,9	6,7	6,8	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,1	+2,4	+2,2	-	+2,0	+2,6	+2,3	-	6,9	6,3	6,2	-
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3	4,5	4,5	4,7	4,8
OECD	+1,6	+1,4	+0,3	+1,5	+0,9	+2,5	+2,2	+1,8	4,4	4,3	4,5	4,2
IWF	+1,6	+1,6	+1,3	-	+0,9	+2,5	+2,0	-	4,5	4,2	4,2	-
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1	4,4	4,2	4,5	4,2
OECD	+2,4	+3,2	+0,6	+1,8	+1,7	+3,5	+1,9	+1,7	4,4	4,2	4,4	4,4
IWF	+2,1	+3,3	+1,6	-	+1,7	+3,2	+2,2	-	4,4	4,1	4,1	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5	12,0	12,6	13,6	13,7
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	+0,5	+1,4	+3,5	+2,6	+1,1	10,8	12,5	13,8	14,2
IWF	+1,3	-2,2	-1,8	-	+1,4	+3,4	+2,1	-	12,0	12,2	13,4	-
Slowakei												
EU-KOM	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1	14,4	13,2	13,2	12,3
OECD	+4,2	+3,0	+1,8	+3,6	+0,7	+4,1	+2,9	+2,8	14,4	13,4	13,2	12,3
IWF	+4,0	+3,3	+3,3	-	+0,7	+3,6	+1,8	-	14,4	13,4	12,3	-
Slowenien												
EU-KOM	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2	7,3	8,2	8,4	8,2
OECD	+1,4	+1,0	+0,3	+1,8	+2,1	+1,8	+1,3	+1,7	-	-	-	-
IWF	+1,2	+1,9	+2,0	-	+1,8	+1,8	+2,1	-	7,3	8,2	8,0	-
Spanien												
EU-KOM	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3	20,1	20,9	20,9	20,3
OECD	-0,1	+0,7	+0,3	+1,3	+2,0	+3,0	+1,4	+0,9	20,1	21,5	22,9	22,7
IWF	-0,1	+0,8	+1,1	-	+2,0	+2,9	+1,5	-	20,1	20,7	19,7	-
Zypern												
EU-KOM	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3	6,2	7,2	7,5	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,0	+0,0	+1,0	-	+2,6	+4,0	+2,4	-	6,4	7,4	7,2	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0	10,2	12,2	12,1	11,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,2	+2,5	+3,0	-	+3,0	+3,8	+2,9	-	10,3	10,2	9,5	-
Dänemark												
EU-KOM	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8	7,4	7,4	7,3	7,1
OECD	+1,7	+1,1	+0,7	+1,4	+2,3	+2,7	+1,8	+1,8	7,2	7,2	7,2	7,0
IWF	+1,7	+1,5	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,4	-	4,2	4,5	4,4	-
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0	18,7	16,1	15,0	13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+4,0	+3,0	-	-1,2	+4,2	+2,3	-	19,0	16,1	14,5	-
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8	17,8	15,1	13,3	11,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,3	+6,0	+3,4	-	+1,2	+4,2	+2,6	-	17,8	15,5	14,0	-
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9	9,6	9,3	9,2	8,6
OECD	+3,8	+4,2	+2,5	+2,5	+2,6	+4,0	+2,5	+2,5	9,6	9,6	9,9	10,2
IWF	+3,8	+3,8	+3,0	-	+2,6	+4,0	+2,8	-	9,6	9,4	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4	7,3	8,2	7,8	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,3	+1,5	+3,5	-	+6,1	+6,4	+4,3	-	7,6	5,0	4,8	-
Schweden												
EU-KOM	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1	+1,9	+1,5	+1,3	+1,4	8,4	7,4	7,4	7,3
OECD	+5,4	+4,1	+1,3	+2,3	+1,2	+2,9	+1,1	+1,4	8,4	7,5	7,5	7,0
IWF	+5,7	+4,4	+3,8		+1,9	+3,0	+2,5		8,4	7,4	6,6	
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6	7,3	6,8	7,0	6,7
OECD	+2,7	+2,1	+1,6	+3,0	+1,5	+1,7	+3,1	+2,0	7,3	6,9	6,7	6,4
IWF	+2,3	+2,0	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	-	7,3	6,7	6,6	-
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1	11,2	11,2	11,0	11,3
OECD	+1,3	+1,5	-0,6	+1,1	+4,9	+3,9	+4,9	+2,9	11,2	11,0	11,9	11,8
IWF	+1,2	+1,8	+1,7	-	+4,9	+3,7	+3,0	-	11,2	11,3	11,0	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler \ Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	83,2	81,7	81,2	79,9	5,8	5,1	4,4	4,2
OECD	-4,3	-1,2	-1,1	-0,6	83,4	83,2	83,7	82,8	5,6	4,9	4,9	5,3
IWF	-3,3	-1,7	-1,1	-	84,0	82,6	81,9	-	5,7	5,0	4,9	-
USA												
EU-KOM	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	95,2	101,0	105,6	107,1	-3,3	-3,3	-3,1	-3,5
OECD	-10,7	-10,0	-9,3	-8,3	94,2	97,6	103,6	108,5	-3,2	-3,0	-2,9	-3,2
IWF	-10,3	-9,6	-7,9	-	94,4	100,0	105,0	-	-3,2	-3,1	-2,1	-
Japan												
EU-KOM	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	197,6	206,2	210,0	215,7	3,5	2,9	2,9	2,8
OECD	-7,8	-8,9	-8,9	-9,5	200,0	211,7	219,1	226,8	3,6	2,2	2,2	2,4
IWF	-9,2	-10,3	-9,1	-	220,0	233,1	238,4	-	3,6	2,5	2,8	-
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	82,3	85,4	89,2	91,7	-2,2	-3,2	-3,3	-3,0
OECD	-7,1	-5,7	-4,5	-3,0	82,4	85,8	89,6	91,3	-1,8	-2,3	-2,2	-2,2
IWF	-7,1	-5,9	-4,6	-	82,3	86,8	89,4	-	-1,7	-2,7	-2,5	-
Italien												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	118,4	120,5	120,5	118,7	-3,5	-3,6	-3,0	-2,3
OECD	-4,5	-3,6	-1,6	-0,1	118,4	120,0	120,4	118,9	-3,5	-3,6	-2,6	-1,8
IWF	-4,5	-4,0	-2,4	-	119,0	121,1	121,4	-	-3,3	-3,5	-3,0	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	79,9	84,0	88,8	85,9	-2,5	-2,5	-0,9	-0,2
OECD	-10,4	-9,4	-8,7	-7,3	79,9	87,6	94,9	100,0	-2,5	-0,6	0,1	0,3
IWF	-10,2	-8,5	-7,0	-	75,5	80,8	84,8	-	-3,2	-2,7	-2,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,6	-5,0	-4,1	-3,0	85,1	87,8	92,8	96,6	-3,1	-2,8	-2,9	-2,9
IWF	-5,6	-4,3	-3,2	-	84,0	84,1	84,2	-	-3,1	-3,3	-3,8	-
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	85,6	88,0	90,4	90,9	0,1	-0,1	0,0	0,2
OECD	-6,3	-4,0	-2,9	-1,9	85,7	88,3	90,6	91,0	0,2	0,1	0,6	1,0
IWF	-6,0	-4,1	-3,1	-	85,8	88,6	90,0	-	-0,4	0,1	0,4	-
EU-27												
EU-KOM	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	80,3	82,5	84,9	84,9	-0,2	0,1	0,6	1,0
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,1	-0,2	0,0	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, November 2011 & Statistischer Anhang, Nevember 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten nur für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien, nur im Länderteil).

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	96,2	97,2	99,2	100,3	3,2	2,4	2,1	2,4
OECD	-4,2	-3,5	-3,2	-2,2	96,2	96,3	97,4	97,0	1,5	-0,5	-0,3	-0,2
IWF	-4,1	-3,5	-3,4	-	-	-	-	-	1,0	0,6	0,9	-
Estland												
EU-KOM	0,2	0,8	-1,8	-0,8	6,7	5,8	6,0	6,1	3,8	3,1	1,5	0,7
OECD	0,3	0,1	-1,9	0,0	6,7	6,5	7,3	7,2	3,6	3,5	2,6	1,5
IWF	0,2	-0,1	-2,3	-	6,6	6,0	5,6	-	3,6	2,4	2,3	-
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-1,0	-0,7	-1,0	48,3	49,1	51,8	53,5	2,8	-0,1	0,0	0,1
OECD	-2,8	-2,0	-1,4	-1,1	48,3	51,9	56,2	59,2	1,8	0,4	1,2	1,7
IWF	-2,8	-1,0	0,3	-	-	-	-	-	3,1	2,5	2,5	-
Griechenland												
EU-KOM	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	144,9	162,8	198,3	198,5	-12,3	-9,9	-7,9	-6,9
OECD	-10,8	-9,0	-7,0	-5,3	144,9	160,9	177,1	179,7	-10,1	-8,6	-6,3	-5,4
IWF	-10,4	-8,0	-6,9	-	-	-	-	-	-10,5	-8,4	-6,7	
Irland												
EU-KOM	-31,2	-10,3	-8,6	-7,8	94,9	108,1	117,5	121,1	0,5	0,7	1,5	1,8
OECD	-31,3	-10,3	-8,7	-7,6	92,6	106,7	112,9	116,5	0,5	0,5	1,7	2,2
IWF	-32,0	-10,3	-8,6	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	19,1	19,5	20,2	20,3	8,1	5,3	3,4	2,9
OECD	-1,1	-1,2	-2,0	-1,8	19,1	22,8	25,4	29,2	7,7	6,5	6,3	5,1
IWF	-1,7	-0,7	-1,2	-	-	-	-	-	7,8	9,8	10,3	-
Malta												
EU-KOM	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	69,0	69,6	70,8	71,5	-4,0	-3,1	-2,9	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-	-4,8	-3,8	-4,8	
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	62,9	64,2	64,9	66,0	5,1	5,5	7,0	6,9
OECD	-5,0	-4,2	-3,2	-2,8	62,9	64,8	67,6	69,2	6,7	7,8	7,6	7,9
IWF	-5,3	-3,8	-2,8	-	-	-	-	-	7,1	7,5	7,7	
Österreich												
EU-KOM	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	71,8	72,2	73,3	73,7	3,2	2,7	2,8	2,9
OECD	-4,4	-3,4	-3,2	-3,1	71,9	73,6	75,6	76,9	3,0	3,0	3,4	3,8
IWF	-4,6	-3,5	-3,2	-	-	-	-	-	2,7	2,8	2,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	93,3	101,6	111,0	112,1	-9,7	-7,6	-5,0	-3,8	
OECD	-9,8	-5,9	-4,5	-3,0	93,3	101,7	111,7	113,4	-9,9	-8,0	-3,8	-1,7	
IWF	-9,1	-5,9	-4,5		-	-	-	-	-9,9	-8,6	-6,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	41,0	44,5	47,5	51,1	-3,6	-0,7	-1,2	-1,9	
OECD	-7,7	-5,9	-4,6	-3,5	41,0	46,1	49,6	51,5	-3,5	-1,6	-1,5	-0,5	
IWF	-7,9	-4,9	-3,8	-	41,8	44,9	46,9	-	-3,5	-1,3	-1,1	-	
Slowenien													
EU-KOM	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	38,8	45,5	50,1	54,6	-0,8	0,1	0,3	0,5	
OECD	-5,8	-5,3	-4,5	-3,3	38,8	44,0	48,5	51,4	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,2	-4,7	-	37,3	43,6	47,2	-	-0,8	-1,7	-2,1	-	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	61,0	69,6	73,8	78,0	-4,5	-3,4	-3,0	-3,0	
OECD	-9,3	-6,2	-4,4	-3,0	61,0	68,1	71,2	73,0	-4,6	-4,0	-2,3	-2,0	
IWF	-9,2	-6,1	-5,2	-	-	-	-	-	-4,6	-3,8	-3,1	-	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	61,5	64,9	68,4	70,9	-9,0	-7,3	-6,7	-6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,6	-4,5	-	-	-	-	-	-7,7	-7,2	-7,6	-	

Ouellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011. Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	16,3	17,5	18,3	18,5	-1,0	1,6	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,5	-2,2	-	17,4	17,8	20,5	-	-1,0	1,6	0,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	43,7	44,1	44,6	44,8	5,2	6,3	5,8	5,4
OECD	-2,8	-3,7	-5,1	-3,0	43,7	44,2	46,1	46,3	5,3	5,5	4,8	4,7
IWF	-2,9	-3,0	-3,0	-	-	-	-	-	5,1	6,4	6,4	-
Lettland												
EU-KOM	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	44,7	44,8	45,1	47,1	3,0	-0,4	-1,1	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-4,5	-2,3	-	39,9	39,6	40,5	-	3,6	1,0	-0,5	-
Litauen												
EU-KOM	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	38,0	37,7	38,5	39,4	1,1	-1,7	-1,9	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-5,3	-4,5	-	38,7	42,8	44,6	-	1,8	-1,9	-2,7	-
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	54,9	56,7	57,1	57,5	-4,6	-5,0	-4,3	-4,8
OECD	-7,9	-5,4	-2,9	-2,0	55,0	56,8	57,1	56,3	-4,5	-4,4	-4,4	-4,0
IWF	-7,9	-5,5	-3,8	-	55,0	56,0	56,4	-	-4,5	-4,8	-5,1	-
Rumänien												
EU-KOM	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	31,0	34,0	35,8	35,9	-4,2	-4,1	-5,0	-5,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,5	-4,4	-2,8	-	31,7	34,4	34,4	-	-4,3	-4,5	-4,6	-
Schweden												
EU-KOM	0,2	0,9	0,7	0,9	39,7	36,3	34,6	32,4	6,3	6,4	6,3	6,4
OECD	-0,1	0,1	0,0	0,7	39,7	36,8	35,9	33,7	6,7	6,7	6,9	6,7
IWF	-0,3	0,8	1,3	-	-	-	-	-	6,3	5,8	5,3	-
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	37,6	39,9	41,9	44,0	-4,4	-3,6	-3,2	-3,5
OECD	-4,8	-3,7	-3,4	-3,4	37,6	40,2	41,7	42,8	-3,1	-3,3	-2,7	-4,2
IWF	-4,7	-3,8	-3,7	-	38,5	41,1	43,2	-	-3,7	-3,3	-3,4	-
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	81,3	75,9	76,5	76,7	1,0	1,7	3,2	3,8
OECD	-4,3	4,0	-3,4	-3,3	81,3	84,2	85,1	85,9	1,1	1,9	1,4	1,2
IWF	-4,3	2,0	-3,6	-	80,2	76,1	75,5	-	2,1	2,0	1,5	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil). IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

∇erzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 ...

nach Veröffentlichungsdatum	138
nach Themenhereichen	140

∇erzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Veröffentlichungsdatum

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Veröffentlichungsdatum

Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2011

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	Seite
Januar 2011	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	37
	Reform der Grundsteuer	41
	Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung	49
	Perspektiven des EU-Agrarhaushalt	63
Februar 2011	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011	38
	Haushaltsabschluss 2010	54
	Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel	66
	Ergebniasse des Länderfinanzausgleichs 2010	75
	Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	80
März 2011	Bundeshaushalt 2011 - Sollbericht	37
	Zollbilanz 2010	61
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar in Paris	68
April 2011	Ilbilanz 2010 Iffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar in Paris Iswertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung Izum Jahr 2015 Indicate Gesamtstrategie zur Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Indicate Stabilitätsprogramm Indi	32
	Die Gesamtstrategie zur Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	39
	Deutsches Stabilitätsprogramm	63
	Die Luftverkehrssteuer	73
	Beitragspflichtiger Hochschulzugang	78
Mai 2011	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011	37
	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2011	46
	Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie der Fruhjahrstagung von IWF und Weltbank	50
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010	54
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	67
luni 2011	Achter Existenzminimumbericht	34
	Vorhaben KONSENS	45
	Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	52
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	62
Juli 2011	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalts 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015	37
	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010	53
	Entwicklung und Prespektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland	71
	Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein	79
August 2011	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011	34
	Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse	39
	23. Subventionsbericht der Bundesregierung	52
	Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?	58
	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	67
	Artikel-IV-Konsultationendes Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	83

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Veröffentlichungsdatum

noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2011

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	Seite			
September 2011	Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters	34			
	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2010	60			
	Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern	66			
	Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77			
	Ein Frühwarnsystem für spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten	77 83 36 39 42 48 53 36 43 48 55			
Oktober 2011	Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	36			
	Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum	39			
	Steuervereinfachungsgesetz 2011				
	ELStAM – die elektronische Lohnsteuerkarte				
	Ergebnisse des Treffens der G20-Finanz- und Entwicklungsminister sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank	53			
November 2011	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011	48 53 36 43			
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011	43			
	E-Bilanz	48			
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	55			
	Rückblick auf den Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 und den Euro-Gipfel am 26./27. Oktober 2011 in Brüssel	76			
Dezember 2011	Klassische und synthetische Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor	36			
	Das neue EU-Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	46			
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2010	53			
	Deauville Partnerschaft				
	G20-Gipfel im Cannes	67			

∇erzeichnis der Berichte

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2011 NACH THEMENBEREICHEN

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Themenbereichen

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2011 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	Europa	Januar 2011	Perspektiven des EU-Agrarhaushalt	63
		September 2011	Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters	34
		Dezember 2011	Das neue EU-Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	46
	Wirtschafts- und Währungsunion	April 2011	Die Gesamtstrategie zur Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	39
		April 2011	Deutsches Stabilitätsprogramm	63
		August 2011	Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?	58
		Oktober 2011	Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	36
		Oktober 2011	Neue haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum	39
		November 2011	te haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung in Europäischen Union und dem Euroraum kblick auf den Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 den Euro-Gipfel am 26./27. Oktober 2011 in Brüssel shaltsabschluss 2010 54 deshaushalt 2011 - Sollbericht 37 wertebeschluss zum Regierungsentwurf für den deshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis zum Jahr 56 ierungsentwurf zum Bundeshaushalts 2012 und dem inzplan des Bundes bis 2015 37 selfristige Projektion der öffentlichen Finanzen 67	
Finanz- und	Bundeshaushalt	Februar 2011	Haushaltsabschluss 2010	54
Wirtschaftspolitik		März 2011	Bundeshaushalt 2011 - Sollbericht	37
		April 2011	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis zum Jahr 2015	32
		Juli 2011	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalts 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015	37
		August 2011	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	67
		September 2011	Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77
	Finanzpolitik	Februar 2011	Haushaltsabschluss 2010	54
		Februar 2011	Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel	66
		März 2011	Bundeshaushalt 2011 - Sollbericht	37
		April 2011	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis zum Jahr 2015	32
		April 2011	Beitragspflichtiger Hochschulzugang	78
		Juni 2011	Achter Existenzminimumbericht	34
		Juli 2011	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalts 2012 und dem Finanzplan des Bundes bis 2015	37
		Juli 2011	Entwicklung und Prespektiven von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland	71
		August 2011	23. Subventionsbericht der Bundesregierung	52
		August 2011	Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?	58
		August 2011	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	67
		September 2011	Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77
		September 2011	Ein Frühwarnsystem für spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten	83

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Themenbereichen

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2011 nach Themenbereichen

Themenbereich1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seit
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Föderale Finanzbeziehungen	Februar 2011	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2010	75
		Juli 2011	Drohende Haushaltsnotlagen in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein	79
		August 2011	Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse	39
		September 2011	Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77
	Öffentlicher Gesamthaushalt	Februar 2011	Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel	66
		August 2011	Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	67
	Umweltschutz	Januar 2011	Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung	49
	Wirtschaftspolitik	Januar 2011	Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung	49
		Februar 2011	Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011	38
		Februar 2011	Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel	66
		Dezember 2011	Klassische und synthetische Indikatoren zur Analyse und Prognose des wirtschaftlichen Verlaufs im Dienstleistungssektor	36
Internationale Beziehungen	Weitere Informationen / Links	Februar 2011	Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	80
		März 2011	Treffen der G20-Finanzminister und - Notenbankgouverneure am 18. und 19. Februar in Paris	68
		Mai 2011	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	67
		Mai 2011	Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie der Fruhjahrstagung von IWF und Weltbank	50
		Mai 2011	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010	54
		Juni 2011	Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	52
		August 2011	Artikel-IV-Konsultationendes Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	83
		Oktober 2011	Ergebnisse des Treffens der G20-Finanz- und Entwicklungsminister sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank	53
		November 2011	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	55
		Dezember 2011	G20-Gipfel im Cannes	67
		Dezember 2011	Deauville Partnerschaft	60

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2011 nach Themenbereichen

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2011 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seit
Steuern	Aktuell	Februar 2011	Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	80
		Mai 2011	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010	54
		Juni 2011	Achter Existenzminimumbericht	34
		Juni 2011	Vorhaben KONSENS	45
		Juni 2011	Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	52
		September 2011	Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern	66
		Oktober 2011	Steuervereinfachungsgesetz 2011	42
		Oktober 2011	ELStAM – die elektronische Lohnsteuerkarte	48
		November 2011	E-Bilanz	48
	Steuerarten	Januar 2011	Reform der Grundsteuer	41
		April 2011	Die Luftverkehrssteuer	73
	Steuerschätzung / Steuereinnahmen	Januar 2011	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	37
		Mai 2011	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011	37
		Mai 2011	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2011	46
		Juni 2011	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	62
		Juli 2011	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010	53
		August 2011	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011	34
		September 2011	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2010	60
		November 2011	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011	36
		November 2011	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011	43
		Dezember 2011	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2010	53
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	März 2011	Zollbilanz 2010	61

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Dezember 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X